

Deputationsvorlage

für die Sitzung
der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S)
am
13.06.2013

Aufstellung der Haushaltsentwürfe 2014/2015
- Beratung der Haushaltsvoranschläge -

1. Vorbemerkung

Für die Jahre 2014 und 2015 ist ein Doppelhaushalt als Produktgruppenhaushalt aufzustellen. Dabei sind gem. § 12 LHO die Anschläge nach Jahren getrennt zu bilden.

Die Voranschläge sind vom zuständigen Senator auf Basis der Eckwertbeschlüsse des Senats zu erstellen und der Senatorin für Finanzen zu übersenden.

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Deputationen wirken die Deputationen beratend an der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge für den Einzelplan ihres Verwaltungszweiges mit.

Die Aufteilung der konsumtiven wie investiven Gesamtwerte auf die Produktbereiche und die Produktgruppen ist aus den beigefügten Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblättern (**Anlage 1**) zu ersehen. Ergänzend sind die Voranschläge der kamerale Haushalte auf Ebene der Kapitel (**Anlage 2**) beigefügt. Zur Dokumentation der Zulässigkeit der veranschlagten Ausgaben nach Art. 131a BremLV ist diese für jede Produktgruppe in den Formblättern in der **Anlage 3** aufgeführt. Diese sind von den Fachdeputationen zu bestätigen. Der Entwurf der Wirtschaftspläne des Sondervermögens Infrastruktur („SV Infra“) für die Jahre 2014 und 2015, die überwiegend die Verwendung der jeweiligen Zuweisungen aus dem Haushalt erläutern, ist in der **Anlage 4** beigefügt.

2. Eckwerte

Für die Erstellung der Voranschläge hat der Senat die Eckwerte für die konsumtiven und investiven Einnahmen und Ausgaben sowie für die Personalausgaben am 09.04.2013 beschlossen.

Hieraus ergeben sich die Eckdaten der Haushaltsvoranschläge, die im Saldo enthalten werden müssen:

Eckdaten Haushaltsvoranschläge	(nachrichtlich 2013)	2014 -T€-	2015 -T€-
Konsumtive Einnahmen	39.102	39.018	39.202
Konsumtive Ausgaben	151.591	151.547	149.645
<i>Saldo konsumtiv</i>	<i>112.489</i>	<i>112.529</i>	<i>110.443</i>
Investive Einnahmen	34.666	34.666	34.666
Investive Ausgaben	106.449	91.103	91.440
<i>Saldo investiv</i>	<i>71.783</i>	<i>56.437</i>	<i>56.774</i>
Personalausgaben	46.164	45.350	44.437
Personalstellenvolumen	711,8	688,7	674,5

Der Eckwert sieht konsumtiv in der Entwicklung die Fortführung der Einnahmehöhe aus 2013 vor, während die Ausgaben gleichbleiben bzw. rd. € 1,9 Mio. sinken (einschl. Berücksichtigung Erhöhung Stadtticket). Wegen der erwarteten Reduktion im Wohngeld wird der Einnahmen- und Ausgabeeckwert mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf in gleicher Höhe unterschritten. Investiv bleiben die Einnahmen konstant, während der Ausgabeanschlag um € 15,35 Mio. bzw. € 15 Mio. gegenüber 2013 gekürzt wurde (rd. 14 %). Die Personalzielzahl reduziert sich im Zeitraum um rd. 37 Stellenvolumen.

Im Eckwert ist die Verlagerung von Positionen im Rahmen der beschlossenen Aufgabenverlagerung vom Hansestadt Bremischen Hafenamt noch nicht enthalten.

Die Senatorin für Finanzen wird im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren noch weitere 3,5 Stellenvolumen für zusätzliche Kontrollen im Umweltbereich (EU-Vorgabe) aus einem Finanzierungspool zur Verfügung stellen.

Folgende wesentliche Veränderungen finden sich im neuen Doppelhaushaltsentwurf wieder:

3. Konsumtiver Haushalt:

Der mit der **BSAG geltende Kontrakt** sowie der mit dem **VBN und der BSAG abgeschlossene Öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDLA)** schreiben seit 2011 den jährlich auszugleichenden Planverlust fest. Zu berücksichtigen sind dabei Effekte aus Preissteigerungsklausel für Personal und Energiekosten, soweit diese über 2% bzw. 3 % liegen, sowie gegenläufige Bereinigungen um Zahlungserhöhungen bei der Schülerbeförderungen, die sich entlastend auf die Kontraktzahlungen auswirken.

Die direkt an die BSAG für den Planverlustausgleich gezahlten Mittel betragen insgesamt € 53,5 Mio. in 2014 und € 53,8 Mio. in 2015 (2013 noch € 54,7 Mio.). Zum jeweiligen Verlustausgleich des Vorjahres der BSAG kommt der jährliche Zinsaufwand aus der Eigenkapitalerhöhung der BSAG durch die BVG in Höhe v. € 1,3 Mio. hinzu, den SUBV zu tragen hat.

Die Zahlungen werden mit rd. € 42,38 Mio. in 2014 und € 42,4 Mio. anteilig konsumtiv veranschlagt, rd. € 11,7 Mio. investiv. Hinzu kommt der geplante Gewinn der Brepark (T€697 in 2014, T€934 in 2015).

Die Ausgleichszahlung für die kostenlose **Beförderung der Schwerbehinderten** berechnet sich nach einem Prozentsatz der Fahrgelderträge der ÖPNV-Unternehmen in Bremen und Bremerhaven (3,81 % in 2012). Durch angepasste Prognosen auf Basis der Werte 2012 sind gegenüber dem Anschlag in 2013 von € 4,6 Mio. je €4,3 Mio. in 2014 und in 2015 anzusetzen.

Das zunächst probeweise eingeführte **Stadtticket** soll von der BSAG (bis zu T€ 500 zzgl. Ust.), dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Sozialressort (je hälftig) weitergeführt werden. Dazu wurde in den Haushaltsverhandlungen der Eckwert des Ressorts um rd. € 1,1 Mio. erhöht, so dass incl. des bisherigen Anschlags von T€300 rd. € 1,4 Mio. in 2014 und 2015 veranschlagt werden.

Für die Fortsetzung des **einheitlichen Tarif Bremen- Bremen-Nord** (Schülerticket) ist für die Finanzierung der sogenannten Variante A eines Schüler-Abos nun der volle Betrag von T€ 440 in 2014 und T€ 400 in 2015 in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Über die **konsumtive Zuweisung an das Sondervermögen Infrastruktur, Teilvermögen** Verkehr (€47,3 Mio. bzw. € 47,8 Mio.), wird der gesamte infrastrukturbezogene Aufwand finanziert. Der Bereich ist geprägt von langfristigen Verträgen. Diese Verträge enthalten Preissteigerungsklauseln. Diese Steigerungen erfordern für die Straßen- und Gullyreinigung und die Straßenbeleuchtung in 2014 um rd. € 0,6 Mio. € und 2015 um rd. € 0,8 Mio. höhere Mittel.

Die **Wohngeldleistungen**, die zu 50% durch Bundeseinnahmen finanziert werden, sind derzeit in der Tendenz leicht rückläufig. In 2014 und 2015 werden € 12 Mio. p.a. angesetzt. Auf der Einnahmeseite führt dies zu einem Rückgang von € 1 Mio. p.a..

Die **Wohnraumförderung**, über die Bremer Aufbau-Bank GmbH („BAB“), ist erneut von einem deutlichen strukturellen Rückgang gekennzeichnet; für 2014 wird einschl. der Vergütung der BAB und der Zinsen von einem Bedarf von rd. T€ 2.269, für 2015 von T€ 2.288 ausgegangen. Zur Einhaltung der weiterhin stark belasteten Eckwerte wurde der im Haushalt veranschlagte Anteil auf T€ 1.274 in 2014 und T€ 819 in 2015 reduziert; aufgrund der Rückflüsse aus Sondertilgungen im Treuhandvermögen der BAB ist dies möglich. Die Finanzierung des Wohnraumförderprogramms 2012/2013 wird nicht tangiert.

Für die Entwicklungsagentur **Bremer Westen**, steht die Anschlussfinanzierung der Pilotphase durch die betroffenen Ressorts aufgrund der noch vorzunehmenden Evaluation aus. Die Aktivitäten werden zunächst ohne separaten Haushaltsanschlag im Rahmen einer vorrangig auf die Kommunikation über und Abstimmung von Ressortprojekten orientierten Vorgehensweise weiterverfolgt. Ziel ist, gemeinsam mit den anderen Ressorts die städtebauliche und gesellschaftspolitisch integrierte Entwicklung des Bremer Westens fortzuführen. Im Zuge dessen gilt es auch, die positive

Entwicklung des Osterfeuerbergquartiers gemäß Senatsbeschluss zu stärken; für die Qualifizierung des Straßenraums sind in 2014/15 entsprechend noch keine Mittelabflüsse vorgesehen. Ziel bleibt der Rückbau des Osterfeuerberger Rings.

Für die Höhe der **Einnahmen aus Baugenehmigungsverfahren** ist die Baukonjunktur maßgebend und dort vor allem für gewerbliche Bauten. Der in 2012 gestiegene Einnahmewert ermöglicht eine höhere Veranschlagung in 2014/2015 auf € 5 Mio. bzw. € 5,5 Mio. (2013: € 4,5 Mio.). Die Verwaltungsgebühreneinnahmen für **Geoinformation** entsprechen mit rd. € 3,1 Mio. dem Anschlag des Vorjahres. Die Einnahmenplanung im Fachbereich Bau beinhaltet naturgemäß konjunkturelle Risiken.

Im **Umweltbereich** werden weiterhin Projekte zur nachhaltigen/umweltfreundlichen Mobilität mit T€ 300 vorgesehen (Drittmittel), die Förderung von Umweltprojekten (T€ 300) und das freiwillige ökologische Jahr (T€ 146) ermöglichen die Stützung des Ehrenamts.

Die EFRE-Aktivitäten aus der Förderperiode 2007 - 2013 werden ohne erneute Veranschlagung finanziert; es stehen Haushaltsreste zur Verfügung. In 2015 wurde vor dem Hintergrund üblicherweise erst langsam anlaufender Abflüsse der neuen Förderperiode 2014 - 2020 mit der Senatorin für Finanzen vereinbart, von einer siebenprozentigen Veranschlagung in 2015 auszugehen. Diese Mittel sind vorbehaltlich einer abschließenden Entscheidung des Senats über Höhe und Projekte mit der Annahme von rd. € 7 Mio. auf bestehende Programme im Umweltbereich (reduziert), sowie je € 2,5 Mio. im Baubereich und für neue Umweltprojekte in der Gesamtlaufzeit verteilt. Dabei wird die neue Schwerpunktsetzung der EU für CO₂ und integrierte regionale Schwerpunktsetzung berücksichtigt. Für die Erneuerung von Flutturen am Geeste-Sperrwerk sind zudem einmalige Beträge von rd. T€ 280 in beiden Haushaltsjahren erforderlich.

Über die **konsumtive Zuweisung an das Sondervermögen Infrastruktur, Teilvermögen Grün** (€ 8,14 Mio. in 2014 und € 6,84 Mio. in 2015) werden im Wesentlichen die Entgelte an den Umweltbetrieb Bremen insbesondere für die Unterhaltung der Grünanlagen und Straßenbäume und die Planung Grünanlagen finanziert. Bisher an Firmen vergebene und aus der Straßenunterhaltung finanzierte Aufträge Straßenbegleitgrün des Verkehrsbereichs wurden zu UBB verlagert. Der Umweltbetrieb erhält zudem weitere Entgeltanteile über das Teilvermögen Verkehr und direkte Haushaltszahlungen im Zusammenhang mit dem Friedhofswesen. Letztere mussten um T€ 500 erhöht werden, wie auch die Mittel für Baumunterhaltung aus Gründen der Haftung um T€ 400 gesteigert wurden. Im Sondervermögen fließt zur Finanzierung zusätzlich zu den Haushaltsmitteln ein Anteil der direkten Grundstückserlöse und in 2015 zusätzlich eine Rücklagenentnahme ein. Mit dem UBB wurde eine analoge PEP-Quote im von - 1,2 % in der Wirtschaftsplanung vereinbart.

Alle Zahlungen zusammengefasst, erhält UBB € 16,6 Mio. in 2014 und 2015 (2013: rd. € 15,2 Mio.).

4. Investiver Haushalt:

Verkehr:

Für die **A 281** - Kosten der DEGES und die flankierenden Maßnahmen in der Neustadt werden p. a. € 4 Mio. veranschlagt. Zur Deckung der Bedarfe in Höhe v. € 8

Mio. p.a. wird auch das zugehörige Guthaben auf dem entsprechenden Projektkonto eingesetzt.

Der investive Anteil des **Verlustausgleichs der BSAG** wird fortgeschrieben. So muss für 2014 und 2015 je € 11,7 Mio. veranschlagt werden.

Der SUBV hat die **Planungskosten zum Ausbau der Cherbourger Straße** zu tragen. Gemäß der in der Sitzung am 7.12.2012 im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossener Vorlage sind in den Haushaltsjahren 2014/2015 je € 2 Mio. zu veranschlagen. Daneben werden Restmittel in Höhe von € 2,1 Mio. € (2014) und € 1,8 Mio. (2015) eingesetzt.

Im Folgenden sind die größeren Maßnahmen beschrieben, die über die **Zuweisung an das Sondervermögen Infrastruktur, Teilvermögen Verkehr (ASV und BgA)** finanziert werden.

Erhaltung Großbrücken:

Für die Großbrücken (v.a.. Osterdeich/Peterswerder, Wilhelm-Kaisen-Brücke und Stützwand Tiefer) sind rd. € 1 Mio. bzw. € 0,8 Mio. vorgesehen.

Erhaltung und Anpassung v. Straßen:

Bei der Erhaltung der Straßen besteht ein Sanierungsstau, verschärft durch Winterschäden. Daneben sind an diversen Stellen Anpassungen des Straßenraums erforderlich. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und die drängendsten Anpassungen des Verkehrsraums umzusetzen, ist eine Aufstockung von € 8,75 Mio. auf € 10,6 Mio. bzw. € 10,25 Mio. geplant.

Förderung des Radverkehrs:

Für die Erneuerung und den Ausbau von Radwegen werden die im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm II erhöhten Werte von T€ 650 p.a. nochmal um T€ 350 in 2015 gesteigert auf T€ 1.000 fortgesetzt. Für die Zielplanung Fahrrad werden in Fortführung T€ 300 p.a. angesetzt.

Bahnübergänge Oberneuland:

Mit der Planung, dem Grunderwerb und dem Bau der Bahnübergänge Oberneuland wurde begonnen. Die Finanzierung erfolgt jeweils zum Drittel durch Bund, DB AG und Bremen. Seitens bremischer Mittel werden für Planung und Bau in 2014 T€ 968 und in 2015 T€ 717 ergänzt durch GVFG-Mittel benötigt.

Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplan/Innenstadtkonzept

Für erste Maßnahmen, die insbesondere die Verbesserung der Mobilitätsinfrastruktur betreffen werden Mittel in Höhe von T€ 500 bzw. T€ 750 in den Haushalt eingestellt. Für das Innenstadtkonzept sind Mittel für den Umbau der Brillkreuzung in Höhe von T€ 500 in 2015 eingestellt.

ÖPNV-Linien:

Die Linie 1 nach Mahndorf wird 2013 fertiggestellt. Auch für die Linie 1 nach Mittelhuchting und Linie 8 bis Landesgrenze und Linie 4 werden unter Berücksichtigung der Restmittel aus Vorjahren und Bundesmittel aus den Landesprogrammen ÖPNVG und GVFG sowie Großvorhabenmittel des Bundes keine zusätzlichen Mittel veranschlagt.

Weitere neue Projekte sind die Turner Straße mit einem für 2014 vorgesehenen Beginn des Baumittelabflusses (T€ 627 p.a.) und Planungen der Gleisverbindungen Benningsenstr./Stresemannstr./Steubenstr. und Malerstraße. Für die Diskomeile sind die Planungen noch weiterzuentwickeln und Beteiligungsschritte durchzuführen, so dass zunächst keine Mittel veranschlagt sind. Ziel ist die Umsetzung der von der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe vorgelegten Konzeption im Rahmen der Entwicklung der Bahnhofsvorstadt und im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept Innenstadtentwicklung gemäß Bürgerschaftsbeschluss. Für die bei der BSAG anstehende Instandhaltung/ Neuerwerb von Straßenbahnen sind zunächst Vorlaufkosten in den Haushalt 2015 eingestellt und als Thema für den Doppelhaushalt ab 2016 markiert.

Umwelt:

Zur Erreichung der Ziele des **Generalplans Küstenschutz** werden vom Bund € 7 Mio. p.a. zur Verfügung gestellt. Diese Mittel müssen mit € 3 Mio. Landesmittel komplementiert werden. Zudem ist aufgrund aktualisierter Planungen und dem Teilwegfall von EU-Mitteln aus dem ELER Programm eine Aufstockung der Landesmittel um € 4,6 Mio. erforderlich (ELER verbleibt mit € 1 Mio. p.a. und wird direkt von Niedersachsen abgewickelt).

Das gut nachgefragte **CO₂-Reduktionsprogramm** soll mit € 1,2 Mio. p. a. fortgeführt und bis zu € 0,4 Mio. mit Wasserentnahmegebühr aufgestockt werden.

Für das Programm **PFAU – Umwelttechnologie und Innovationsförderung** werden in 2014 und 2015 je T€ 300 Landesmittel und in 2015 zusätzlich T€ 200 EFRE-Mittel vorgesehen. Für den Lärmaktionsplan stehen bisher T€ 250 zur Verfügung, die für das Lärmschutzfensterprogramm genutzt werden.

Ab 2014 sollen die Mittel für den Lärmaktionsplan verdoppelt werden.

Baumaßnahmen des Lärmaktionsprogramms werden in der Umsetzung ab 2016 wieder zu Mittelabflüssen führen.

Bau:

Die Finanzierung des **Programms WIN** wird fortgesetzt.

Der Bund stellt für das Land **Städtebau/Soziale Stadt-Mittel** in Höhe v. rd. € 3,2 Mio. in 2014 und € 3 Mio. in 2015 zur Verfügung. Die Gesamtsumme der veranschlagten Mittel für Bremen und Bremerhaven, des Bundes sowie die bremischen Gemeindemittel und EFRE beträgt € 7,4 Mio. in 2014 und € 8,9 Mio. in 2015 (2013 € 8,9 Mio.). Bei der Veranschlagung wurde sowohl ein realistischer Mittelabfluss unter Inanspruchnahme von Haushaltsresten als auch die Ziehung der Bundesmittel im Gesamtzeitraum berücksichtigt. Im Rahmen einer Erläuterung im Haushaltsplan ist bei der Haushaltsstelle Soziale Stadt vermerkt, dass die Bundesmittel unter Einbeziehung von übertragenen Haushaltsresten aus Vorjahren gezogen werden.

Die **investive Wohnraumförderung** (Tilgung und Zins Kapitaldienstfinanzierung Wohnraumförderdarlehen, Entgelt BAB) werden mit. rd. € 1,5 Mio. aus dem Investivhaushalt in das Treuhandvermögen Wohnraumförderung verlagert, um die Eckwertkürzung zu kompensieren.

Zur Verbesserung des Bürgerservices soll der Zugriff auf das Bauaktenarchiv beschleunigt und zugleich dem Problem der Wasserschäden im Siemenshochhaus Rechnung getragen werden. Dazu soll mit Kosten von T€ 750 bzw. ab 2015 jeweils T€ 500 das Archiv ausgelagert und innerhalb der kommenden 20 Jahre digitalisiert werden. Das Konzept sieht eine stufenweise Digitalisierung vor, um die aktuell angefragten Akten sofort verfügbar zu machen.

5. Produktgruppenhaushalt:

Der **Produktgruppenhaushalt** verfolgt die Zielsetzung der Zusammenführung von Finanz- Personal- und Leistungskennzahlen. Die unterste Ebene, die Produktgruppen, werden über die Produktbereiche zum Produktplan zusammengefasst. Die dargestellten Ziele und die daraus abgeleiteten Kennzahlen sind die Grundlage für das unterjährige Controlling.

Der Produktplan, der die Umsetzung der politischen Zielsetzung des Ressorts durch Ressortziele / Ressortstrategien konkretisiert, wurde an die Vorgaben der Koalitionsvereinbarung angepasst und die strategischen Aufträge, Ziele und Perspektiven auf Produktbereichs- und -planebene in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verantwortlichen überprüft. Gleiches gilt auch für die Leistungskennzahlen, die auf ihre Aussagefähigkeit und Steuerungsrelevanz hin überprüft und weiterentwickelt bzw. neu definiert wurden.

6. Personalhaushalt:

Die Zielzahl für den Stellenumfang im Produktplan 68 incl. seiner Ämter ist Ende 2013 710,81 (IST Stand März 2013:713). Das Soll-Volumen für Ende 2014 bzw. Ende 2015 liegt bei 689 bzw. rd. 675 Stellen. Somit ist eine Reduzierung des Beschäftigungsvolumens um rd. 22 Stellen in 2014 bzw. 14 Stellen in 2015 erforderlich. Eckwertneutral verlagert werden 8 Stellen vom Hansestadt Bremischen Hafenamtm im Rahmen der beschlossenen Aufgabenverlagerung.

Bei der Bemessung wurden die Ämter mit einer niedrigeren PEP-Quote von 1,6% belegt, der Kernbereich des Ressorts mit 2,6% (mit Ausnahme der Abteilungen 3 und 6, die aufgrund der Kundennähe ebenfalls mit der geringeren Amtsquote belegt wurden). Für GeoInformation gelten aufgrund des vom Senat und HAFA bei der Amtsgründung beschlossenen Sanierungspfades spezifische Abbauerfordernisse in 2014 und 2015. Ab 2016 gilt wieder die reguläre PEP-Quote.

Um die im Umweltbereich bestehenden und in den anderen Fachbereichen drohenden Personalüberschreitungen abzubauen bzw. zu vermeiden, wurden im Ressort und mit dem ASV Personalkontrakte abgeschlossen, die den Umgang mit den Folgen der PEP-Quote für die Beschäftigten planbarer machen soll. Die Kontrakte sind für den Zeitraum ab 1.1.2015 zu aktualisieren und durch zusätzliche Aufgaben- und Prozesskritik zu unterstützen.

Stellungnahmen:

Es liegen verschiedene Anträge von Ortsämtern gem. § 32 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vor:

Ortsamt Burglesum:

1. Antrag: Es sollen Haushaltsmittel für eine städtebauliche Analyse der Bremerhavener Heerstraße sowie Burger Heerstraße und die Umsetzung erforderlicher Maßnahmen bereitgestellt werden. Dazu wurde dem Ortsamt mitgeteilt, dass ein Workshopverfahren mit Bürgerbeteiligung geplant sei. Ansätze für ggf. erwogene Maßnahmen müssen danach konkretisiert werden. Von Finanzierungsbedarfen in 2014/2015 ist schon aus zeitlichen Gründen nicht auszugehen.
2. Antrag: Finanzierung des Lückenschlusses in den geplanten Lärmschutzwänden an der Bahnstrecke Breme-Bremerhaven in Burg-Gramke, vor allem im Bereich Grönlandstraße. Dazu weist SUBV darauf hin, dass der Sachverhalt zur Förderfähigkeit durch den Bund noch nicht eindeutig geklärt sei und daher von einer Finanzierung durch den bremischen Haushalt Abstand genommen wird. Im Übrigen stehen die dafür erforderlichen Mittel in Höhe zwischen T€ 650 und T€ 800 vor dem Hintergrund der begrenzten investiven Eckwerte nicht zur Verfügung.
3. Antrag: Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die WiN-Projektförderung im bisherigen Umfang für das Alwin-Lonke-Quartier und für Marßel für die Jahre 2014 und 2015 sicherzustellen und die erforderlichen Mittel im Haushalt zu veranschlagen. Dies greift SUBV dahingehend auf, dass Ende 2013 zur Halbzeit der gegenwärtigen WIN-Förderperiode eine Überprüfung der Förderkulisse des Programms durch die WIN-Geschäftsführung der Ressorts Umwelt, Bau und Verkehr und Soziales, Kinder, Jugend und Frauen erfolgen soll. Grundlage dafür wird das erneut durch beide Häuser durchzuführende Monitoring Soziale Stadt sein, über dessen Ergebnisse die Akteure in den WIN-Gebieten selbstverständlich informiert werden.

Ortsamt Vegesack:

1. Antrag: Es sollen Mittel für die Verbesserung der Beleuchtung am Vegesacker Bahnhofsplatz zur Verfügung gestellt werden. Dazu weist SUBV darauf hin, dass eine Erneuerung der Leuchten im Rahmen des Beleuchtungsvertrages aufgrund des nicht erreichten Mindestalters der Leuchten nicht möglich ist. Darüber hinausgehende Mittel stehen im Rahmen reduzierter Eckwerte nicht zur Verfügung.
2. Antrag: Es sollen Mittel für die Umsetzung „Eine Stadt – Ein Tarif für ein einheitliches Beförderungsentgelt zur Verfügung gestellt werden. Dazu weist SUBV darauf hin, dass die Zusammenführung der Preisstufen bei den Schülerzeitkarten erfolgt ist. Die Bremische Bürgerschaft hat darüber hinaus den Senat aufgefordert, in Verhandlungen mit dem VBN sicherzustellen, dass die Preisstufen bis 2015 für alle ÖPNV-Kunden mit Finanzierung über eine Tarifanpassung innerhalb des VBN zusammengeführt werden sollen

Weitere Anträge der **Ortsämter** gem. § 32 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter liegen nicht vor.

Die **Personalräte** sind über die Haushaltsanschlüsse und Vorlagen parallel unterrichtet.

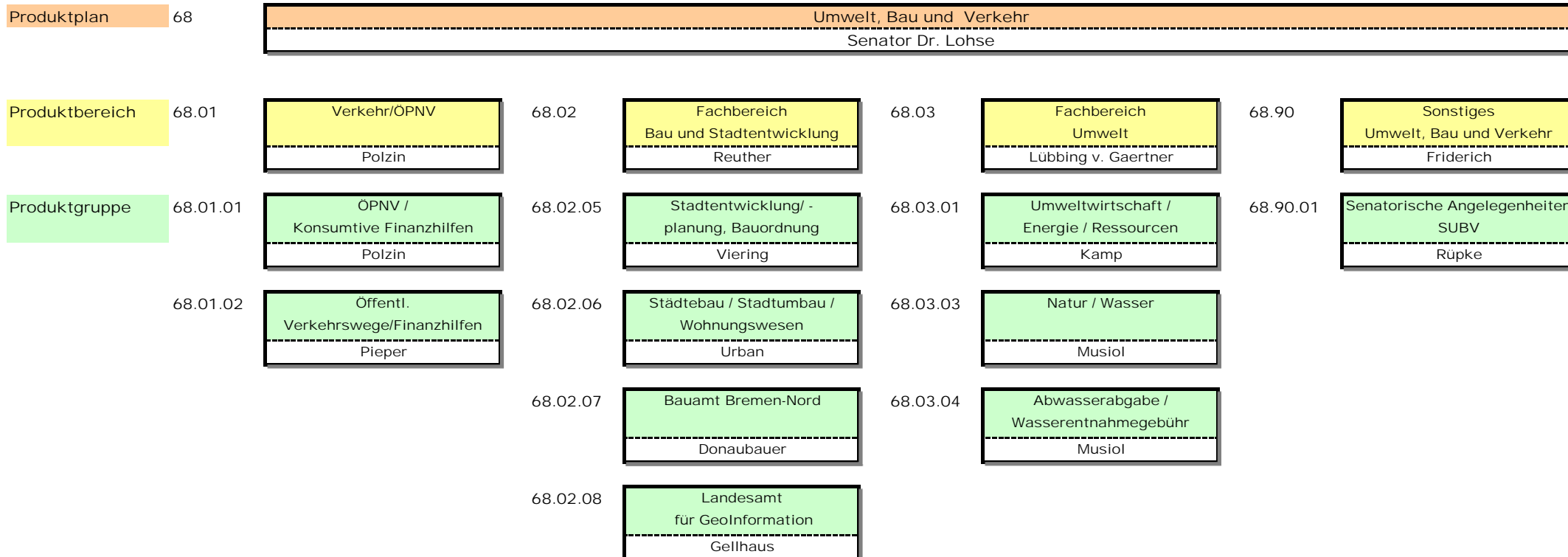
7. Genderbelange

Im Haushaltsvollzug wird bei investiven und konsumtiven Ausgaben kontinuierlich berücksichtigt, in wieweit die Mittel geschlechtergerecht eingesetzt werden.

Beschlussvorschläge:

- 1) Die **Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L)** nimmt die Haushaltsvoranschläge und den Entwurf des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Infrastruktur zur Kenntnis.
- 2) Die Deputation für **Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L)** bestätigt die Darlegungen nach Art. 131a BremLV.
- 3) Die **Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)** nimmt die Haushaltsvoranschläge und den Entwurf des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Infrastruktur zur Kenntnis.
- 4) Die Deputation für **Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)** bestätigt die Darlegungen nach Art. 131a BremLV.

Produktgruppenstruktur (Stand: Mai 2013)



68.01 **Verkehr / ÖPNV**

- 68.01.01 **ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen**
- 68.01.02 **Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen**

68.02 **Fachbereich Bau und Stadtentwicklung**

- 68.02.01
- 68.02.02
- 68.02.03
- 68.02.04
- 68.02.05 **Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung**
- 68.02.06 **Städtebau/Stadtumbau/Wohnungswesen**
- 68.02.07 **Bauamt Bremen-Nord**
- 68.02.08 **Landesamt für GeoInformation**

68.03 **Fachbereich Umwelt**

- 68.03.01 **Umweltwirtschaft / Energie / Ressourcen**
- 68.03.02
- 68.03.03 **Natur / Wasser**
- 68.03.04 **Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühr**

68.04 **Europa, Entwicklungszusammen. (bis 2011)**

- 68.04.01 **Dienstl. im Bereich Europa (bis 2011)**
- 68.04.02 **Maßn. Entwicklungszusammenarb (bis 2011)**

68.05

- 68.05.01

68.90 **Sonstiges Umwelt, Bau, Verkehr**

- 68.90.01 **Senatorische Angelegenheiten SUBV**
- 68.90.02
- 68.90.03

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Das Ressort ist verantwortlich für Entwicklung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitischer Belange, wie dem Natur-, Klima-, Ressourcen- und Immissionschutz. Es besteht der Anspruch, lebenswerte, moderne Städte zu erhalten und weiter zu entwickeln, in denen Mensch und Natur in Einklang leben und Umwelt- und Klimaschutz höchste Priorität besitzen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:**Klimaschutz:**

- Weiterentwicklung und Ausbau einer klima- und umweltfreundlichen Energieversorgung: Deckung des Strom- und Wärmebedarfs bis 2050 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien, Senkung der CO₂-Emissionen,
- Ausrichtung der Baupolitik an ökologischen und energetischen Standards
- Umweltverträgliche Gestaltung der Verkehrspolitik und Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes (Verkehrsentwicklungsplan 2025)
- Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs
- Küstenschutz: Erhalt und Verstärkung der Deiche und Hochwasserschutzanlagen

Ressourceneffizienz:

- Verminderung des Flächenverbrauchs durch Flächenrecycling, die Nutzung von Brachflächen und Baulücken
- Nachhaltige Entwicklung der städtischen Infrastruktur
- Naturschutz: Dauerhafte Erhaltung der Naturräume und Kulturlandschaften, Schutz und Förderung der Artenvielfalt, naturnahe Entwicklung der Gewässer und Renaturierung von Ufern
- Abfallvermeidung: Verminderung der schädlichen Folgen des Ressourcenverbrauchs und Schließen von Stoffkreisläufen

Nachhaltige Mobilität:

- Förderung einer umweltbewussten, die Ressourcen schonenden, sicheren und barrierefreien Mobilität
- Schaffung von Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der Hafen- und Logistikstandorte Bremen und Bremerhaven

Lebendige Stadt:

- Schaffung einer grünen und ökologisch nachhaltigen Stadt mit hoher Lebensqualität -Raum für Naherholung, ausreichendem Schutz vor Emissionen (z.B. Lärm, Geruch etc.) und Respekt vor Natur- und Artenschutz
- Stärkung der Innenstadt als kulturelles, kommerzielles und touristisches Zentrum unter Wahrung städtebaulicher Qualitäten
- Beitrag zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt und Verbesserung der Wohnqualität, Schaffung der qualitativen und quantitativen Voraussetzungen für einen sozial ausgewogenen Wohnungsneubau

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	39.050	38.642	39.103	38.057	39.960
Investive Einnahmen	34.942	35.065	34.666	42.808	36.941
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	6.181	6.994
Gesamteinnahmen	77.060	76.775	76.837	87.046	83.895
Personalausgaben	45.514	46.273	46.164	48.859	50.562
Sonst. konsumtive Ausgaben	149.082	150.767	151.591	109.066	117.901
Zinsausgaben	2.319	2.374	2.057	1.276	373
Tilgungsausgaben	4.851	4.925	5.000	6.975	1.170
Investive Ausgaben	91.716	91.502	106.449	103.203	100.689
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	32	59.817	54.392
Gesamtausgaben	293.482	295.841	311.293	329.196	325.087
Saldo	-216.422	-219.066	-234.456	-242.150	-241.192
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	26,26	25,95	24,68	26,44	25,81
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	150	150			
investiv	96.403	104.836			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	685,3	699,5	710,7	0,0	0,0
Personalbestand	632,6	657,3	552,6	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	52,7	42,2	158,1	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	4,7	5,6
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	27,1	29,6
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	40,4	43,5
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	24,0	26,4
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	8,3	8,3

C. Erläuterungen zu A-B

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Maßnahmen zur Erhaltung, Verbesserung und Weiterentwicklung der Bedingungen für den ÖPNV (einschließlich SPNV) und den Straßenverkehr.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV (einschl. SPNV) im Schwerpunkt Regio-S-Bahn und Linienverlängerungen der Straßenbahn und Optimierung des Busnetzes sowie Verbesserung der Erreichbarkeit des Oberzentrums Bremen in der Region im Schwerpunkt durch den Bau der A281 / B 212 neu
- Vermögenserhalt Infrastruktur durch eine optimierte Erhaltung von Straßen und Brücken
- Einhaltung der Ziele und Maßnahmen des ÖDLA mit der BSAG
- Bahnübergänge Oberneuland
- Aufstellung und Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP)
- Stärkung der Nahmobilität
- Ausbau von Radverkehrsanlagen

Langfristige Perspektiven:

Weiterführen des Kontraktmanagements mit der BSAG und des Verkehrsentwicklungsplans ergänzt um teilträumliche Verkehrskonzepte

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	7.450	7.450	7.425	7.799	6.662
Investive Einnahmen	24.589	24.589	24.404	30.366	25.964
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	32.039	32.039	31.829	38.165	32.626
Personalausgaben	14.876	15.076	15.188	16.066	16.130
Sonst. konsumtive Ausgaben	108.162	107.632	107.667	61.585	61.899
Zinsausgaben	0	0	0	392	367
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	59.458	60.841	68.383	72.763	67.654
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	56.739	50.411
Gesamtausgaben	182.496	183.549	191.238	207.545	196.461
Saldo	-150.457	-151.510	-159.409	-169.380	-163.835
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	17,56	17,46	16,64	18,39	16,61
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	75.000	85.000			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	218,2	221,9	226,3	0,0	0,0
Personalbestand	200,0	208,7	203,6	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	18,2	13,2	22,7	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	6,5	6,5
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	22,6	25,9
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	27,1	29,2
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	14,8	17,3
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	9,0	9,8

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Anz. beförderte Pers. im VBN	[PRS]	141000.000,000	140000.000,000	139600.000,000	141700.000,000	141000.000,000
Anz. SchülerInnen in Bremen	[PRS]	19.600.000,000	19.600.000,000	19.500.000,000	19.700.000,000	19.300.000,000
Anz. Schwerbeh. unentgeltl. Benutz. ÖPNV	[PRS]	31.000,000	31.000,000	32.000,000	29.709,000	30.334,000
Verlustrausgleich BSAG	[EUR]	54.300.000,00	54.500.000,00	51.200.000,00	57.040.000,00	53.465.000,00
Unter-/Erhaltungsausgaben je m2	[EUR]	0,76	0,78	0,76	0,72	

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 68.01.01

Verantwortlich: Polzin

ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.01

Verantwortlich: Polzin

Verkehr / ÖPNV

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Finanzhilfen zu den Betriebskosten des SPNV zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV und zur Kooperationsförderung.
- Finanzhilfen für Aufwendungen im ÖPNV, die durch Fahrgeldeinnahmen nicht gedeckt sind (Beiträge zur VBN, Ausgleichszahlungen im Schülerverkehr und Erstattung von Fahrgeldausfällen nach dem Schwerbehindertengesetz).
- Verlustausgleich der BSAG

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistung im ÖPNV gemäß Nahverkehrsplan.
- Sicherstellung der Erreichbarkeit in der Region.
- Verringerung der Umweltbelastung und des Unfallrisikos.
- Begrenzung des Verlustausgleiches bei der BSAG unter Beibehaltung des Verkehrsangebotes (Quantität, Qualität) im Rahmen des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der BSAG (ÖDLA)
- Aufstellung und Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes.

Auftragsgrundlage:

Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personenverkehrs (Regionalisierungsgesetz) vom 27.12.1996, in der Fassung vom 26.06.2002, Gesetz über den öffentl. Personennahverkehr im Land Bremen vom 15.05.1995, § 45a Personenbeförderungsgesetz, § 62 Schwerbehindertengesetz.
Verbandssatzung f. d. ZVBN, Rahmenvertrag zwischen ZVBN u.d. VBN-GmbH vom 12.12.1996, Gesellschaftsvertrag d. Bremer Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft (BVV) vom 22.12.1982, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 22.12.1982 i.V.m. der Mitt. d. Sen.f.Finzen vom 22.12.1982 über die Verlustabdeckung der BVV, Investitionsvertrag zwischen dem Betrieb gewerb. Art "Bau u. Vermietung von Nahverkehrsanlagen d. Freien Hansestadt Bremen-Stadtgemeinde" und der BSAG vom 13.11.1973 i.d.F. vom 11.12.1996, Nahverkehrsplan in der jeweils gültigen Fassung, Vergabegesetz für das Land Bremen vom 12.02.2002.

Zuzuordnende Kapitel:

0680; 0681; 0687; 3681

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	290	290	290	896	581
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	41	0
Gesamteinnahmen	290	290	290	937	581
Personalausgaben	1.860	1.886	1.997	2.106	2.086
Sonst. konsumtive Ausgaben	56.234	56.246	56.796	11.913	11.789
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	11.982	11.732	11.732	0	203
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	56.733	50.404
Gesamtausgaben	70.076	69.864	70.525	70.752	64.482
Saldo	-69.786	-69.574	-70.235	-69.815	-63.901
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,41	0,42	0,41	1,32	0,90
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal konsumtiv	0	0			
Personal investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	27,2	28,0	29,4	0,0	0,0
Personalbestand	23,3	25,2	21,5	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	3,9	2,8	7,9	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre				6,7	6,1
Beschäftigte über 55 Jahre				31,1	37,3
Frauenquote				40,9	45,2
Teilzeitquote				34,6	36,9
Schwerbehindertenquote				3,0	3,2
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Anz. beförderte Pers. im VBN	[PRS]	141000.000,000	140000.000,000	139600.000,000	141700.000,000	141000.000,000
Anz. SchülerInnen in Bremen	[PRS]	19.600.000,000	19.600.000,000	19.500.000,000	19.700.000,000	19.300.000,000
Anz. Schwerbeh. unentgeltl. Benutz. ÖPNV	[PRS]	31.000,000	31.000,000	32.000,000	29.709,000	30.334,000
Verlustausgleich BSAG	[EUR]	54.300.000,00	54.500.000,00	51.200.000,00	57.040.000,00	53.465.000,00

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Vergleichskennzahlen aus dem Benchmark-Bericht werden nicht aufgeführt, da keine aktuellen Daten vorliegen.

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)				
Konsumtive Einnahmen	290	290	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	290	290	0	0
Personalausgaben	1.860	1.886	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.067	11.067	45.167	45.179
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	11.982	11.732
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	12.927	12.953	57.149	56.911
Saldo	-12.637	-12.663	-57.149	-56.911
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	27,2	28,0	0,0	0,0
Personalbestand	23,3	25,2	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	3,9	2,8	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Anz. SchülerInnen in Bremen	[PRS] 19.600.000,000	19.600.000,000		
Anz. Schwerbeh. unentgeltl. Benutz. ÖPNV	[PRS] 31.000,000	31.000,000		
Verlustrausgleich BSAG	[EUR] 54.300.000,00	54.500.000,00		
Anz. beförderte Pers. im VBN	[PRS] 141000.000,000	140000.000,000		

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.01.02

Verantwortlich: Pieper

Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.01

Verantwortlich: Polzin

Verkehr / ÖPNV

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Planung, Bau, Erhaltung und Betrieb von Straßen, Wegen, Plätzen, Ingenieurbauwerken und Lichtsignalanlagen.
- Planung, Bau und Erhaltung der öffentlichen Beleuchtung.
- Straßenreinigung.
- Entwässerung der Verkehrsflächen.
- Planung, Bau, Erhaltung von Bundesfernstraßen (Personal- u. Sachkosten).
- Planung, Bau, Erhaltung von Anlagen des ÖPNV.
- Finanzhilfen für Planung und Bau von Verkehrsanlagen.
- Bewirtschaftung, Entwicklung und Erhalt von Anlagegütern im Teilvermögen Verkehr des Sondervermögens Infrastruktur.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Verbesserung der Erreichbarkeit in der Region.
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Verkehrssysteme.
- Sicherung der Qualität von Erschließungsanlagen.
- Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Erhalt der technischen Vermögenswerte der Verkehrsinfrastruktur.
- Weiterentwicklung der systematischen Verzahnung des komplexen Projekt- und Finanzcontrollings für Verkehrsinfrastruktur-Projekte und
- Maßnahmen unter Einbeziehung der beiden Steuerungsebenen Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und Amt für Straßen und Verkehr

Auftragsgrundlage:

Konkrete rechtl. Grundlagen (Gremienbeschlüsse); Artikel 90 Grundgesetz; Bundesfernstraßengesetz; 1. und 2. AVVFSTR; Bundesfernstraßenvermögensgesetz; BHO; VV-BHO; Erlasse des BMF und des BMVBW; Regionalisierungsgesetz; Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Haushaltsgesetz; LHO; RL-Bau; Landstraßengesetz; BremÖPNVG; Baugesetzbuch; Infrastrukturvertrag (BSAG); Eisenbahnkreuzungsgesetz; Sondervermögen

Zuzuordnende Kapitel:

0687; 3681; 3687

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	7.160	7.160	7.135	6.903	6.081
Investive Einnahmen	24.589	24.589	24.404	30.366	25.964
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	31.749	31.749	31.539	37.269	32.045
Personalausgaben	13.015	13.190	13.191	13.961	14.045
Sonst. konsumtive Ausgaben	51.928	51.386	50.871	49.672	50.109
Zinsausgaben	0	0	0	392	367
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	47.476	49.109	56.651	72.763	67.451
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	47	7
Gesamtausgaben	112.419	113.685	120.713	136.835	131.979
Saldo	-80.670	-81.936	-89.174	-99.566	-99.934
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	28,24	27,93	26,13	27,24	24,28
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	75.000	85.000			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	190,9	194,0	196,9	0,0	0,0
Personalbestand	176,7	183,5	182,1	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	14,2	10,5	14,8	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre				6,5	6,5
Beschäftigte über 55 Jahre				21,2	24,2
Frauenquote				25,0	26,8
Teilzeitquote				11,8	14,4
Schwerbehindertenquote				9,9	10,7
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Straßenreinigung-u.Abwasserausg. je m2	[EUR]	1,92	1,91	1,88	1,86	1,80
Unter-/Erhaltungsausgaben je m2	[EUR]	0,76	0,78	0,76	0,72	
Investitionen in das SV-Infra, GB ÖPNV	[EUR]	2.750.000,00	3.020.000,00	17.900.000,00	19.030.238,00	
Investitionen in das SV-Infra, GB ASV	[EUR]	24.437.000,00	28.200.000,00	32.900.000,00	31.957.376,00	
Anzahl erfasster Straßenschäden	[ST]	11.004,000	11.004,000	10.000,000	11.275,000	

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)				
Konsumtive Einnahmen	1.360	1.360	5.800	5.800
Investive Einnahmen	23.589	23.589	1.000	1.000
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	24.949	24.949	6.800	6.800
Personalausgaben	0	0	13.015	13.190
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.508	1.508	50.420	49.878
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	29.839	29.789	17.637	19.320
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	31.347	31.297	81.072	82.388
Saldo	-6.398	-6.348	-74.272	-75.588
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	35.000	35.000	40.000	50.000
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	190,9	194,0
Personalbestand	0,0	0,0	176,7	183,5
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	14,2	10,5
C. Leistungskennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Straßenreinigung-u.Abwasserausg. je m2	[EUR]		1,92	1,91
Unter-/Erhaltungsausgaben je m2	[EUR]		0,76	0,78
Investitionen in das SV-Infra, GB ÖPNV	[EUR]		2.750.000,00	3.020.000,00
Investitionen in das SV-Infra, GB ASV	[EUR]		24.437.000,00	28.200.000,00
Anzahl erfasster Straßenschäden	[ST]		11.004,000	11.004,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Steuerung der gesamtstädtischen Entwicklung und Gestaltung der Stadt
- Bauleitplanung und städtebauliche Konzepte, Bauberatung
- Stärkung der Zentren- und Innenentwicklung im Rahmen von Schwerpunktprogrammen (u. a. Innenstadtkonzept, Stadtteilkonzepte, Baulückenprogramm)
- Stabilisierung nachhaltiger Stadtstrukturen und Aufwertung von Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen (Städtebauförderungsprogramme)
- Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen, vorrangig im Neubau und Mietwohnungsbestand, Anpassung an die Anforderungen des demographischen Wandels (Abbau von Barrieren) und des Klimaschutzes (Wohnraumförderprogramme)
- Wirtschaftliche Absicherung des Wohnens durch Gewährung von Wohngeld (Wohngeldgesetz des Bundes)
- Förderung der Kooperation mit den Umlandgemeinden und der Region.
- Durchführung der Genehmigungs- und Freistellungsverfahren für bauliche Vorhaben sowie Bauüberwachung
- Führung des Liegenschaftskatasters, Landesvermessung und Wertermittlung

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Umsetzung der Wohnungsbaukonzeption und des Wohnraumförderprogramms 2012/2013 / "Bündnis für Wohnen"
- Einführung des Amtlichen Liegenschafts- und Katasterinformationssystem (ALKIS)
- Fortsetzung des Programmes WiN (Wohnen in Nachbarschaften)
- Städtebauförderungsmaßnahmen in den Stadtumbau- und Sanierungsgebieten (u.a. Huckelriede und Hohentor), Weiterentwicklung der EFRE, WiN und Soziale Stadt Programme
- Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes
- Erstellung eines Landesraumordnungsplanes

Langfristige Perspektiven:

- Strukturwandel planerisch begleiten (z.B. Brachen revitalisieren)
- Innenentwicklung stärken
- Umlandkooperation ausbauen (gemeinsame Projekte)
- Rahmenbedingungen für generationengerechte und bezahlbare Wohnungsangebote schaffen
- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Kundenorientierung ausbauen
- Sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen und Quartieren sichern
- Nachhaltiges Bauen entwickeln

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	17.833	17.425	17.867	17.139	17.988
Investive Einnahmen	3.033	3.156	2.942	5.054	3.732
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	4.280	3.097
Gesamteinnahmen	23.934	23.649	23.877	26.473	24.817
Personalausgaben	17.631	18.090	18.430	18.878	19.118
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.455	17.062	19.445	19.143	25.802
Zinsausgaben	2.319	2.374	2.057	884	7
Tilgungsausgaben	4.851	4.925	5.000	6.975	1.170
Investive Ausgaben	10.165	9.032	11.889	7.656	6.545
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	8	2.664	3.596
Gesamtausgaben	51.421	51.483	56.829	56.200	56.238
Saldo	-27.487	-27.834	-32.952	-29.727	-31.421
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	46,55	45,94	42,02	47,10	44,13
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	3.793	2.226			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	292,1	300,1	307,8	0,0	0,0
Personalbestand	264,6	272,0	176,1	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	27,5	28,1	131,7	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	3,0	3,8
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	28,4	32,1
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	46,7	49,6
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	27,6	29,8
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	6,3	6,3

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Neueingänge Bauanträge	[ST]	2.100,000	2.100,000	2.200,000	1.733,000	2.423,000
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]	486.000.000,00	486.000.000,00	435.000.000,00	618.961.284,00	707.818.180,00
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl	[ST]	300,000	300,000	300,000	321,000	316,000
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen	[EUR]	1.750.000,00	1.750.000,00	1.750.000,00	1.732.782,00	1.463.000,00
Empfänger Wohngeldzahlungen	[ST]	7.300,000	7.300,000	7.740,000	7.302,000	8.155,000
Einn. v. öffentli. Dienststellen GeoInfo	[EUR]	2.507.000,00	2.555.000,00	2.558.000,00	2.628.520,00	2.432.000,00

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 68.02.05

Verantwortlich: Viering

Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Reuther

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Steuerung der gesamtstädtischen Entwicklung.
- Gestaltung der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung der Stadt.
- Durchführung der Genehmigungs- und Freistellungsverfahren für bauliche Vorhaben sowie Bauüberwachung.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Planerisch werden Lösungen erarbeitet, die mit den Bürgern, den politischen Gremien und den Dienststellen erörtert werden. Kern der abschließenden Entscheidung ist die Abwägung aller betroffenen Belange.

Im Aufgabenbereich Bauordnung geht es insbesondere um die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Leben und Gesundheit) bei Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen. Die Einhaltung der Vorschriften wird teilweise präventiv im Rahmen von Genehmigungsverfahren geprüft, teilweise auch unmittelbar durch ordnungsbehördliche Maßnahmen durchgesetzt. Durch Bauberatung sowie städtebauliche Verträge und die Beteiligung an Wettbewerbsverfahren wird außerdem die gestalterische und energetische Optimierung von Vorhaben angestrebt.

Auftragsgrundlage:

Das öffentliche Baurecht ist dreigeteilt. Es besteht aus den bundesrechtlichen Bestimmungen zur Nutzung von Grund und Boden (Baugesetzbuch; Raumordnungsgesetz etc.), den Bebauungsplänen als kommunale Satzungen sowie aus der Landesbauordnung (BremLBO), deren Regelungen sich insbesondere auf bauliche Anlagen beziehen (Gefahrenabwehr; soziale Standards etc.) und die Verfahren zu deren Genehmigung regeln.

Zuzuordnende Kapitel:

0680; 0681; 3681; 3682

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	5.766	5.266	5.016	6.869	5.203
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	88	29
Gesamteinnahmen	5.766	5.266	5.016	6.957	5.232
Personalausgaben	6.310	6.359	6.155	6.212	7.199
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.409	1.492	2.078	2.012	2.208
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	772	1.022	382	688	623
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	8.491	8.873	8.615	8.912	10.030
Saldo	-2.725	-3.607	-3.599	-1.955	-4.798
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	67,91	59,35	58,22	78,06	52,16
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	200	200			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	107,4	109,1	97,2	0,0	10,4
Personalbestand	93,4	95,9	99,6	0,0	21,3
=> Netto-Personalbedarf	14,0	13,2	- 2,4	0,0	- 10,8
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5		
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5		
Frauenquote	50,0	50,0	50,0		
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0		
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Zahl d. erteilten Baufreig. §66 BremLBO	[ST]	200,000	200,000	220,000	203,000	201,000
Anzahl der erteilten Baugenehmigungen	[ST]	1.100,000	1.100,000	1.200,000	1.086,000	1.238,000
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]	450.000.000,00	450.000.000,00	420.000.000,00	566.890.256,00	667.131.818,00
Neueingänge Bauanträge	[ST]	1.900,000	1.900,000	1.900,000	1.533,000	2.172,000

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)				
Konsumtive Einnahmen	0	0	5.766	5.266
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	5.766	5.266
Personalausgaben	6.310	6.359	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.098	1.098	311	394
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	72	72	700	950
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	7.480	7.529	1.011	1.344
Saldo	-7.480	-7.529	4.755	3.922
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	200	200
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	107,4	109,1	0,0	0,0
Personalbestand	93,4	95,9	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	14,0	13,2	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Zahl d. erteilten Baufreig. §66 BremLBO	[ST]		200.000	200.000
Anzahl der erteilten Baugenehmigungen	[ST]		1.100.000	1.100.000
Neueingänge Bauanträge	[ST]		1.900.000	1.900.000
Genehmigtes Bauvolumen	[EUR]		450.000.000,00	450.000.000,00

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.02.06

Verantwortlich: Urban

Städtebau/Stadtumbau/Wohnungswesen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Reuther

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Gesamtstädtische räumliche Entwicklung: Flächennutzungsplanung, stadtentwicklungspolitische Fachkonzepte
- Förderung der Kooperation mit den Umlandgemeinden und der Region
- Sicherung der Gestaltqualität im öffentlichen Raum
- Stärkung der Zentren- und Innenentwicklung im Rahmen von Schwerpunktprogrammen
- Stabilisierung nachhaltiger Stadtstrukturen und Aufwertung von Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen (Städtebauförderungsprogramme)
- Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen, vorrangig im Neubau und Mietwohnungsbestand, Anpassung an die Anforderungen des demographischen Wandels und des Klimaschutzes
- Wirtschaftliche Absicherung des Wohnens durch Gewährung von Wohngeld
- Allgemeine baufachliche Regelungen für den öffentlichen Hochbau (insbesondere Baustandards)

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Stadt- und Regionalentwicklung: Neuaufstellung Flächennutzungsplan, Umsetzung Leitbild der Stadtentwicklung, Umsetzung des kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzeptes, Erarbeitung eines Landesraumordnungsplanes, Wohnbauflächenentwicklung, Stärkung Bremer Westen. Regionale Kooperation und Abstimmung mit dem Bremer Umland zwecks Steuerung struktureller Entwicklungen

Städtebau: Sicherung der Gestaltqualität und Steigerung der Attraktivität des öffentl. Raumes. Stärkung der Zentren- und Innenentwicklung..

Stadtumbau: Weiterentwicklung und Umsetzung der Förderprogramme EFRE und WiN/Soziale Stadt und Einsatz der Programme der Städtebauförderung in Verbindung mit dem besonderen Städtebaurecht. Stabilisierung und Stärkung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Neben der Fortsetzung der bereits laufenden Stadtumbaugebiete ist aufbauend auf dem Leitbild der Stadtentwicklung die Weiterentwicklung des Bremer Westens ein Schwerpunkt. Das Baulückenprogramm wird fortgesetzt.

Wohnungswesen: Die Wohnraumförderung soll ein bezahlbares, generationen- und nachfragegerechtes Wohnangebot gewährleisten. Das laufende Wohnraumförderungsprogramm für rd. 700 Wohneinheiten soll in Bremen sozialgebundenen Mietwohnungsneubau und neue Wohnformen ermöglichen. In Bremerhaven liegt der Förderschwerpunkt auf der Bestandsmodernisierung zur Stärkung der Quartiere.

Bauwesen: Für den öffentlichen Hochbau werden allgemeine baufachliche Regelungen erarbeitet und fortgeschrieben.

Auftragsgrundlage:

Baugesetzbuch, Beschlüsse von Deputation und Bürgerschaft, Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund, Landesförderprogramme der Städtebauförderung, Wohnraumförderungsgesetz, Bremisches Wohnungsbindungsgesetz, bremische Förderrichtlinien, Gesetz zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts nebst Beleihungsverträgen mit der Bremer Investitions-Gesellschaft GmbH und der Bremer Aufbau-Bank GmbH, Wohngeldgesetz, Sozialgesetzbuch (SGB I)

Zuzuordnende Kapitel:

0680; 0681; 0696; 0697; 3681; 3696

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	6.860	6.860	7.615	5.151	7.535
Investive Einnahmen	3.033	3.156	2.942	5.054	3.732
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	4.192	3.068
Gesamteinnahmen	12.961	13.084	13.625	14.397	14.335
Personalausgaben	3.964	4.082	4.223	4.232	3.474
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.890	13.392	15.158	15.099	21.523
Zinsausgaben	2.319	2.374	2.057	884	7
Tilgungsausgaben	4.851	4.925	5.000	6.975	1.170
Investive Ausgaben	9.178	7.670	10.467	6.625	5.645
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	2.660	3.590
Gesamtausgaben	33.202	32.443	36.905	36.475	35.409
Saldo	-20.241	-19.359	-23.280	-22.078	-21.074
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	39,04	40,33	36,92	39,47	40,48
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	3.593	2.026			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	69,6	71,5	85,0	0,0	0,0
Personalbestand	59,9	61,4	55,4	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	9,7	10,1	29,6	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	2,0	4,8
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	30,1	36,3
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	60,0	63,3
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	28,7	27,5
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	15,6	11,2
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Wohnberechtigungsscheine	[ST]	2.200,000	2.200,000	2.200,000	2.142,000	2.202,000
Einkommensbeschein. Für Neufestset.v. AZ	[ST]	700,000	700,000	800,000	722,000	665,000
Erteilte wohnwirtschaftl. Genehmigungen	[ST]	700,000	700,000	700,000	615,000	751,000
Erteilte Freistellungen	[ST]	150,000	150,000	150,000	136,000	159,000
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl	[ST]	300,000	300,000	300,000	321,000	316,000
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen	[EUR]	1.750.000,00	1.750.000,00	1.750.000,00	1.732.782,00	1.463.000,00
Erstbewilligung Mietwohnungen	[ST]	200,000	200,000	50,000	52,000	25,000
Antragseingänge für Wohngeld in Bremen	[ST]	10.800,000	10.800,000	11.800,000	10.346,000	11.464,000
Bescheide für Wohngeld in Bremen	[ST]	12.960,000	12.960,000	15.300,000	13.169,000	10.987,000

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

zu 3 C: Angaben aus dem Benchmark-Bericht 2009

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
Konsumtive Einnahmen	6.610	6.610	250	250
Investive Einnahmen	3.033	3.156	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	0	0
Gesamteinnahmen	12.711	12.834	250	250
Personalausgaben	3.964	4.082	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.275	12.677	615	715
Zinsausgaben	2.319	2.374	0	0
Tilgungsausgaben	4.851	4.925	0	0
Investive Ausgaben	1.301	1.412	7.877	6.258
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	24.710	25.470	8.492	6.973
Saldo	-11.999	-12.636	-8.242	-6.723
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	3.593	2.026
B. Personaldaten				
	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	69,6	71,5	0,0	0,0
Personalbestand	59,9	61,4	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	9,7	10,1	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen				
	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Wohnberechtigungsscheine	[ST]		2.200,000	2.200,000
Einkommensbeschein. Für Neufestset.v. AZ	[ST]		700,000	700,000
Erstbewilligung Mietwohnungen	[ST]	200,000	200,000	
Zu bearb. WiN-Anträge Anzahl	[ST]	300,000	300,000	
Zu bearb. WiN-Anträge bewillig. Volumen	[EUR]	1.750.000,00	1.750.000,00	
Antragseingänge für Wohngeld in Bremen	[ST]	10.800,000	10.800,000	
Bescheide für Wohngeld in Bremen	[ST]	12.960,000	12.960,000	
Erteilte wohnwirtschaftl. Genehmigungen	[ST]		700,000	700,000
Erteilte Freistellungen	[ST]		150,000	150,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.02.07

Verantwortlich: Donaubauer

Bauamt Bremen-Nord

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Reuther

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Aufgaben der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Stadtgestaltung und Bauordnung für den Stadtbezirk Bremen-Nord.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Bauamt Bremen-Nord

Das Bauamt Bremen-Nord erbringt als nachgeordnete Dienststelle des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr koordinierte Verwaltungsleistungen für Planungs- und Bauangelegenheiten im eigenen Zuständigkeitsbereich. In diesem Bereich ist es Ansprechpartner für die Bürger, die Unternehmen und die örtlichen politischen Gremien.

Stadtplanung

Sicherung der nachhaltigen Stadtentwicklung und städtebaulichen Ordnung unter Beachtung gestalterischer, funktionaler, sozialer, ökologischer und ökonomischer Belange im Rahmen der Bauleitplanung sowie bei Stellungnahmen zu Planungen und Maßnahmen anderer Stellen.

Bauordnung

Förderung von Bauvorhaben und sonstiger baulicher Maßnahmen auf Grundlage der Sicherheitsvorschriften sowie unter Beachtung gestalterischer und ökologischer Gesichtspunkte im Rahmen der Verfahren nach der Bremischen Landesbauordnung und der begleitenden Bauberatung.

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilungspläne des Senats, der senatorischen Dienststelle und des Bauamtes Bremen-Nord, Baugesetzbuch, Bremische Landesbauordnung sowie die jeweils ergänzenden Rechtsvorschriften.

Zuzuordnende Kapitel:

3691

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	377	377	389	394	501
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	377	377	389	394	501
Personalausgaben	1.540	1.554	1.519	1.534	1.462
Sonst. konsumtive Ausgaben	89	115	158	125	232
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	9	9	909	55	39
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	2	1	1
Gesamtausgaben	1.638	1.678	2.588	1.715	1.734
Saldo	-1.261	-1.301	-2.199	-1.321	-1.233
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	23,02	22,47	15,03	22,97	28,89
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	26,4	26,8	25,8	0,0	0,0
Personalbestand	22,1	23,2	21,1	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	4,3	3,6	4,7	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5		
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5		
Frauenquote	50,0	50,0	50,0		
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0		
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0		
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
--------------------------------------	--------------	--------------	--------------	----------	----------

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Produktgruppe: 68.02.08

Verantwortlich: Gellhaus

Landesamt für GeoInformation

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.02

Verantwortlich: Reuther

Fachbereich Bau und Stadtentwicklung

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Führung des Liegenschaftskatasters entsprechend den Anforderungen von Recht, Verwaltung und Wirtschaft.
- Landesvermessung (Raumbezug und Geotopographie)
- Erbringung hoheitlicher und kommunaler Vermessungsdienstleistungen
- Erzeugung, Führung und Bereitstellung von Geobasisdaten
- Wertermittlung von Immobilien
- Geodateninfrastruktur (GDI)
- Sonderaufgaben für den Bund aus dem Bereich der Liegenschaftsverwaltung
- Vertretung des Landes Bremen in bundesweiten Gremien und Arbeitskreise des Vermessungswesen, der Wertermittlung und der ArgeBau

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Nachweis des Eigentums an Grund und Boden im Rahmen der Daseinsvorsorge sowie der Landesverteidigung, des Umwelt- und Katastrophenschutzes.
- Bereitstellung eines einheitlichen Raumbezugssystems
- Zusammenführung des automatisierten Liegenschaftsbuches und der automatisierten Liegenschaftskarte in das amtliche Liegenschafts- und Katasterinformationssystem (ALKIS). In diesem Zusammenhang werden Synergieeffekte aufgrund der gemeinsamen Datenhaltung nach Produktivsetzung erwartet.
- Basisfunktion für alle raumbezogenen Fach- und Informationssysteme.
- Bedarfsgerechte Bereitstellung von 3D-Daten für öffentliche und private Planungs- und Bauvorhaben, den Grundstücks- und Immobilienverkehr.
- Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von grundstücksbezogenen Rechten.
- Schaffung einer erhöhten Transparenz auf dem Grundstücksmarkt.
- Koordinierung der Geodateninfrastruktur für die Freie Hansestadt Bremen (GDI-FHB).
- Aufbau und Betrieb einer Zentralen Infrastruktur für die GDI-FHB
- Konzeption, Entwicklung und Betrieb von geographischen Informationssystemen
- Erstellung von Unschädlichkeitszeugnissen für die freiwillige Gerichtsbarkeit.
- Aufbau eines Solarkatasters.

Auftragsgrundlage:

Landeshaushaltsordnung (§ 64), Vermessungs- und Katastergesetz, Flurbereinigungsgesetz, Gesetz über Unschädlichkeitszeugnisse, Baugesetzbuch, Gutachterausschussverordnung, Geodatenzugangsgesetz, Verwaltungsvereinbarung GDI-DE, Richtlinie 2007/2/EG Schaffung einer Geodatenstruktur in der EU (INSPIRE), Richtlinie für die Durchführung von Bauvorhaben des Bundes (RBBau), Erlasse des BMVBS und des BMVg, Vereinbarung über die Erstattung der der Freien Hansestadt Bremen bei der Erledigung von Bauangelegenheiten des Bundes entstehenden Kosten vom 14.12.2010,(VKE); mit Änderungsvereinbarung vom 30.10.2012, ressortinterne Aufgabenzuweisungen.

Zuzuordnende Kapitel:

0682; 0683; 0684; 0685

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Migration auf ALKIS vorbereitete Fläche	[%]	100,00	100,00	100,00	40,00	5,00
Ausgewertete Kaufverträge	[ST]	6.000,000	6.000,000	5.700,000	7.068,000	7.244,000
Übernahmen von Liegenschaftsvermessungen	[ST]	940,000	940,000	1.000,000	905,000	953,000
Einn. v. öffentli. Dienststellen GeoInfo	[EUR]	2.507.000,00	2.555.000,00	2.558.000,00	2.628.520,00	2.432.000,00
Einnahmen von Privaten	[EUR]	2.313.000,00	2.357.000,00	2.289.000,00	2.096.567,00	2.317.000,00
Einnahmen/ Jahr je VZÄ	[EUR]	36.400,00	34.900,00	33.000,00	30.485,00	

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

- Aufgaben des Naturschutzes, der Landschaftsplanung sowie der Wasserwirtschaft und des Hochwasser- und Gewässerschutzes (Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz, Oberflächenwasserschutz, wasserrechtliche Verfahren, Mittelbezogener Gewässerschutz, Grundwasserschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Biotop- und Artenschutz, Grünordnung, Schutzverordnungen) sowie der Abwasserwirtschaft
- Aufgaben der Umweltwirtschaft, der Umweltkommunikation und -innovation, des Klimaschutzes, der Energiepolitik und Energieeffizienz, der Abfallwirtschaft, des Boden- und des Immissionsschutzes inkl. der Fragen zur nachhaltigen Mobilität
- Förderung von Technologien und der angewandten Umweltforschung zur Ressourcenschonung und der Verringerung von Schadstoffemissionen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Optimierung der Planungs- und Genehmigungsprozesse im Umweltbereich, im Naturschutz, im Wasser- und Abwasser- sowie im Abfallbereich.
- Leistung von Beiträgen zum aktiven Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz und insgesamt zu einer nachhaltigen Entwicklung durch sparsame und effizientere Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe sowie Schadstoffminimierung.
- Schutz, Pflege, Entwicklung von Natur und Landschaft; Neuausrichtung und Restrukturierung des flächenbezogenen Umweltschutzes.
- Erhaltung und Entwicklung öffentlicher Grün- und Freiflächen für die verstärkte Nutzung durch die Öffentlichkeit.
- Schutz von Boden, Luft und Wasser
- Bereitstellung von umweltgerechten und wirtschaftlichen Entsorgungssystemen.
- Bereitstellung von Anreizinstrumenten im Bereich der Umweltinnovation und des Ressourcenschutzes.
- Entwicklung von Angeboten einer nachhaltigen Mobilität.
- Erreichung der Deichbestickhöhe gem. Generalplan Küstenschutz auf der gesamten Deichlänge

Langfristige Perspektiven:

- Sicherung und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt
- Erreichung der Klimaschutzziele

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	8.257	8.257	8.790	9.859	9.339
Investive Einnahmen	7.120	7.120	7.120	7.019	6.867
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	1.609	2.319
Gesamteinnahmen	15.377	15.377	15.910	18.487	18.525
Personalausgaben	7.315	7.420	7.072	8.682	8.749
Sonst. konsumtive Ausgaben	17.823	19.002	17.950	21.637	22.125
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	21.052	20.588	25.045	20.786	23.724
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	447	395
Gesamtausgaben	46.190	47.010	50.067	51.552	54.993
Saldo	-30.813	-31.633	-34.157	-33.065	-36.468
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	33,29	32,71	31,78	35,86	33,69
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	150	150			
investiv	17.610	17.610			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	93,9	95,7	90,5	0,0	0,0
Personalbestand	91,0	96,3	84,7	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	2,9	- 0,6	5,8	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	3,2	4,7
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	30,9	30,1
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	44,3	47,0
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	32,2	36,6
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	6,1	5,1

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Anz. der Prüfungen auf Altlasten	[ST]	1.500,000	1.500,000	1.020,000	1.673,000	1.427,000
CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderpro.	[TO]	100.000	100.000	115.000	109.063	120.231
Öffentliche Grünanlagen	[HAR]	1.020	1.020	1.014	1.014	1.014
Öffentliche Grünanlagen pro Einwohner	[M2]	19,00	19,00	19,00	19,00	19,00
Gesamtausgaben aus der Abwasserabgabe	[EUR]	3.000.000,00	3.000.000,00	3.000.000,00	4.356.095,63	4.627.030,00
Gesamtausgab. aus d.Wasserentnahmegebühr	[EUR]	4.445.000,00	4.445.000,00	4.450.000,00	2.433.833,88	4.056.604,00
Kompensationsflächen	[HAR]	4.800	4.800	5.200	4.686	4.512
Partnerschaft Umwelt untern.-Mitglieder	[ST]	173,000	161,000	149,000	138,000	125,000
Car-Sharing-Nutzer/innen / 10.000 Einw.	[ST]	160,000	150,000	140,000	112,000	102,000
Aufklärungsgespr.Umwelt-u.Ordnungsdienst	[ST]	1.500,000	1.500,000	3.000,000	3.548,000	2.692,000
Hochwasserschutz	[%]	60,00	55,00	50,00	50,00	45,00

B. Erläuterungen zu 2.

Die Kennzahl "Hochwasserschutz" beinhaltet die Erreichung der Deichbestickhöhe gem. Generalplan Küstenschutz auf der gesamten Deichlänge.

Produktgruppe: 68.03.01

Verantwortlich: Kamp

Umweltwirtschaft / Energie / Ressourcen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.03

Verantwortlich: Lübbing von Gaertner

Fachbereich Umwelt

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Ressourcenschutz, -effizienz und -einsparung, Förderung der Umweltwirtschaft, Ökologisierung der Wirtschaft
- Klimaschutz, Energiepolitik, Energiewirtschaft, Vollzug von Energieeinspargesetzen, Umsetzung des Klimaschutz- und Energieprogramms des Landes
- Umweltinformation, -bildung und -berichterstattung
- Luftreinhaltung, Maßnahmen zum Schutz vor Lärmeinwirkungen, umweltverträgliche Mobilität
- Kreislauf- und Abfallwirtschaft (inkl. Leitstelle Saubere Stadt)
- Bodenschutz

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Minderung der CO₂-Emissionen u. Einsparung nicht erneuerbarer Primärenergie
- Auf- u. Ausbau von die Umwelt entlastenden (Wirtschafts-)Strukturen z.B. durch Umweltmanagementsysteme, Innovations-, Kooperations- und Technologieförderung oder Anreizinstrumente, ökologische Beschaffung und EMAS.
- Umweltberichterstattung, freiwilliges Umweltengagement und -bewusstsein in Wirtschaft u. Gesellschaft.
- Förderung der Kreislaufwirtschaft durch Abfallvermeidung u. -verwertung, Sicherung einer umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen. Beratung von Abfallerzeugern in Verbindung mit einer effektiven Abfallüberwachung v. Entsorgungsanlagen. Weiterentwicklung des bürgerfreundlichen und kostengünstigen Entsorgungssystems und einer sauberen Stadt.
- Verbesserung der Luftqualität u. Verringerung der Lärmbelastung durch Minderungsplanungen, Einhaltung von Qualitätszielen in Verkehr, Industrie u. Gewerbe u. Maßn. zur nachhaltigen Mobilität, Car-Sharing-Nutzung u. Unterstützung umweltfreundliche Fahrzeugantriebe. Förderung überregionaler u. europäischer Zusammenarbeit durch EU- und Modellprojekte und Netzwerke.
- Erfassung u. Darstellung der Bodensituation u.a. durch Erhebung, Sammlung u. Verfügbarmachung bodenrelevanter Daten, Bereitstellung der Informationen.

Auftragsgrundlage:

Internationale und europäische Programme, Konventionen und Vereinbarungen, Grün- und Weißbücher der EU
Umwelt- und Energiegesetze der EU, des Bundes und des Landes, Ortsgesetze
Landesprogramme (inkl. Senatsstrategien, Koalitionsvertrag) und Förderrichtlinien
Förderprogramme (EU, Bund, Land)
Selbstverpflichtungen auf EU-Ebene, im Bund oder Land (z.B. puu-Mitgliedschaft)
vertragliche Bindungen (z.B. Straßenreinigung)

Zuzuordnende Kapitel:

0601; 0680; 3601; 3603

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	426	426	954	2.317	773
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	1.512	2.258
Gesamteinnahmen	426	426	954	3.829	3.031
Personalausgaben	2.834	2.903	2.997	3.538	3.732
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.485	1.415	2.029	3.219	2.235
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	3.028	2.530	3.292	5.522	7.682
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	151	137
Gesamtausgaben	7.347	6.848	8.318	12.430	13.786
Saldo	-6.921	-6.422	-7.364	-8.601	-10.755
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	5,80	6,22	11,47	30,80	21,99
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	150	150			
investiv	2.950	2.950			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	46,0	47,1	44,7	0,0	0,0
Personalbestand	45,2	47,4	42,6	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,8	- 0,3	2,2	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	3,3	3,6
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	25,9	24,5
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	48,9	51,8
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	31,4	36,8
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	5,1	5,9
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Umweltinspektionen Abfallentsorgungsanl.	[ST]	18,000	19,000	19,000	8,000	10,000
Monatl. Belegstatus beim FÖJ	[PRS]	480,000	480,000	480,000	449,000	398,000
Anz. der Prüfungen auf Altlasten	[ST]	1.500,000	1.500,000	1.020,000	1.673,000	1.427,000
Partnerschaft Umwelt untern.-Mitglieder	[ST]	173,000	161,000	149,000	138,000	125,000
Index Verfahrensschritte UVP	[ST]					119,000
CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderpro.	[TO]	100.000	100.000	115.000	109.063	120.231
Car-Sharing-Nutzer/innen / 10.000 Einw.	[ST]	160,000	150,000	140,000	112,000	102,000
jährl.Stromerzeug./Neue Windkraftanlagen	[KWH]	41.000.000	12.000.000	24.500.000	27.591.000	38.825.000
Messungen der Altlastenüberwachungen	[ST]	215,000	223,000	252,000	255,000	279,000
Aufklärungsgespr.Umwelt-u.Ordnungsdienst	[ST]	1.500,000	1.500,000	3.000,000	3.548,000	2.692,260
Anteil Förderung an Gesamtkosten FV	[%]	70,00	70,00	70,00	69,00	68,00
Lärmbetroffene Einwohner 60 db(A) nachts	[ST]	25.300,000	25.600,000	3.900,000	3.990,000	4.285,000
Beschwerdeindex in 0/00	[ST]	0,350	0,350	0,350	0,220	1,150

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken

	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)				
Konsumtive Einnahmen	20	20	406	406
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	20	20	406	406
Personalausgaben	2.834	2.903	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	722	652	763	763
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	2.528	2.030	500	500
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	6.084	5.585	1.263	1.263
Saldo	-6.064	-5.565	-857	-857
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	150	150	0	0
investiv	2.950	2.950	0	0
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	46,0	47,1	0,0	0,0
Personalbestand	45,2	47,4	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,8	- 0,3	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Umweltinspektionen Abfallentsorgungsanl.	[ST] 18,000	19,000		
Monatl. Belegstatus beim FÖJ	[PRS] 480,000	480,000		
Lärmbetroffene Einwohner 60 db(A) nachts	[ST] 25.300,000	25.600,000		
Messungen der Altlastenüberwachungen	[ST] 215,000	223,000		
Aufklärungsgespr. Umwelt-u. Ordnungsdienst	[ST] 1.500,000	1.500,000		
Anteil Förderung an Gesamtkosten FV	[%] 70,00	70,00		
Beschwerdeindex in 0/00	[ST] 0,350	0,350		
Anz. der Prüfungen auf Altlasten	[ST] 1.500,000	1.500,000		
Car-Sharing-Nutzer/innen / 10.000 Einw.	[ST] 160,000	150,000		
CO2-Redukt. energiepol. Breitenförderpro.	[TO] 100,000	100,000		
Partnerschaft Umwelt untern.-Mitglieder	[ST] 173,000	161,000		
jährl. Stromerzeug./Neue Windkraftanlagen	[KWH] 41.000.000	12.000.000		

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.03.03

Verantwortlich: Musiol

Natur / Wasser

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.03

Verantwortlich: Lübbling von Gaertner

Fachbereich Umwelt

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Wasserwirtschaft: Hochwasserschutz, Küstenschutz
- Grünordnungsstrategie für das Land Bremen und Bedarfsträger für öffentliche Grünanlagen, Parks, Kleingärten, Friedhöfe und Straßenbäume für die Stadtgemeinde Bremen
- Natur- und Landschaftsschutz: Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
- Ökologisch orientierte Landwirtschaft; Forstwirtschaft (als oberste Forstbehörde für das Land Bremen); Jagd (als oberste Jagdbehörde für das Land Bremen); Rechtsangelegenheiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- Bewirtschaftung, Entwicklung und Erhalt von Grünflächen im Teilvermögen Grün des Sondervermögens Infrastruktur

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Erreichung des guten, ökologischen Zustands für alle Oberflächengewässer
- Erreichung des guten, chemischen und mengenmäßigen Zustands des Grundwassers
- Sicherung des Gewässernetzes (Gräben und Fleete) für die schadlose Ableitung des Niederschlagswassers
- Sicherung der Küstenschutzanlagen und Anpassung an veränderte Wasserstandssituationen
- Sicherung einer wirtschaftlichen und umweltverträglichen Abwasserentsorgung
- Schutz vor Risiken im Zusammenhang mit dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
- Weiterentwicklung und Umsetzung des Grün- und Freiraumkonzeptes
- Steigerung der Attraktivität Bremer Parks und Grünanlagen; Veranstaltungen
- Entwicklung der Erholungsmöglichkeiten im besiedelten und unbesiedelten Bereich
- Landschaftsplanung für Bremen
- Vollzug der Eingriffsregelung, Flächen- und Maßnahmebevorratung für die Kompensation von Eingriffen (Kompensationsflächenpool)
- Strategie und Vollzug des Biotop- und Artenschutzes, Umsetzung europa-, bundes- und landesrechtlicher Schutzvorschriften
- Umsetzung des Bundes- und Landeswaldrechts
- Sicherung und Weiterentwicklung einer naturverträglichen Land- und Forstwirtschaft
- Sicherung und Weiterentwicklung der Biodiversität
- Nutzung und Schutz natürlicher Ressourcen

Auftragsgrundlage:

- EU-Recht
- Bundesrecht
- Landes- und ortsgesetzliche Regelungen

Weltweit: U.a. Washingtoner Artenschutzabkommen, CITES, Biodiversitätskonvention, Agenda 21; Europa: U.a. EU-VogelschutzRL, EU-FFH-RL; EU-ZOO-RL, EU-Landschaftskonventionen; EU-HWRM-RL, Bund: U.a. BNatSchG, BundesartenschutzVO; Bremen: U.a. BremWG, BremNatG, div. Landschaftsschutz- und Naturschutzverordnungen, BaumschutzVO, FeldordnungsG; PROFIL (Brem.-Niedersächsisches Programm zur Umsetzung der ELER-VO) Plan des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raumes; Agrarstrukturelles Entwicklungsprogramm Blockland; Landschaftsprogramm; PMP Niedervieland; Bundeswaldgesetz; Bremisches Waldgesetz, Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes; BJagdG, BremLJagdG; Koalitionsvereinbarung

Zuzuordnende Kapitel:

0601; 0627; 0629; 0680; 3601; 3627

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	381	381	386	489	679
Investive Einnahmen	7.120	7.120	7.120	7.019	6.867
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	97	60
Gesamteinnahmen	7.501	7.501	7.506	7.605	7.606
Personalausgaben	3.925	3.961	3.519	4.062	3.974
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.235	15.484	13.818	14.326	14.937
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	17.614	17.648	21.343	13.944	13.611
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	35.774	37.093	38.680	32.332	32.522
Saldo	-28.273	-29.592	-31.174	-24.727	-24.916
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	20,97	20,22	19,41	23,52	23,39
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	14.660	14.660			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	47,9	48,6	45,8	0,0	0,0
Personalbestand	45,8	48,9	42,1	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	2,1	- 0,3	3,7	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	2,6	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	35,6	34,8
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	38,7	41,1
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	31,1	33,7
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	4,9	4,1
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Kompensationsflächen	[HAR]	4.800	4.800	5.200	4.686	4.512
Straßenbäume	[ST]	69.500,000	69.300,000	69.000,000	69.000,000	68.100,000
Öffentliche Grünanlagen	[HAR]	1.020	1.020	1.014	1.014	1.014
Öffentliche Grünanlagen pro Einwohner	[M2]	19,00	19,00	19,00	19,00	19,00
Geschützte Flächen	[HAR]	11.000	11.000	12.000	10.147	10.233
Geförd. naturverträgl. bewirt. Flächen	[HAR]	3.000	3.000	3.000	3.000	4.324
Hochwasserschutz	[%]	60,00	55,00	50,00	50,00	45,00

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Die Kennzahl "Hochwasserschutz" beinhaltet die Erreichung der Deichbestickhöhe gem. Generalplan Küstenschutz auf der gesamten Deichlänge.

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)				
Konsumtive Einnahmen	381	381	0	0
Investive Einnahmen	7.120	7.120	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	7.501	7.501	0	0
Personalausgaben	3.925	3.961	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.536	1.554	12.699	13.930
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	15.495	15.495	2.119	2.153
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	20.956	21.010	14.818	16.083
Saldo	-13.455	-13.509	-14.818	-16.083
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	14.660	14.660	0	0
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	47,9	48,6	0,0	0,0
Personalbestand	45,8	48,9	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	2,1	- 0,3	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Hochwasserschutz	[%]	60,00	55,00	
Straßenbäume	[ST]	69.500,000	69.300,000	
Geförd. naturverträgl. bewirt. Flächen	[HAR]	3.000	3.000	
Öffentliche Grünanlagen	[HAR]	1.020	1.020	
Öffentliche Grünanlagen pro Einwohner	[M2]	19,00	19,00	
Geschützte Flächen	[HAR]	11.000	11.000	
Kompensationsflächen	[HAR]	4.800	4.800	

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 68.03.04

Verantwortlich: Musiol

Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühr

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.03

Verantwortlich: Lübbling von Gaertner

Fachbereich Umwelt

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Erteilung von Abgabe- oder Gebührenbescheiden im Zusammenhang mit dem Einleiten von Abwässern in Gewässer, dem Entnehmen oder Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern oder dem Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser
- Bewirtschaftung der Mittel entsprechend der vorhandenen Ressourcen
- Zweckgebundene Verwendung der Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte, für den Schutz und die Sicherung von Umweltressourcen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung einschließlich des Verwaltungsaufwandes
- Prüfung des Verwendungszweckes und Projekt-Controlling der laufenden Vorhaben

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte (§ 13 des Abwasserabgabengesetzes) inkl. Verwaltungsaufwand (§ 11 des Bremischen Abwasserabgabengesetzes, § 13 des Abwasserabgabengesetzes)
- Schutz und Sicherung von Umweltressourcen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung einschließlich des dafür erforderlichen Verwaltungsaufwandes (§9 des Gesetzes über eine Wasserentnahmegebühr)

Auftragsgrundlage:

Umweltabgabengesetze

Zuzuordnende Kapitel:

0628; 0629; 0680

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	7.450	7.450	7.450	7.053	7.887
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	7.450	7.450	7.450	7.053	7.887
Personalausgaben	556	556	556	1.081	1.042
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.103	2.103	2.103	4.093	4.953
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	410	410	410	1.320	2.430
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	295	258
Gesamtausgaben	3.069	3.069	3.069	6.789	8.683
Saldo	4.381	4.381	4.381	264	-796
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	242,75	242,75	242,75	103,89	90,83
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre				6,1	10,1
Beschäftigte über 55 Jahre				30,9	33,2
Frauenquote				53,2	59,1
Teilzeitquote				29,5	38,2
Schwerbehindertenquote				11,5	4,1
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

In dieser Produktgruppe gibt es kein kernfinanziertes Personal, daher erfolgt kein Ausweis von Beschäftigungszielzahlen und es erfolgt keine Darstellung des Personalbestands.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Gesamtausgaben aus der Abwasserabgabe	[EUR]	3.000.000,00	3.000.000,00	3.000.000,00	4.356.095,63	4.627.030,00
Gesamtausgab. aus d.Wasserentnahmegebühr	[EUR]	4.445.000,00	4.445.000,00	4.450.000,00	2.433.833,88	4.056.604,00

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Produktbereich: 68.90

Verantwortlich: Friderich

Sonstiges Umwelt, Bau, Verkehr

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Zentrale Dienste und Ressortplanung:

dazu zählen die Querschnittsfunktionen Personal und Organisationsmanagement, Zentrale Dienste, Finanzen, IuK-Management, Justizariat, Beteiligungsmanagement, Vergabe- und Vertragswesen sowie Innenrevision, Korruptionsprävention und Steuerung des Sondervermögens Infrastruktur.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Unterstützung der Produktplan-, -bereichs- und -gruppenverantwortlichen bei der Erreichung der Leistungs- und Haushaltsziele
- Erhöhung der Steuerungsmöglichkeiten des Ressorts durch weitere Integration und Ausbau der Planungs- Controlling- und Prognoseinstrumente
- Gewinnen, halten und entwickeln von guten Mitarbeitern, Mitarbeiterführung stärken
- Beitrag zu mehr Flexibilität und Wirtschaftlichkeit des Ressorts und Prozessoptimierung
- Entwicklung und Verwertung von Anlagegütern im Sondervermögen Infrastruktur

Langfristige Perspektiven:

Optimierung der Strukturen, Prozesse und Aufgaben des Ressorts vor dem Hintergrund eines erheblich reduzierten Budgets.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	5.510	5.510	5.021	3.260	5.961
Investive Einnahmen	200	200	200	369	377
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	441	1.690
Gesamteinnahmen	5.710	5.710	5.221	4.070	8.028
Personalausgaben	5.692	5.687	5.475	5.230	5.446
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.642	7.071	6.529	6.701	7.233
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.041	1.041	1.132	1.999	2.761
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	24	30	19
Gesamtausgaben	13.375	13.799	13.160	13.960	15.459
Saldo	-7.665	-8.089	-7.939	-9.890	-7.431
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	42,69	41,38	39,67	29,15	51,93
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	81,2	81,8	86,2	0,0	0,0
Personalbestand	77,0	80,3	78,1	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	4,2	1,5	8,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	7,4	9,1
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	29,3	30,1
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	48,9	52,1
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	24,2	25,6
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	13,8	14,2

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
--------------------------------------	--------------	--------------	--------------	----------	----------

B. Erläuterungen zu 2.

Siehe Produktgruppe 68.90.01.

Produktgruppe: 68.90.01

Verantwortlich: Rüpke

Senatorische Angelegenheiten SUBV

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 68.90

Verantwortlich: Friderich

Sonstiges Umwelt, Bau, Verkehr

Produktplan: 68

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse

Umwelt, Bau und Verkehr

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Dieser Produktgruppe sind die zentralen Dienste und die Ressortplanung zugeordnet. Dazu zählen die Querschnittsfunktionen Personal und Organisationsmanagement, Zentrale Dienste, Finanzen, IuK-Management, Justizariat, Beteiligungsmanagement, Vergabe- und Vertragswesen sowie Innenrevision, Korruptionsprävention und Steuerung des Sondervermögens Infrastruktur.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Unterstützung der Produktplan-, -bereichs- und -gruppenverantwortlichen bei der Erreichung der Leistungs- und Haushaltsziele
- Erhöhung der Steuerungsmöglichkeiten des Ressorts durch weitere Integration und Ausbau der Planungs- Controlling- und Prognoseinstrumente
- Gewinnen, halten und entwickeln von guten Mitarbeitern, Mitarbeiterführung stärken
- Beitrag zu mehr Flexibilität und Wirtschaftlichkeit des Ressorts und Prozessoptimierung
- Entwicklung und Verwertung von Anlagegütern im Sondervermögen Infrastruktur

Auftragsgrundlage:

Allgemeine Organisationsgrundsätze, GVP, Verwaltungsvorschriften, Eigenbetriebsgesetze, GGO, Geschäftsverteilung im Senat, Sondervermögensgesetz, Beamtenengesetze, Tarifgesetze

Zuzuordnende Kapitel:

0601; 0680; 0681; 0682; 3601; 3680; 3681

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	5.510	5.510	5.021	3.260	5.961
Investive Einnahmen	200	200	200	369	377
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	441	1.690
Gesamteinnahmen	5.710	5.710	5.221	4.070	8.028
Personalausgaben	5.692	5.687	5.475	5.230	5.446
Sonst. konsumtive Ausgaben	6.642	7.071	6.529	6.701	7.233
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.041	1.041	1.132	1.999	2.761
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	24	30	19
Gesamtausgaben	13.375	13.799	13.160	13.960	15.459
Saldo	-7.665	-8.089	-7.939	-9.890	-7.431
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	42,69	41,38	39,67	29,15	51,93
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	81,2	81,8	86,2	0,0	0,0
Personalbestand	77,0	80,3	78,1	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	4,2	1,5	8,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %) (Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	7,4	9,1
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	29,3	30,1
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	48,9	52,1
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	24,2	25,6
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	13,8	14,2
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
--------------------------------------	--------------	--------------	--------------	----------	----------

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
---	--------------	--------------	--------------	----------	----------

C. Vergleichskennzahlen

D. Erläuterungen zu 3. A-C

Diese Produktgruppe beinhaltet die Querschnittsfunktionen des Ressorts. Deshalb können ihr keine eigenen Kennzahlen zugeordnet werden.

Umwelt, Bau und Verkehr

0601	Allgemeine Bewilligungen für Umwelt
0627	Umwelt- und Hochwasserschutz
0628	Abwasserabgabe
0629	Wasserentnahmegebühr
0650	Europa- und Entwicklungszusammenarbeit (bis 2011)
0680	Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr
0681	Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr
0682	Landesamt für GeoInformation
0683	GeoInformation (BgA) Vermessung
0684	GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss
0685	GeoInformation (BgA) Informationssysteme
0687	Oberste Landesstraßenbaubehörde
0696	Städtebauförderung
0697	Wohnungswesen

Kapitel 0601
Allgemeine Bewilligungen für Umwelt

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0601					
Allgemeine Bewilligungen für Umwelt					
EINNAHMEN					
111 20-9	332	Gebühren und sonstige Entgelte für den Vollzug	10.000	10.000	0
68.03.01	680	EnEV/EEWärmeG Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 23-9.	10.000		0
111 23-3	649	Gebühren für Amtshandlungen der	0	0	15.000
68.03.01	680	Landesregulierungsbehörde Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 23-2.	0		12.000
112 07-8	011	Geldbußen	10.000	10.000	13.955
68.03.01	680		10.000		11.397
119 18-8	332	Von Dritten für Maßnahmen im Rahmen des	0	0	0
68.03.01	680	UVP Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 10-0.	0		0
162 15-6	332	Zinsen aus Darlehen aus dem CO2-Reduktions-	0	0	0
68.03.01	680	programm Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 21-2, 862 19-0 und 893 20-7.	0		0
182 15-7	332	Tilgung aus Darlehen aus dem CO2-Redukti-	0	0	0
68.03.01	680	onsprogramm Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 21-2, 862 19-0 und 893 20-7.	0		78.802
232 19-7	332	Von Ländern, Erstattung anteiliger Kosten	0	0	13.497
68.90.01	600	einer UMK-Homepage Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 19-4.	0		10.579
272 01-6	332	Von der EU für Projekte - Energien u. ä.	0	3.000	12.962
68.03.01	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 22-4, 531 25-9 und 531 27-5.	0		0
282 01-1	331	Spenden	0	0	0
68.90.01	680		0		1.500
282 03-8	332	Von Dritten im Zusammenhang mit Drittmittel-	0	0	0
68.03.01	680	projekten - Energie u.ä. Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 22-4, 531 25-9 und 531 27-5.	0		5.637
331 10-1	332	Vom Bund für KEP 2020 Klimaschutz-Management	0	0	0
68.03.01	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 31-3.	0		0
380 10-2	892	Von anderen Kapiteln für umweltorientierte	0	0	1.425.937
68.03.01	600	Infrastrukturmaßnahmen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 50-0, 686 50-3, 686 54-8, 686 55-4, 893 55-0, 893 56-8, 893 57-6, 893 58-4, 893 59-2, 894 01-7 894 02-5, 894 03-3 und 980 51-7.	0		2.175.196
Gesamteinnahmen Kapitel 0601			20.000	23.000	1.481.350
			20.000		2.295.111

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatz 2014	Anschatz 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
518 01-5	331	Mieten und Pachten für Grundstücke	0	0	51
68.03.03	680		0		153
531 10-0	332	Gutachten, externe Beratung, UVP, Umweltschutz-	35.000	35.000	25.253
68.03.01	680	maßnahmen, -informationen, Haus-Audit	35.000		15.243
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 119 18-8 geleistet werden.			
531 12-7	332	Kosten der Abfallwirtschaftsplanung	75.000	33.000	65.303
68.03.01	680		45.000		61.599
	924	Gegenseitig deckungsfähig mit 882 10-8.			
531 19-4	332	Kosten einer UMK-Homepage	0	0	10.786
68.90.01	680		0		15.436
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 232 19-7 geleistet werden.			
531 20-8	331	Kosten für die Umweltdatenbank (VWV-UDK)	11.000	3.050	6.731
68.90.01	680		11.000		2.989
531 22-4	332	Drittmittelakquisition (Energien u.ä.)	10.000	8.000	27.920
68.03.01	680		10.000		12.000
	924	Siehe zu 531 27-5.			
531 23-2	649	An die Bundesnetzagentur für Aufgaben nach dem	8.000	6.000	25.500
68.03.01	680	EnWG (Organleihe)	8.000		16.500
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 23-3 geleistet werden.			
531 25-9	332	Durchführung von Drittmittelprojekten -	0	0	0
68.03.01	680	Energien u.ä.	0		0
		Siehe zu 531 27-5.			
531 27-5	332	Durchführung von EU-Projekten - Energien u. ä.	3.000	3.000	0
68.03.01	680		3.000		0
		1. Mehrausgaben bei 531 22-4 und 531 27-5 und Ausgaben bei 531 25-9 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 01-6 und 282 03-8 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 22-4 und 531 25-9.			
531 30-5	332	Erfassung und Dokumentation der Altlasten- und	10.000	10.000	8.323
68.03.01	680	Bodensituation	10.000		2.094
531 31-3	332	Kosten des KEP 2020 Klimaschutz-Managements	0	0	0
68.03.01	680		0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 10-1 geleistet werden.			
531 50-0	332	Ausgaben zur Durchführung des EU-Programms EFRE	0	0	0
68.03.01	680		0		0
		Siehe zu 893 57-6.			
532 10-7	332	Maßnahmen der Luftreinhaltung und des	155.000	155.000	186.381
68.03.01	680	Lärmschutzes	155.000		187.835
	924	Gegenseitig deckungsfähig mit 812 13-4.			

Kapitel 0601
Allgemeine Bewilligungen für Umwelt

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2012 2011
			2014 2015	2013	
			EUR		
532 21-2	332	Maßnahmen zur Energieeinsparung	0	0	25.135
68.03.01	680	(CO2-Reduktionsprogramm) 1. Ausgaben bei 532 21-2 und Mehrausgaben bei 893 20-7 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 162 15-6 und 182 15-7 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 893 20-7.	0		19.847
532 22-0	649	Vollzug energiebezogener Bundesvorschriften	135.000	120.000	0
68.03.01	680	1. Gegenseitig deckungsfähig mit 980 20-7. 2. Die Mittel sind übertragbar.	135.000		0
532 23-9	332	Kosten für den Vollzug der EnEV/EEWärmeG	25.000	25.000	1.416
68.03.01	680	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei 111 20-9 geleistet werden.	25.000		0
686 01-5	332	Zuwendungen zur Durchführung des	146.000	146.000	151.311
68.03.01	680	freiwilligen Ökologischen Jahres	146.000		172.242
686 03-1	249	Mitgliedsbeitrag an den Volksbund Deutsche	20.450	20.450	20.450
68.90.01	680	Kriegsgräberfürsorge e.V.	20.450		20.450
686 04-0	511	Mitgliedsbeiträge	8.250	8.250	8.235
68.90.01	680		8.250		8.235
686 50-3	332	Durchführung des Programms AUF	0	200.000	397.030
68.03.01	680	(inclusive EU-EFRE 2007 - 2013) Siehe zu 893 57-6.	0		462.984
686 54-6	332	Durchführung des Programms PFAU (incl. EU-EFRE)	0	0	0
68.03.01	680	Siehe zu 893 57-6.	0		0
686 55-4	332	Durchführung des Programms AUF	50.000	0	0
68.03.01	680	(inclusive EU-EFRE 2014 - 2020) Siehe zu 89357-6. Im Anschlag 2014 sind EFRE-Mittel in Höhe von 50.000 EURd im Anschlag 2015 sind EFRE-Mittel in Höhe von 150.000 EUR enthalten. Verpflichtungsermächtigung:	150.000		0
		2014	2015		
		Anschlag: 150.000 EUR	Anschlag: 150.000 EUR		
		Abdeckung: 2015	Abdeckung: 2016		
		150.000 EUR	150.000 EUR		
		2016 0 EUR	2017 0 EUR		
		2017 0 EUR	2018 0 EUR		
		2018ff 0 EUR	2019ff 0 EUR		
812 13-4	332	Erwerb von Einrichtungen für den Betrieb der	80.000	110.000	80.607
68.03.01	680	Luftmesseinrichtung Siehe zu 532 10-7	80.000		98.384
882 10-8	165	An die informationskoordinierende Stelle Abfall	0	0	0
68.03.01	680	(IKA) für das abfallrechtl. Überwachungsverfahren Siehe zu 531 12-7.	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012																												
			2015	EUR		2011																											
893 20-7	332	Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung	1.200.000	1.200.000	1.185.101																												
68.03.01	680	Siehe zu 532 21-2. Verpflichtungsermächtigung:	1.200.000		1.402.772																												
		<table> <tr> <td></td> <td>2014</td> <td></td> <td>2015</td> </tr> <tr> <td>Anschlag:</td> <td>1.200.000 EUR</td> <td>Anschlag:</td> <td>1.200.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Abdeckung:</td> <td></td> <td>Abdeckung:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2015</td> <td>1.200.000 EUR</td> <td>2016</td> <td>1.200.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>2016</td> <td>0 EUR</td> <td>2017</td> <td>0 EUR</td> </tr> <tr> <td>2017</td> <td>0 EUR</td> <td>2018</td> <td>0 EUR</td> </tr> <tr> <td>2018ff</td> <td>0 EUR</td> <td>2019ff</td> <td>0 EUR</td> </tr> </table>		2014		2015	Anschlag:	1.200.000 EUR	Anschlag:	1.200.000 EUR	Abdeckung:		Abdeckung:		2015	1.200.000 EUR	2016	1.200.000 EUR	2016	0 EUR	2017	0 EUR	2017	0 EUR	2018	0 EUR	2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR			
	2014		2015																														
Anschlag:	1.200.000 EUR	Anschlag:	1.200.000 EUR																														
Abdeckung:		Abdeckung:																															
2015	1.200.000 EUR	2016	1.200.000 EUR																														
2016	0 EUR	2017	0 EUR																														
2017	0 EUR	2018	0 EUR																														
2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR																														
893 55-0	332	Durchführung des Programms AUF (inclusive EU-EFRE)	0	0	0																												
68.03.01	680	Siehe zu 893 57-6.	0		647.439																												
893 56-8	332	Projekt CWMT	0	0	1.425.937																												
68.03.01	680	Siehe zu 893 57-6.	0		2.275.196																												
893 57-6	332	Durchführung umweltorientierter Infrastrukturmaß-	0	82.000	593.489																												
68.03.01	680	nahmen (inclusive EU-EFRE 2007 - 2013) Für 2014 1. Ausgaben bei 531 50-0, 686 50-3, 893 55-0, 893 56-8, 893 57-6, 894 01-7, 894 02-5, 894 03-3, 980 51-7 und Mehrausgaben bei 686 55-4, 893 58-4 und 893 59-2 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 10-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 50-0, 686 50-3, 686 55-4, 893 55-0, 893 56-8, 893 58-4, 893 59-2, 894 01-7, 894 02-5, 894 03-3 und 980 51-7. Für 2015 1. Ausgaben bei 531 50-0, 686 50-3, 893 55-0, 893 56-8, 893 57-6, 893 58-4, 893 59-2, 980 51-7 und Mehrausgaben bei 686 55-4, 894 01-7, 894 02-5 und 894 03-3 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 10-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 50-0, 686 50-3, 686 55-4, 893 55-0, 893 56-8, 893 58-4, 893 59-2, 894 01-7, 894 02-5, 894 03-3 und 980 51-7.	0		385.817																												
893 58-4	332	Durchführung des Programms REN (EFRE 2007 - 2013)	200.000	200.000	238.651																												
68.03.01	680	Siehe zu 893 57-6. <i>Bei dem Anschlag handelt es sich ausschließlich um bremische Mittel.</i>	0		249.351																												
893 59-2	332	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie	300.000	1.200.000	1.488.945																												
68.03.01	680	und Innovationsförderung (inclusive EU-EFRE 2007 - 2013) Siehe zu 893 57-6. <i>Bei dem Anschlag handelt es sich ausschließlich um bremische Mittel.</i>	0		1.587.762																												
893 60-6	332	Unterstützung für Umwelttechnologien und	0	0	-150.000																												
68.03.01	680	erneuerbare Energien	0		-155.811																												
893 61-4	332	Alltlastensanierungsprogramm inklusive	250.000	250.000	278.377																												
68.03.01	680	ökologischer Spätfolgen Gegenseitig deckungsfähig mit 985 15-2.	250.000		732.086																												
894 01-7	332	Durchführung des Programms REN (EFRE 2014 - 2020)	0	0	0																												
68.03.01	680	Siehe zu 893 57-6. <i>Im Anschlag 2015 sind Landesmittel in Höhe von 200.000 EUR und EFRE-Mittel in Höhe von 48.000 EUR enthalten.</i> Verpflichtungsermächtigung:	248.000		0																												
		<table> <tr> <td></td> <td>2014</td> <td></td> <td>2015</td> </tr> <tr> <td>Anschlag:</td> <td>300.000 EUR</td> <td>Anschlag:</td> <td>300.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Abdeckung:</td> <td></td> <td>Abdeckung:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2015</td> <td>248.000 EUR</td> <td>2016</td> <td>300.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>2016</td> <td>52.000 EUR</td> <td>2017</td> <td>0 EUR</td> </tr> <tr> <td>2017</td> <td>0 EUR</td> <td>2018</td> <td>0 EUR</td> </tr> <tr> <td>2018ff</td> <td>0 EUR</td> <td>2019ff</td> <td>0 EUR</td> </tr> </table>		2014		2015	Anschlag:	300.000 EUR	Anschlag:	300.000 EUR	Abdeckung:		Abdeckung:		2015	248.000 EUR	2016	300.000 EUR	2016	52.000 EUR	2017	0 EUR	2017	0 EUR	2018	0 EUR	2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR			
	2014		2015																														
Anschlag:	300.000 EUR	Anschlag:	300.000 EUR																														
Abdeckung:		Abdeckung:																															
2015	248.000 EUR	2016	300.000 EUR																														
2016	52.000 EUR	2017	0 EUR																														
2017	0 EUR	2018	0 EUR																														
2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR																														

Kapitel 0601
Allgemeine Bewilligungen für Umwelt

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
894 02-5	332	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie	0	0	0
68.03.01	680	und Innovationsförderung (inclusive EU-EFRE 2014 - 2020) Siehe zu 893 57-6. <i>Im Anschlag 2015 sind Landesmittel in Höhe von 300.000 EUR und EFRE-Mittel in Höhe von 200.000 EUR enthalten.</i> Verpflichtungsermächtigung:	500.000		0
		2014	2015		
		Anschlag: 1.200.000 EUR	Anschlag: 1.200.000 EUR		
		Abdeckung: 500.000 EUR	Abdeckung: 1.200.000 EUR		
		2015 700.000 EUR	2016 0 EUR		
		2016 0 EUR	2017 0 EUR		
		2017 0 EUR	2018 0 EUR		
		2018ff 0 EUR	2019ff 0 EUR		
894 03-3	332	Durchführung umweltorientierter Infrastruktur-	0	0	0
68.03.01	680	maßnahmen (inclusive EU-EFRE 2014 - 2020) Siehe zu 893 57-6. <i>Beim Anschlag 2015 handelt es sich ausschließlich um Drittmittel (EU-EFRE).</i> Verpflichtungsermächtigung:	250.000		0
		2014	2015		
		Anschlag: 250.000 EUR	Anschlag: 250.000 EUR		
		Abdeckung: 250.000 EUR	Abdeckung: 250.000 EUR		
		2015 0 EUR	2016 0 EUR		
		2016 0 EUR	2017 0 EUR		
		2017 0 EUR	2018 0 EUR		
		2018ff 0 EUR	2019ff 0 EUR		
980 20-7	892	An Hst. 0517/380 10-5 für den Vollzug energie--	0	0	118.425
68.03.01	680	bezogener Bundesvorschriften Siehe zu 532 22-0.	0		105.000
980 51-7	892	An andere Kapitel für die Durchführung des	0	0	85.640
68.90.01	680	EU-Programms EFRE Siehe zu 893 57-6.	0		83.029
984 52-0	892	An andere Kapitel für die Durchführung des	0	0	0
68.90.01	680	EU-Programms EFRE	0		0
985 15-2	891	An Hst. 6502/385 15-0 für Altlastensanierung	0	0	0
68.03.01	680	Siehe zu 893 61-4.	0		63.000
Gesamtausgaben Kapitel 0601			2.721.700	3.814.750	6.304.997
			3.289.700		8.471.631
Abschluss Kapitel 0601					
Gesamteinnahmen Kapitel 0601			20.000	23.000	1.481.350
			20.000		2.295.111
Zuschuss/Überschuss			-2.701.700	-3.791.750	-4.823.647
			-3.269.700		-6.176.520

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0627		Umwelt- und Hochwasserschutz			
		EINNAHMEN			
111 01-0	011	Verwaltungsgebühren	110.000	109.650	197.286
68.03.03	680		110.000		325.025
111 10-0	521	Gebühren nach der Baumschutz-Verordnung	54.000	54.000	14.474
68.03.03	680		54.000		12.170
111 11-8	531	Jagdabgabe	5.000	5.000	25.490
68.03.03	680		5.000		8.855
	051	Siehe zu 686 05-6.			
112 01-7	011	Geldbußen	0	0	499
68.03.03	680		0		14.024
119 99-2	611	Vermischte Einnahmen	0	100	46
68.03.03	680		0		0
231 01-6	244	Zuschuss des Bundes zur Instandsetzung und	6.650	6.650	6.620
68.03.03	680	Instandhaltung jüdischer Friedhöfe Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 01-0 und 985 11-8.	6.650		6.620
231 02-4	249	Vom Bund für die Unterhaltung der Kriegsgräber	79.250	79.250	83.019
68.03.03	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 682 11-5 und 985 12-6.	79.250		83.019
232 10-1	625	Von Niedersachsen zum Betrieb der Sperrwerke	125.000	125.000	111.408
68.03.03	680	in der Geeste Siehe zu 521 10-3.	125.000		179.094
281 52-8	625	Unterhaltungskostenbeiträge Dritter für	350	350	378
68.03.03	680	die Sperrwerke in der Geeste	350		357
331 10-0	625	Vom Bund für den Generalplan Küstenschutz	7.000.000	7.000.000	7.018.631
68.03.03	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 884 02-8.	7.000.000		6.867.158
331 12-6	625	Vom Bund für die Gemeinschaftsaufgabe	0	0	0
68.03.03	680	"Agrarstruktur und Küstenschutz" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 750 12-9.	0		0
331 40-1	521	Vom Bund für forstwirtschaftliche Maßnahmen	120.000	120.000	0
68.03.03	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 15-0 und 893 40-0.	120.000		0
380 10-0	892	Von Hst. 0801/980 10-4 Deichbeiträge für die	0	0	42.188
68.03.03	680	Unterhaltung des Geeste-Sperrwerkes Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 521 10-3.	0		60.287

Kapitel 0627
Umwelt- und Hochwasserschutz

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
387 11-3	891	Von Hst. 6120/987 04, Weiterleitung erhobener	1.000	1.000	0
68.03.03	680	Jagdabgaben Siehe zu 686 05-6.	1.000		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0627	7.501.250	7.501.000	7.500.040
			7.501.250		7.556.608

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
511 01-9	611	Betrieb und Unterhaltung der elektronischen Daten-	0	0	0
68.03.03	680	verarbeitungsanlagen	0		0
518 01-3	331	Mieten und Pachten für Grundstücke	0	0	1.227
68.03.03	680		0		1.125
521 10-3	625	Betrieb und Unterhaltung der Sperrwerke in	200.000	200.000	222.170
68.03.03	680	der Geeste und Unterhaltung der Geeste Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 232 10-1 und der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 10-0 geleistet werden.	200.000		185.000
521 12-0	625	Aussergewöhnliche Unterhaltungsarbeiten an	284.000	0	88.122
68.03.03	680	den Geestesperrwerken in Bremerhaven	284.000		0
526 01-6	623	Kosten für Gutachten und Untersuchungen	30.000	11.500	21.547
68.03.03	680		12.000		37.348
531 13-3	332	Natur- und Landschaftsschutz	35.000	35.000	38.482
68.03.03	680	Gegenseitig deckungsfähig mit 531 14-1.	35.000		32.768
531 14-1	332	Konsumtive Sachausgaben für die Durchführung des	16.000	16.000	25.017
68.03.03	680	Landschaftsprogramms Siehe zu 531 13-3.	16.000		5.280
531 15-0	521	Förderung forst- und agrarwirtschaftlicher	0	0	15.758
68.03.03	680	Maßnahmen Siehe zu 893 40-0.	0		16.758
531 18-4	331	Kosten der Naturschutzwacht	10.000	9.500	8.632
68.03.03	680		10.000		7.261
531 21-4	332	Vollzug des Waschmittelgesetzes	0	250	0
68.03.03	680		0		0
531 50-8	332	Sachausgaben zur Durchführung des EU-Programms	0	0	14.895
68.03.03	680	EFRE	0		58.704
	924	Siehe zu 893 50-7.			
539 10-0	625	Umsetzung des Gesetzes zum vorbeugenden	25.000	11.500	2.650
68.03.03	680	Hochwasserschutz	12.000		14.403
539 20-7	611	Obmannschaft im ständigen LAWA-Ausschuss Grund-	0	0	0
68.03.03	680	wasser	0		43.035
632 10-0	625	An Niedersachsen für Betrieb und Unter-	150.000	150.000	151.823
68.03.03	680	haltung des Huntesperrwerkes	150.000		146.168
634 01-3	623	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen	708.000	696.610	684.060
68.03.03	680	Infrastruktur / Grün (Deichverbände)	721.000		658.000

**Kapitel 0627
Umwelt- und Hochwasserschutz**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
682 11-5	249	An den Umweltbetrieb Bremen für die Unterhaltung	58.000	58.350	63.000
68.03.03	680	der Kriegsgräber 1. Ausgaben bei 682 11-5 und 985 12-6 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 02-4 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 985 12-6.	58.000		65.000
684 01-0	244	An die jüdische Gemeinde für die Unterhaltung des	8.700	8.700	8.680
68.03.03	680	jüdischen Friedhofs 1. Über 4.350 Euro hinaus dürfen Ausgaben bei 684 01-0 und 985 11-8 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 01-6 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 985 11-8.	8.700		8.680
686 05-6	531	Verwendung der Jagdabgabe für jagdliche Zwecke	6.000	6.000	29.335
68.03.03	680	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 11-8 und 387 11-3 geleistet werden.	6.000		19.766
750 12-9	625	Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschafts-	0	0	0
68.03.03	680	aufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz" Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 12-6 geleistet werden.	0		0
812 10-8	625	Erwerb von ADV-Geräten für die Hoch-	4.000	4.000	2.123
68.03.03	680	wasservorhersage einschl. Anschlusskosten	4.000		0
884 01-0	623	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen	661.000	1.436.000	1.436.000
68.03.03	680	Infrastruktur/ Grün (Deichverbände - Große Lösung)	661.000		1.436.000
884 02-8	625	Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur	14.660.000	17.500.000	10.018.631
68.03.03	680	für den Generalplan Küstenschutz Über 7.660.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 10-0 geleistet werden. Verpflichtungsermächtigung:	14.660.000		9.938.174
		2014	2015		
		Anschlag: 14.660.000 EUR	Anschlag: 14.660.000 EUR		
		Abdeckung: 2015 9.660.000 EUR	Abdeckung: 2016 9.660.000 EUR		
		2016 5.000.000 EUR	2017 5.000.000 EUR		
		2017 0 EUR	2018 0 EUR		
		2018ff 0 EUR	2019ff 0 EUR		
893 40-0	521	Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	170.000	170.000	0
68.03.03	680		170.000		0
	700	1. Über 50.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 531 15-0 und 893 40-0 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 40-1 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 15-0.			
893 50-7	332	Zuschüsse zur Durchführung des EU-Programms EFRE	0	81.000	296.844
68.03.03	680	Projekt "Lebensader Weser" Gegenseitig deckungsfähig mit 531 50-8, 980 15-9 und 985 10-0.	0		-43.497
980 15-9	892	An Hst. 0680/380 15-5 für Personalkosten des	0	0	52.209
68.03.03	680	EU - Programms EFRE Siehe zu 893 50-7.	0		68.207
985 10-0	891	An Hst. 6502/985 10 zur Durchführung des	0	0	0
68.03.03	680	EU - Programms EFRE Siehe zu 893 50-7.	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
985 11-8	891	An Hst. 6730/385 02 für die Unterhaltung jüdischer	2.300	2.300	2.300
68.03.03	680	Friedhöfe Siehe zu 684 01-0.	2.300		2.300
985 12-6	891	An Hst. 6730/385 01 für die Unterhaltung der	20.900	20.900	20.977
68.03.03	680	Kriegsgräber Siehe zu 682 11-5.	20.900		20.977
Gesamtausgaben Kapitel 0627			17.048.900	20.417.610	13.204.481
			17.030.900		12.721.455
Abschluss Kapitel 0627					
Gesamteinnahmen Kapitel 0627			7.501.250	7.501.000	7.500.040
			7.501.250		7.556.608
Zuschuss/Überschuss			-9.547.650	-12.916.610	-5.704.441
			-9.529.650		-5.164.847

Kapitel 0628
Abwasserabgabe

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0628		Abwasserabgabe			
		EINNAHMEN			
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben.			
099 10-3	332	Abwasserabgabe	3.000.000	3.000.000	2.799.609
68.03.04	680		3.000.000		2.802.066
119 02-3	332	Auslagenerstattung bei Sofortmaßnahmen	0	0	0
68.03.04	680		0		0
119 06-6	331	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	40.152
68.03.04	680		0		159
119 99-6	331	Vermischte Einnahmen	0	0	0
68.03.04	680		0		48.503
232 20-2	332	Von Ländern anteilige Kosten für die	0	0	0
68.03.04	680	Bilgenentölung auf der Weser	0		110.743
236 01-1	011	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	0
68.03.04	680	Aufwendungsausgleichsgesetz	0		0
	925				
272 17-4	332	Erstattungen von der EU	0	0	0
68.03.04	680		0		0
282 10-2	332	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
68.03.04	680		0		0
359 10-5	851	Entnahme aus der BrAbwAG-Rücklage	0	0	1.725.239
68.03.04	680		0		1.665.559
		Eine Entnahme aus der Rücklage bedarf der Zustimmung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0628	3.000.000	3.000.000	4.565.001
			3.000.000		4.627.030

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen geleistet werden.					
2. Alle Titel sind gegenseitig deckungsfähig.					
422 25-7	011	Bezüge planmäßiger Beamter für die Durchführung	95.100	95.100	245.263
68.03.04	680	und Vollzug des BrAbwAG nach §11 Abs.1	95.100		235.229
	925				
428 26-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	396.760	396.760	759.154
68.03.04	680	für die Durchführung und Vollzug des BrAbwAG nach	396.760		731.795
	925	§ 11 Abs. 1			
441 10-3	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
68.03.04	680	und dgl.	0		0
	925				
526 01-0	332	Beurteilungsgutachten bei Grundwasser-	415.000	415.000	355.347
68.03.04	680	verschmutzungen	415.000		484.525
531 12-9	332	Konsumtive Ausgaben für die Durchführung	33.000	33.000	82.522
68.03.04	680	des BrAbwAG gem. §11 Abs.1	33.000		106.006
	924				
531 13-7	332	Konsumtive Ausgaben für den Gesetz-Vollzug	3.500	3.500	19
68.03.04	680	des BrAbwAG gem. §11 Abs.2	3.500		401
531 17-0	332	Durchführung von EU - Programmen	0	0	3.471
68.03.04	680		0		25.265
	924				
531 20-0	332	Wassergüteüberwachungen	110.000	110.000	101.408
68.03.04	680		110.000		111.111
532 10-9	332	Kosten bei Gewässer- und Boden-	85.000	85.000	66.469
68.03.04	680	verunreinigungen	85.000		65.991
532 15-0	332	Wasseranalysen und Wasserproben	160.200	160.200	233.703
68.03.04	680		160.200		234.615
532 20-6	332	Anteilige Kosten für die Bilgenentölung auf der	0	0	4.181
68.03.04	680	Weser	0		33.312
539 12-0	332	Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)	158.300	158.300	51.790
68.03.04	680		158.300		37.291
631 20-4	331	Anteilige Kosten z. Bekämpfung v. Meeres-	130.000	130.000	198.008
68.03.04	680	verschmutzungen im See- und Küstenbereich	130.000		210.180
634 98-0	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
68.03.04	680		0		0

Kapitel 0628
Abwasserabgabe

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
637 02-4	332	Unterstützung von Gewässerschutzinitiativen	40.000	40.000	59.510
68.03.04	680		40.000		143.150
682 11-9	332	Zuschüsse für die Verbesserung der Gewässergüte	0	0	0
68.03.04	680		0		0
685 12-6	332	Zuschüsse für Projekte im Rahmen des BrAbwAG	0	0	251.279
68.03.04	680		0		57.949
686 10-6	332	Sonstige Zuschüsse im Rahmen des BrAbwAG	0	0	10.900
68.03.04	680		0		11.072
686 50-5	332	Zuschüsse EU-Programm EFRE - Projekt	50.000	50.000	363.960
68.03.04	680	"Lebensader Weser"	50.000		83.418
750 10-6	332	Entschlammung / Renaturierung von Gewässern	25.000	25.000	325.537
68.03.04	680		25.000		464.484
750 11-4	623	Anlage von Gewässerrandstreifen und natur-	20.000	20.000	22.009
68.03.04	680	naher Gewässeraufbau	20.000		0
790 15-9	332	Förderung von Bodensanierungsvorhaben	35.000	35.000	502.546
68.03.04	680		35.000		998.507
812 13-6	332	Investive Ausgaben für die Durchführung	2.000	2.000	1.299
68.03.04	680	des BrAbwAG gem. §11 Abs.1	2.000		786
812 14-4	332	Investive Ausgaben für den Gesetz-Vollzug	0	0	6.715
68.03.04	680	des BrAbwAG gem. §11 Abs.2	0		8.140
812 17-9	611	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzaus-	0	0	0
68.03.04	680	stattungen)	0		0
881 20-0	331	Invest. Kosten zur Bekämpfung v. Meeres-	75.000	75.000	118.068
68.03.04	680	verschmutzungen im See- und Küstenbereich	75.000		48.152
882 10-0	331	An Niedersachsen für die Gütemessstelle	75.000	75.000	105.000
68.03.04	680	Arge-Weser	75.000		105.000
893 10-1	332	Zuschüsse für Entsiegelung/ Dachbegrünung/ RWA	30.000	30.000	104.791
68.03.04	680		30.000		149.295
893 50-0	332	Investive Zuschüsse EU-Programm EFRE - Projekt	0	0	0
68.03.04	680	"Lebensader Weser"	0		0
		<i>Die Veranschlagung der Einnahmen erfolgt bei Hst. 0709/346 73-3.</i>			
919 04-6	851	Zuführung an die Rücklage für Versorgungsvorsorge	0	0	144.150
68.03.04	680	<i>Verlagert nach 634 98-0.</i>	0		0
919 10-0	851	Zuführung an die BrAbwAG-Rücklage	772.640	772.640	0
68.03.04	680		772.640		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
980 10-1	892	An Hst. 0680/380 10-4 für anteilige	0	0	64.755
68.03.04	680	Personalkosten	0		0
984 01-8	892	An Hst. 3682/384 01-7 zur Verbesserung der Gewäs-	0	0	63.302
68.03.04	680	sergüte in Kleingartengebieten	0		29.489
985 17-0	891	An Hst. 6502/385 10 für Entsiegelungsmaßnahmen	10.000	10.000	0
68.03.04	680		10.000		0
985 20-0	891	An Hst. 6502/385 03, 385 06 und 385 14 für	168.500	168.500	297.251
68.03.04	680	Maßnahmen nach dem BrAbwAG (konsumtiv)	168.500		171.866
985 21-9	891	An Hst. 6502/385 04 für die Durchführung des	110.000	110.000	22.596
68.03.04	680	BrAbwAG gem. §11 Abs.1 (investiv)	110.000		80.000
Gesamtausgaben Kapitel 0628			3.000.000	3.000.000	4.565.001
			3.000.000		4.627.030
Abschluss Kapitel 0628					
Gesamteinnahmen Kapitel 0628			3.000.000	3.000.000	4.565.001
			3.000.000		4.627.030
Zuschuss/Überschuss			0	0	0
			0		0

Kapitel 0629
Wasserentnahmegebühr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0629 Wasserentnahmegebühr					
EINNAHMEN					
Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben.					
111 10-7	332	Grundwasserentnahmegebühr	550.000	550.000	477.044
68.03.04	680		550.000		415.242
111 12-3	332	Oberflächenwasserentnahmegebühr	3.900.000	3.900.000	3.556.095
68.03.04	680		3.900.000		4.312.548
119 02-7	332	Auskünfte für Grundwasserstände	0	0	0
68.03.04	680		0		0
119 06-0	332	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	12.479
68.03.04	680		0		5.789
119 99-0	332	Vermischte Einnahmen	0	0	0
68.03.04	680		0		0
272 17-8	332	Erstattungen von der EU	0	0	0
68.03.04	680		0		0
281 10-0	332	Kostenerstattung von Dritten	0	0	121.970
68.03.04	680		0		192.332
282 10-6	332	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	45.737
68.03.04	680		0		0
359 10-9	851	Entnahme aus der Wasserentnahmegebührrücklage	0	0	0
68.03.04	680	Eine Entnahme aus der Rücklage bedarf der Zustimmung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.	0		0
380 10-8	892	Von anderen Kapiteln für die Förderung der	0	0	55.000
68.03.03	680	regenerativen Energiegewinnung	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0629			4.450.000	4.450.000	4.268.325
			4.450.000		4.925.912

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen geleistet werden.					
2. Alle Titel sind gegenseitig deckungsfähig.					
428 26-7	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	63.910	63.910	76.973
68.03.04	680	für die Durchführung des BremWEGG	63.910		75.435
	925				
526 01-3	332	Gutachten und Untersuchungen im Rahmen des	41.500	41.500	48.004
68.03.04	680	BremWEGG	41.500		4.000
526 10-2	332	Kosten der Umweltbildung / Umweltberatung	0	0	250.000
68.03.04	680		0		307.500
531 10-6	332	Konsumtive Sachausgaben für die Durchführung	2.500	2.500	21.273
68.03.04	680	des BremWEGG	2.500		13.794
	924				
531 11-4	332	Konsumtive Sachausgaben für Kontrolle und	5.000	5.000	64.297
68.03.04	680	Bewertung der Grundwassergüte	5.000		94.155
531 14-9	332	Vorsorgemaßnahmen in Trinkwassereinzugsgebieten	50.000	50.000	-76
68.03.04	680		50.000		52.141
531 20-3	332	Drittmittelprojekte zur Sicherung von Energie-	0	0	0
68.03.04	680	ressourcen	0		28.945
539 12-3	332	Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)	0	0	0
68.03.04	680		0		6.021
539 15-8	332	An Uni Bremen für Verwaltungsvereinbarungen	0	0	0
68.03.04	680		0		0
637 02-8	332	Unterstützung von Initiativen, Vereine, Verbänden	60.900	60.900	113.500
68.03.04	680		60.900		140.338
682 10-4	332	Förderung der regenerativen Energiegewinnung	0	0	375.480
68.03.04	680		0		314.439
682 20-1	332	Förderung des Ressourcenschutzes in Unternehmen	0	0	0
68.03.04	680		0		0
682 50-3	332	Angewandte Umweltforschung	0	0	0
68.03.04	680		0		0
683 10-0	332	Zuschüsse für das Förderprogramm	60.000	60.000	237.941
68.03.04	680	"Gewässerschutzorientierte Landwirtschaft"	60.000		265.766
	700				
683 12-7	332	Schutz und Sicherung von Natur- und Umwelt-	367.500	367.500	639.286
68.03.04	680	ressourcen	367.500		1.674.577
683 14-3	642	Förderprogramm Energieeinsparung	40.000	40.000	88.464
68.03.04	680		40.000		4.764

Kapitel 0629
Wasserentnahmegebühr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
683 16-0	332	Maßnahmen der Luftreinhaltung	45.000	45.000	0
68.03.04	680		45.000		0
685 12-0	332	Zuschüsse für Projekte im Rahmen der	50.000	50.000	0
68.03.04	680	EG-Wasserrahmenrichtlinien (WRRL)	50.000		137.600
686 10-0	332	Sonstige Zuschüsse im Rahmen des BremWEGG	10.000	10.000	75.000
68.03.04	680		10.000		75.000
686 15-0	332	Drittmittelprojekte zur nachhaltigen Mobilität	0	0	25.000
68.03.04	680		0		47.997
686 20-7	332	Förderung der Biodiversität	0	0	0
68.03.04	680		0		0
686 50-9	332	Konsumtive Zuschüsse EU-Programm EFRE - Projekt	0	0	0
68.03.04	680	"Lebensader Weser"	0		0
790 12-8	332	Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmen-	0	0	0
68.03.04	680	richtlinie (WRRL)	0		0
790 14-4	332	Maßnahmen bei Bodenverunreinigungen	0	0	0
68.03.04	680		0		0
812 10-5	332	Investive Sachausgaben für die Durchführung	1.000	1.000	18.535
68.03.04	680	des BremWEGG	1.000		41.148
812 23-7	611	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzaus-	0	0	947
68.03.04	680	stattungen)	0		0
892 20-6	332	Förderung der Trinkwassereinsparung	10.000	10.000	0
68.03.04	680		10.000		19.800
892 22-2	642	Maßnahmen zur Sicherung von Energieressourcen	10.000	10.000	92.050
68.03.04	680		10.000		514.741
892 24-9	332	Förderung der Technologieentwicklung zum	5.000	5.000	0
68.03.04	680	Ressourcenschutz	5.000		0
893 50-4	332	Investive Zuschüsse EU-Programm EFRE - Projekt	0	0	0
68.03.04	680	"Lebensader Weser"	0		0
919 10-4	851	Zuführung an die Wasserentnahmegebührrücklage	3.608.590	3.608.590	1.640.874
68.03.04	680		3.608.590		871.308
980 10-5	892	An Hst. 0702/380 79-0 Anteil an der Kostener-	0	0	174.722
68.03.04	680	stattung an Niedersachsen für die Verwaltung der EU-Fonds (Staatsvertrag)	0		164.623
980 11-3	892	An Hst. 0517/380 11-3 für den Vollzug umwelt-	0	0	5.000
68.03.04	680	bezogener Bundesvorschriften	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
980 13-0	892	An Kapitel 0028 für Klimapartnerschaft EZ	0	0	0
68.03.04	680		0		0
980 15-6	892	An Hst. 0680/380 10-4 für anteilige	0	0	181.142
68.03.04	680	Personalkosten	0		0
984 13-5	892	An Hst. 3627/384 13-0 für die Erneuerung des	0	0	0
68.03.04	680	Entdeckerzentrums	0		0
984 16-0	892	An Hst. 3408/384 16-7 für das Projekt "Wasserspar-	0	0	52.450
68.03.04	680	maßnahmen in Sozialwohnungen"	0		64.200
985 20-4	891	An Hst. 6502/385 09 für die Durchführung des	9.600	9.600	8.990
68.03.04	680	BremWEGG (Personalkosten)	9.600		8.600
985 21-2	891	An Hst. 6502/385 05 für die Durchführung des	7.500	7.500	66.000
68.03.04	680	BremWEGG (Sachkosten)	7.500		1.021
985 22-0	891	An Hst. 6502/385 11 für die Durchführung des	2.000	2.000	0
68.03.04	680	BremWEGG (Investitionen)	2.000		0
Gesamtausgaben Kapitel 0629			4.450.000	4.450.000	4.255.850
			4.450.000		4.927.912
Abschluss Kapitel 0629					
Gesamteinnahmen Kapitel 0629			4.450.000	4.450.000	4.268.325
			4.450.000		4.925.912
Zuschuss/Überschuss			0	0	12.475
			0		-2.000

Kapitel 0650
Europa- und Entwicklungszusammenarbeit (bis 2011)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0650		Europa- und Entwicklungszusammenarbeit (bis 2011)			
		EINNAHMEN			
119 30-4	023	Sonstige Verwaltungseinnahmen (EZ)	0	0	-25
<i>68.04.02</i>	680		0		100
261 20-8	011	Von Dritten für Veranstaltungen und	0	0	0
<i>68.04.01</i>	680	Öffentlichkeitsarbeit (EU)	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0650	0	0	-25
			0		100

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 20-1	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		210.100
	925				
422 22-8	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
68.04.01	680	(Altersteilzeit)	0		26.183
	925				
427 20-3	011	Aufwendungen für nebenamtlich und	0	0	0
68.04.01	680	nebenberuflich Tätige (EU)	0		28.259
428 20-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen	0	0	0
68.04.01	680	und Arbeitnehmer (EU)	0		636.393
	925				
428 21-8	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.04.01	680	(Altersteilzeit)	0		13.624
	925				
428 30-7	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen	0	0	0
68.04.02	680	und Arbeitnehmer (EZ)	0		183.048
	925				
441 20-6	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	2.243
68.04.01	680	und dgl. (EU)	0		10.732
	928				
441 30-3	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
68.04.02	680	und dgl. (EZ)	0		0
	928				
453 20-4	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		10.978
511 20-4	011	Verwaltungsbedarf (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		48.813
511 30-1	011	Verwaltungsbedarf (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		18.513
517 20-2	011	Bewirtschaftungskosten (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		31.660
517 30-0	011	Bewirtschaftungskosten (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		7.452
518 30-6	023	Mieten und Pachten für Grundstücke (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		41.272
518 40-3	011	Mieten und Pachten für Grundstücke (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		147.606

Kapitel 0650
Europa- und Entwicklungszusammenarbeit (bis 2011)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
525 20-5	011	Fortbildungskosten (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		1.000
	924				
525 30-2	011	Fortbildungskosten (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		0
	924				
527 20-8	011	Reisekostenvergütungen (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		31.626
	924				
527 30-5	023	Reisekostenvergütungen (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		3.315
	924				
531 20-5	011	Öffentlichkeitsarbeit (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		4.505
531 30-2	023	Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungs-	0	0	0
68.04.02	680	kräften der Entwicklungsländer (EZ)	0		163.000
531 31-0	023	Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit	0	0	0
68.04.02	680	mit Entwicklungsländern (EZ)	0		261.414
532 20-1	011	Sonstige konsumtive Ausgaben (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		34.582
532 23-6	011	Veranstaltungen, Veröffentlichungen	0	0	0
68.04.01	680	u. ä. Ausgaben Bremen (EU)	0		16.477
532 24-4	011	Veranstaltungen, Veröffentlichungen	0	0	0
68.04.01	680	u. ä. Ausgaben Brüssel (EU)	0		14.215
532 25-2	011	Sonstige Ausgaben für den EuroPunktBremen (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		-2.288
	924				
532 40-6	011	Neue Hanse Interregio (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		-1.914
	924				
532 50-3	023	Sonstige konsumtive Ausgaben (EZ)	0	0	0
68.04.02	680		0		0
532 55-4	011	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	0	0
68.04.01	680	leistungen (Innenreinigung)	0		8.795
532 62-7	011	An Performa Nord, Entgelte für	0	0	0
68.04.01	680	Dienstleistungen (EU)	0		3.760
532 63-5	011	An Performa Nord, Entgelte für	0	0	0
68.04.02	680	Dienstleistungen (EZ)	0		966

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
632 20-6	011	Kostenanteil für den Beobachter der Länder	0	0	0
68.04.01	680	bei der EU (EU)	0		4.420
685 20-2	011	Mitgliedsbeiträge für Europaangelegenheiten (EU)	0	0	0
68.04.01	680		0		2.691
812 40-9	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und	0	0	0
68.04.01	680	ADV-Anlagen (EU)	0		5.037
812 50-6	023	Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und	0	0	0
68.04.02	680	ADV-Anlagen (EZ)	0		870
Gesamtausgaben Kapitel 0650			0	0	2.243
			0		1.967.105
Abschluss Kapitel 0650					
Gesamteinnahmen Kapitel 0650			0	0	-25
			0		100
Zuschuss/Überschuss			0	0	-2.268
			0		-1.967.005

Kapitel 0680
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0680					
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr					
EINNAHMEN					
111 01-4	011	Verwaltungsgebühren	470.000	381.000	475.700
68.90.01	680		470.000		518.852
111 20-0	011	Einnahmen aus der Prüfung von Fahrschulen	0	0	21.262
68.01.01	680	und Werkstätten Siehe zu 526 20-6.	0		24.553
111 30-8	011	Gebühren für Nachprüfungen von Vergaben	0	0	41.996
68.90.01	680	Siehe zu 526 30-3.	0		24.300
112 01-0	011	Geldbußen, Zwangs- und Erzwingungsgelder	5.000	5.000	35.042
68.90.01	680		5.000		6.145
119 00-7	011	Sonstige (Verwaltungseinnahmen)	35.000	35.000	7.774
68.90.01	680		35.000		0
119 04-0	011	Von Dritten für Ablichtungen	0	0	4.322
68.90.01	680		0		5.543
119 40-6	011	Erlöse aus dem Verkauf von unbrauchbaren und	0	0	0
68.90.01	680	entbehrlichen Geräten	0		1.179
119 89-9	011	Abführungen von Vergütungen aus Nebenbeschäftigun-	0	0	3.200
68.90.01	680	gen bzw. Nebentätigkeiten	0		3.800
119 99-6	011	Vermischte Einnahmen	0	0	40
68.90.01	680		0		7.752
124 01-9	011	Einnahmen aus der Vermietung des	0	0	0
68.90.01	680	Ansgaritorsaales	0		140
124 09-4	011	Mieten von Dienstwohnungsinhabern	0	0	6.406
68.90.01	680		0		5.894
124 20-5	011	Einnahmen aus der Verpachtung der Kantine	0	0	16.461
68.90.01	680	Ansgaritorstrasse Siehe zu 519 10-2.	0		12.500
231 01-0	011	Erstattungen vom Bund	0	0	708
68.90.01	680		0		3.909
236 02-0	011	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	1.697
68.02.05	680	Aufwendungsausgleichsgesetz	0		0
	925				
236 03-8	011	Erstattung von Krankenkassen nach dem Aufwendungs-	0	0	9.342
68.03.03	680	ausgleichsgesetz	0		0
	925				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
236 04-6	011	Erstattung von Krankenkassen nach dem Aufwendungs-	0	0	6.070
68.90.01	680	ausgleichsgesetz	0		0
	925				
236 05-4	011	Erstattung von Krankenkassen nach dem Aufwendungs-	0	0	0
68.03.01	680	ausgleichsgesetz	0		0
	925				
236 06-2	011	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	0
68.02.06	680	Aufwendungsausgleichsgesetz	0		1.517
	925				
281 15-7	011	Von Dritten, Erstattung von Personalausgaben	400.000	0	0
68.90.01	680		400.000		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 75-3, 428 75-1 und 634 98-0.			
359 02-4	851	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für	0	0	0
68.90.01	680	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		331.356
	900				
380 10-4	892	Von 0628/980 10-1 und 0629/980 15-6	0	0	245.897
68.03.04	680	für anteilige Personalkosten	0		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 89-1.			
380 15-5	892	Von 0627/98015-9 für Personalkosten des	0	0	52.209
68.03.03	680	EU - Programms EFRE	0		68.207
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 89-1.			
380 20-1	892	Von Hst. 0687/980 20-4 für Personalausgaben gemäß	0	0	255.654
68.01.01	680	§ 11 BremÖPNVG	0		265.078
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 20-6 und 428 20-4.			
380 21-0	892	Von Hst. 0681/980 21-0 für Personalausgaben	0	0	27.150
68.01.01	680	zur Durchführung des EU-Projekts VIKING	0		47.530
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 21-2.			
380 22-8	892	Von 0709/980 56-4 für die Durchführung des	0	0	375.757
68.90.01	680	EU-Programms EFRE (2007 - 2013)	0		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 980 22-5.			
380 23-6	892	Von 0709/980 55-6 für die Durchführung des	0	0	0
68.90.01	680	EU-Programms EFRE (2014 - 2020)	0		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 980 23-3.			
380 24-4	892	Von Hst. 0687/984 16-1, für Personalkosten	0	0	40.650
68.01.01	680	Sondermittel A 281	0		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 93-1 und 428 93-0.			
380 40-6	892	Von Hst. 0900/980 40-0, Erstattung verauslagter	0	0	65.570
68.90.01	680	Mieten und Bewirtschaftungskosten	0		65.570
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 518 01-7.			

Kapitel 0680
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
380 51-1	892	Von Hst. 0601/980 51-7, Personalausgaben für das	0	0	85.640
68.03.01	680	Projekt "AUF" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 45-0.	0		83.029
386 01-3	892	Von Hst. 3680/986 01-0 für die Wahrnehmung	16.096.490	16.097.490	16.097.490
68.90.01	680	von Gemeindeaufgaben	16.096.490		16.925.120
386 03-0	892	Von Hst. 3603/986 01-1 für Personalausgaben,	0	0	0
68.03.01	680	Konzept "Saubere Stadt" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 03-6 und 428 03-4.	0		172.959
386 11-0	892	Von 3601/986 11-5 für Personalkosten	0	0	0
68.03.03	680	Strategieeinheit Grünordnung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 89-1.	0		0
386 35-8	892	Von Hst. 3601/986 21-2 Personalkosten von	0	0	70.103
68.03.01	680	EU-Projekten zur nachhaltigen /umweltfreundlichen Mobilität Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 35-2.	0		166.914
Gesamteinnahmen Kapitel 0680			17.006.490	16.518.490	17.946.140
			17.006.490		18.741.846

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
412 01-4	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	560	2.100	371
68.90.01	680		560		206
422 01-0	011	Bezüge planmäßiger Beamter (Senatorische	1.880.440	2.058.420	2.043.464
68.90.01	680	Angelegenheiten Bau, Umwelt und Verkehr)	1.872.130		2.106.155
	925	Gegenseitig deckungsfähig mit 428 01-8 und 428 02-6.			
422 03-6	011	Bezüge der planmäßigen Beamten, Konzept	0	0	0
68.03.01	680	"Saubere Stadt" (refinanziert)	0		0
	925	1. Ausgaben bei 422 03-6 und 428 03-4 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 386 03-0 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 03-4.			
422 09-5	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	39.700	39.700	0
68.90.01	680		39.700		11.844
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
422 11-7	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	831.920	807.700	783.068
68.01.01	680	(ÖPNV/Konsumtive Finanzhilfen)	812.830		722.103
	925				
422 12-5	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
68.01.01	680	(Altersteilzeit)	0		43.514
	925				
422 20-6	741	Bezüge planmäßiger Beamten für Aufgaben	0	0	48.591
68.01.01	680	gem. § 11 BremÖPNVG aus Bundeserstattungen	0		44.828
	925	Siehe zu 428 20-4.			
422 22-2	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	1.614.960	1.494.290	1.585.472
68.02.05	680	(Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung)	1.584.130		1.832.398
	925				
422 23-0	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
68.02.05	680	(Altersteilzeit)	0		61.213
	925				
422 26-5	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	0	61.660	0
68.02.06	680	(Wohnraumförderung)	0		35.323
	925				
422 33-8	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	1.392.990	1.911.700	1.481.825
68.02.06	680	(Städtebau/Stadtumbau/Wohnungswesen)	1.341.880		1.511.584
	925				
422 44-3	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	591.010	489.040	626.733
68.03.01	680	(Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen)	577.840		549.549
	925				

Kapitel 0680
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2012 2011
			2014 2015	2013	
			EUR		
422 45-1	011	Bezüge planmäßiger Beamten (Umweltwirtschaft/	0	0	-20.090
68.03.01	680	Energie/Ressourcen) - refinanziert	0		-18.853
	925				
422 66-4	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	0	0	0
68.03.02	680	(Flächenbezogener Umweltschutz)	0		0
	925				
422 75-3	011	Bezüge der planmäßigen Beamten -refinanziert-	400.000	0	-137.669
68.90.01	680		400.000		-59.548
	925				
		1. Ausgaben bei 422 75-3, 428 75-1, 441 75-8 und 634 98-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 281 15-7 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 75-1, 441 75-8 und 634 98-0.			
422 76-1	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	0	0	0
68.03.03	680	-AIP-	0		0
	925				
422 77-0	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
68.03.03	680	(Altersteilzeit)	0		57.293
	925				
422 88-5	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	1.063.440	925.640	983.603
68.03.03	680	(Natur/Wasser)	1.051.030		931.740
	925				
422 93-1	711	Bezüge planmäßiger Beamten, Sondermittel A 281	55.000	55.000	130.926
68.01.01	680		55.000		126.477
	925				
		Mehrausgaben bei 422 93-1 und 428 93-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 24-4 geleistet werden.			
423 01-6	011	Sold und personalbezogene Sachbezüge der	17.610	28.700	0
68.90.01	680	Zivildienstleistenden	17.610		5.397
425 75-2	011	Vergütungen der Angestellten (Senat. Angelegenh.	0	0	0
68.90.01	680	Bau, Umwelt und Verkehr) -refinanziert-	0		0
	925				
427 01-1	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenbe-	4.910	8.800	0
68.90.01	680	ruflich Tätige	4.910		0
	925				
428 01-8	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.751.770	2.684.260	2.914.311
68.90.01	680		2.750.300		2.765.381
	925				
		Siehe zu 422 01-0.			
428 02-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.90.01	680	(Altersteilzeit)	0		24.424
	925				
		Siehe zu 422 01-0.			

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2012 2011
			2014 2015	2013	
			EUR		
428 03-4	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,	0	0	-4.489
68.03.01	680	Konzept "Saubere Stadt" (refinanziert)	0		182.466
	925	Siehe zu 422 03-6.			
428 11-5	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	894.700	1.029.940	892.188
68.01.01	680	(ÖPNV/Konsumtive Finanzhilfen)	888.050		911.152
	925				
428 20-4	741	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	158.727
68.01.01	680	für Aufgaben gem. § 11 BremÖPNVG aus	0		154.334
	925	Bundeseerstattungen 1. Ausgaben bei 428 20-4, 422 20-6, 441 20-0 und 634 20-3 zweckgebundenen Einnahmen bei 380 20-1 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 422 20-6, 441 20-0 und 634 20-3.			
428 21-2	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	22.099
68.01.01	680	zur Durchführung des EU-Projekts VIKING	0		45.219
	925	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 21-0 geleistet werden.			
428 22-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.744.060	4.660.940	4.597.733
68.02.05	680	(Stadtentwicklung/-planung, Bauordnung)	4.725.710		5.002.051
	925				
428 23-9	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,	0	0	28.805
68.02.05	680	(Stadtentwicklung/-planung, Bauordnung) -	0		57.922
	925	refinanziert			
428 26-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	219.230	245.810	223.869
68.02.06	680	(Wohnraumförderung)	212.930		220.940
	925				
428 33-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.469.940	2.003.890	2.525.873
68.02.06	680	(Städtebau/Stadtbau/Wohnungswesen)	2.409.410		1.664.096
	925				
428 34-4	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.02.06	680	(Altersteilzeit)	0		41.877
	925				
428 35-2	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	59.927
68.03.01	680	(EU-Projekte zur nachhaltigen/umweltfreundlichen	0		140.332
	925	Mobilität) Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 386 35-8 geleistet werden.			
428 36-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.03.01	680	(Altersteilzeit)	0		67.809
	925				

Kapitel 0680
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
428 44-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.312.420	2.507.950	2.824.786
68.03.01	680	(Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen)	2.256.210		2.624.090
	925				
		1. Gegenseitig deckungsfähig mit 980 60-8. 2. Die Mittel sind übertragbar.			
428 45-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	51.495
68.03.01	680	(Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen)	0		-28.808
	925	-refinanziert-			
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 51-1 geleistet werden.			
428 75-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	-49.366
68.90.01	680	(Senat. Angelegenheiten Bau, Umwelt und Verkehr) -	0		135.823
	925	refinanziert			
		Siehe zu 422 75-3.			
428 76-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.03.03	680	-AIP-	0		154.195
	925				
428 77-8	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.03.01	680	(Umweltwirtschaft / Energie / Ressourcen - AIP)	0		215.702
	925				
428 78-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.02.05	680	(Stadtentwicklung / -planung / Bauordnung - AIP)	0		245.041
	925				
428 88-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.291.900	1.987.460	2.257.286
68.03.03	680	(Natur/Wasser)	2.268.450		2.096.379
	925				
428 89-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	533.540	533.540	743.648
68.03.03	680	(Natur/Wasser) - refinanziert	533.540		658.071
	925				
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 10-4, 380 15-5 und 386 11-0 geleistet werden.			
428 92-1	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,	72.150	72.150	77.819
68.03.03	680	Sondermittel A 281	72.150		76.218
	925				
428 93-0	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,	104.500	104.500	70.090
68.01.01	680	Sondermittel A 281	104.500		38.052
	925				
		Siehe zu 422 93-1.			
441 10-3	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	443.320	470.380	412.387
68.90.01	680	und dgl.	456.830		422.188
	928				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
441 20-0	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
68.01.01	680	und dgl. für Aufgaben gem. § 11 BremÖPNVG aus	0		0
	925	Bundeserstattungen - refinanziert			
		Siehe zu 428 20-4			
441 45-6	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
68.03.01	680	und dgl. -refinanziert	0		0
	925				
441 75-8	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
68.90.01	680	und dgl. - refinanziert	0		0
	925				
		Siehe zu 422 75-3			
441 93-6	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
68.01.01	680	und dgl.	0		0
	925				
443 07-6	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	10.200	8.350	4.997
68.90.01	680	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	10.200		7.919
443 09-2	011	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	14.920	10.840	39.453
68.90.01	680		14.920		12.273
453 01-2	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	6.950	9.100	0
68.90.01	680		6.950		5.645
511 00-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,	547.020	487.900	496.817
68.90.01	680	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, ...	547.020		0
511 01-2	011	Geschäftsbedarf	0	0	0
68.90.01	680		0		305.450
511 02-0	011	Bücher und Zeitschriften	0	0	0
68.90.01	680		0		47.722
511 03-9	011	Postgebühren	0	0	0
68.90.01	680		0		66.090
511 04-7	011	Fernmeldegebühren	0	0	-92
68.90.01	680		0		46.903
511 05-5	011	Betrieb und Unterhaltung von ADV-Anlagen	0	0	0
68.90.01	680		0		40
511 06-3	011	Maschinen, Geräte und Ausstattungsgegenstände für	0	0	0
68.90.01	680	Verwaltungszwecke	0		48.469
511 07-1	011	Rundfunkgebühren	0	0	0
68.90.01	680		0		1.557
514 00-3	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	60.000	60.000	57.808
68.90.01	680		60.000		50.874

Kapitel 0680
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatg 2014	Anschatg 2013	IST 2012
			2015	EUR	
517 00-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	674.000	536.000	595.038
68.90.01	680	Räume	673.000		0
517 07-0	011	Versicherungen und Abgaben für Grundstücke	0	0	3.444
68.90.01	680		0		3.980
517 11-8	011	Reinigungsdienst	0	0	0
68.90.01	680		0		6.344
517 92-4	011	Gas und sonstige Heizkosten	0	0	-117
68.90.01	680		0		795
517 93-2	011	Strom	0	0	0
68.90.01	680		0		184.978
517 94-0	011	Wasser	0	0	0
68.90.01	680		0		9.756
517 96-7	011	Fremdleistungen	0	0	0
68.90.01	680		0		87.427
517 99-1	011	Sonstige Bewirtschaftungskosten	0	0	0
68.90.01	680		0		29.825
518 01-7	011	Mieten und Pachten für Grundstücke	2.400.000	2.489.380	2.377.987
68.90.01	680	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 40-6 geleistet werden.	2.400.000		2.654.844
519 10-2	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	65.000	65.000	56.436
68.90.01	680	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 124 20-5 geleistet werden.	65.000		31.157
525 00-5	011	Aus- und Fortbildung	50.000	50.000	118.406
68.90.01	680		50.000		46.004
	924	Einnahmen fließen den Mitteln zu.			
526 00-1	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100.000	150.000	90.916
68.90.01	680		100.000		0
526 01-0	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
68.90.01	680		0		42.782
526 02-8	011	Kosten für Sachverständige	0	0	0
68.90.01	680		0		35.407
526 20-6	011	Kosten der Sachverständigen für die Überprüfung	0	0	19.226
68.01.01	680	von Fahrschulen und von Werkstätten Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 20-0 geleistet werden.	0		19.367
526 30-3	011	Nachprüfungen von Vergaben	0	0	938
68.90.01	680	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 30-8 geleistet werden.	0		1.220

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen	93.000	93.000	89.102
68.90.01	680		93.000		102.801
	924	Einnahmen fließen den Mitteln zu.			
529 11-6	011	Ausgaben für Aufwand aus dienstlicher	10.000	6.000	7.970
68.90.01	680	Veranlassung in besonderen Fällen	10.000		4.207
531 01-3	011	Öffentlichkeitsarbeit	50.000	50.000	44.851
68.90.01	680		50.000		39.705
531 03-0	011	Inventarversicherungen	0	0	0
68.90.01	680		0		315
531 11-0	011	Kosten für die Betreuung von Delegationen	4.000	4.000	2.146
68.90.01	680	und Besuchergruppen	4.000		1.161
532 20-6	012	Planungskosten für Einzelaufgaben	475.000	0	0
68.90.01	680		124.000		0
532 55-9	011	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	0	0
68.90.01	680	leistungen (Innenreinigung)	0		139.777
532 61-3	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	98.210	91.930	102.614
68.90.01	680	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.	92.960		103.890
532 62-1	011	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	30.000	30.000	28.697
68.90.01	680	(refinanziert)	30.000		34.387
532 71-0	012	An Performa Nord, Entgelte für	32.000	22.000	26.278
68.90.01	680	Dienstreiseabrechnungen	32.000		29.584
532 72-9	012	An Performa Nord, Entgelte für	46.000	35.000	45.712
68.90.01	680	Postdienstleistungen	46.000		44.326
532 75-3	011	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	212.630	215.900	172.936
68.90.01	680		212.630		224.630
539 01-4	011	Umzugs- und Verlegungskosten	50.000	50.000	10.399
68.90.01	680		50.000		68.866
539 09-0	011	Stellenausschreibungen	30.000	25.000	29.092
68.90.01	680		30.000		41.829
539 10-3	011	Kosten für Vorstellungsreisen	0	0	0
68.90.01	680		0		0
539 15-4	011	Vergütungen an Dritte für	105.000	30.000	104.760
68.90.01	680	bereitgestelltes Personal	105.000		96.675

Kapitel 0680
Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
539 99-5	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	20.000	20.000	14.920
68.90.01	680		20.000		12.761
564 03-5	011	An das Sondervermögen Immobilien und Technik,	0	0	0
68.90.01	680	Zinsen auf Sanierungskredite	0		0
632 60-0	011	Für die Wahrnehmung von Bauaufgaben des Landes	69.000	68.000	69.200
68.90.01	680	durch Immobilien Bremen	69.000		60.000
634 20-3	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
68.01.01	680	für Aufgaben gem. § 11 BremÖPNVG aus Bundeserstattungen - refinanziert Siehe zu 428 20-4	0		0
634 45-9	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
68.03.01	680	refinanziert	0		0
634 93-9	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
68.01.01	680	refinanziert	0		0
634 98-0	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	156.790
68.90.01	680	refinanziert Siehe zu 422 75-3.	0		0
700 05-2	011	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere	20.000	20.000	33.436
68.90.01	680	Instandsetzungen	20.000		269.099
790 10-8	011	Umbaumaßnahmen zur Herrichtung eines	0	0	23.816
68.90.01	680	Service-Centers Bau	0		398.000
812 01-2	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	43.600	43.600	37.342
68.90.01	680	Sachen	43.600		5.316
812 02-0	011	Erwerb von Inventar	0	0	0
68.90.01	680		0		14.568
812 05-5	011	Erwerb von ADV-Geräten	0	0	0
68.90.01	680		0		2.756
812 33-0	011	Erwerb von Softwarelizenzen	0	0	0
68.90.01	680		0		0
884 03-0	011	An das Sondervermögen Immobilien und Technik,	0	0	0
68.90.01	680	Tilgung auf Sanierungskredite	0		0
919 02-0	851	Zuführung an die zweckgebundene Rücklage für	0	0	0
68.90.01	680	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		0
	900				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
919 04-6	851	Zuführung an die Rücklage für Versorgungsvorsorge	0	0	0
68.90.01	680	<i>Verlagert nach 634 98-0.</i>	0		0
980 19-5	892	An Hst. 0901/380 19-8 für Haushaltsverbesserungen	0	0	0
68.90.01	680	im Rahmen des BVW	0		0
980 22-5	892	An andere Kapitel für die Durchführung des	0	0	0
68.90.01	680	EU-Programms EFRE (2007 - 2013) Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 22-8 geleistet werden.	0		0
980 23-3	892	An andere Kapitel für die Durchführung des	0	0	0
68.90.01	680	EU-Programms EFRE (2014 - 2020) Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 23-6 geleistet werden.	0		0
980 41-1	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	24.000	18.806
68.90.01	680	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		18.540
980 60-8	892	An 0500/380 60-8 für Personalausgaben im Bereich	0	0	32.631
68.03.01	680	Chemikalien Siehe zu 428 44-1.	0		32.186
984 01-8	892	An Hst. 3680/384 01-0 für die Wahrnehmung	4.650.352	4.997.680	4.997.680
68.90.01	680	von Landesaufgaben	4.650.352		2.351.310
Gesamtausgaben Kapitel 0680			34.696.952	33.876.250	35.243.915
			34.045.332		33.719.692
Abschluss Kapitel 0680					
Gesamteinnahmen Kapitel 0680			17.006.490	16.518.490	17.946.140
			17.006.490		18.741.846
Zuschuss/Überschuss			-17.690.462	-17.357.760	-17.297.775
			-17.038.842		-14.977.846

Kapitel 0681
Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr			
		EINNAHMEN			
272 15-1	011	Von der EU für die Durchführung des Projekts	290.000	290.000	618.843
68.01.01	680	VIKING Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 16-5, 891 16-1 und 980 21-0.	290.000		291.416
272 20-8	422	Von der EU für die Durchführung des Programms	0	0	0
68.02.05	680	INTERREG Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 20-3.	0		7.622
359 01-0	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	298.700
68.90.01	680		0		0
	900				
359 03-6	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	5.598.223
68.90.01	680		0		5.755.588
	900				
		Gesamteinnahmen Kapitel 0681	290.000	290.000	6.515.766
			290.000		6.054.626

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
441 01-8	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	3.770	0	2.371
68.90.01	680	und dgl.	3.880		6.415
	928				
531 10-6	422	Durchführung von Informationsausstellungen	10.000	10.000	4.344
68.90.01	680		10.000		72
531 16-5	011	Sachkosten für die Durchführung des Projektes	290.000	290.000	233.634
68.01.01	680	VIKING	290.000		254.153
	924				
		1. Ausgaben bei 531 16-5, 891 16-1 und 980 21-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 15-1 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 891 16-1 und 980 21-0.			
531 20-3	422	Durchführung des EU-Programms INTERREG	0	80.000	111.708
68.02.05	680	-Technische Hilfen-	0		109.456
	924				
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 20-8 geleistet werden.			
531 25-4	421	Kosten im Zusammenhang mit dem Geodatenmanagement	0	0	569
68.02.05	680		0		564
	924				
531 27-0	421	Aufgaben im amtlichen Vermessungswesen	70.000	65.000	64.090
68.02.05	680		70.000		59.248
	924				
532 72-2	419	An die Bremer Aufbau-Bank GmbH, Vergütung für	402.000	997.000	936.657
68.02.06	680	die Durchführung der Wohnraumförderung	0		746.981
		Gegenseitig deckungsfähig mit 888 10-1.			
632 10-7	011	An Info-Stelle "Wirtschaftl. Bauen" bei OFD	0	2.000	0
68.90.01	680	Freiburg (Kostenanteil für LAG-Datenbank)	0		1.994
633 20-0	422	Anteilige Kosten der Geschäftsstelle	0	85.000	85.170
68.02.05	680	Metropolregion	0		84.315
671 11-0	742	Aufsicht über die privaten Eisenbahnen	151.000	151.000	210.035
68.01.01	680		151.000		25.089
671 12-9	291	Erstattung der Fahrgeldausfälle durch das	4.300.000	4.600.000	4.182.732
68.01.01	680	Land nach § 148 SGB IX	4.300.000		4.310.494
		Gegenseitig deckungsfähig mit 682 30-9, 682 31-7 und 682 32-5.			
682 30-9	741	Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen der	5.220.000	5.130.000	5.219.141
68.01.01	680	Bremer Straßenbahn AG (§ 45 a PBefG)	5.220.000		5.136.168
		Siehe zu 671 12-9.			
682 31-7	741	Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen	776.000	850.000	775.618
68.01.01	680	der Verkehrsgesellschaft Bremerhaven	776.000		829.316
		Siehe zu 671 12-9.			

Kapitel 0681
Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
682 32-5	741	Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen	30.000	30.000	25.098
68.01.01	680	der Regional-Busunternehmen der VBN Siehe zu 671 12-9.	30.000		23.660
683 21-6	742	Gesetzliche Ausgleichszahlungen an Privatbahnen	300.000	300.000	309.734
68.01.01	680		300.000		298.776
685 02-2	011	Mitgliedsbeiträge	2.000	2.000	899
68.90.01	680		2.000		2.083
685 10-3	011	Anteil an den Kosten des deutschen	49.000	49.000	42.350
68.90.01	680	Instituts für Bautechnik, Berlin	49.000		48.600
685 11-1	011	An das deutsche Institut für Bautechnik, anteilige	10.000	10.000	9.340
68.90.01	680	Kosten für bautechnische Forschungen	10.000		10.240
685 13-8	011	Anteil an den Kosten des Fachnormenaus-	9.000	9.000	8.603
68.90.01	680	schusses Bauwesen, Berlin	9.000		7.787
685 14-6	011	Anteil an den Kosten der ARGEBAU	2.000	2.000	2.025
68.90.01	680		2.000		2.031
883 10-0	422	Anteil Bremens für den Fonds der	0	260.000	260.000
68.02.05	680	Metropolregion	0		260.000
888 10-1	411	An die Bremer Aufbau-Bank GmbH, Vergütung für	0	198.000	198.000
68.02.06	680	die Durchführung der Wohnraumförderung Siehe zu 532 72-2.	0		0
891 16-1	011	Investitionszuschüsse für die Durchführung des	0	0	0
68.01.01	680	EU-Projektes VIKING Siehe zu 531 16-5.	0		203.031
919 01-5	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	140.556
68.90.01	680		0		546.140
	900				
919 03-1	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	4.844.664
68.90.01	680		0		5.598.223
	901				
980 21-0	892	An Hst. 0680/380 21-0 für Personalausgaben zur	0	0	27.150
68.01.01	680	Durchführung des EU-Projekts VIKING Siehe zu 531 16-5.	0		47.530
985 13-1	891	An Hst. 6612/385 01 für Landesaufgaben des	1.028.000	1.028.000	1.035.646
68.02.05	680	Vermessungs- und Katasteramtes (konsumtiv)	1.028.000		1.020.384
985 14-0	891	An Hst. 6612/385 02 für Landesaufgaben des	72.000	72.000	72.000
68.02.05	680	Vermessungs- und Katasteramtes (investiv)	72.000		72.000

Kapitel 0681
Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
985 16-6	891	An Hst. 6401/385 01 für Landesaufgaben	532.360	532.360	532.380
68.90.01	680	der Abt. Bauförderung (konsumtiv)	532.360		532.380
985 17-4	891	An Hst. 6401/385 03 für Landesaufgaben	27.500	27.500	27.500
68.90.01	680	der Abt. Bauförderung (investiv)	27.500		27.500
Gesamtausgaben Kapitel 0681			13.284.630	14.779.860	19.362.013
			12.882.740		20.264.631
Abschluss Kapitel 0681					
Gesamteinnahmen Kapitel 0681			290.000	290.000	6.515.766
			290.000		6.054.626
Zuschuss/Überschuss			-12.994.630	-14.489.860	-12.846.248
			-12.592.740		-14.210.005

Kapitel 0682
Landesamt für GeoInformation

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0682 Landesamt für GeoInformation					
EINNAHMEN					
111 01-1	421	Verwaltungsgebühren	2.500.000	2.513.000	2.394.742
68.02.08	682		2.500.000		2.358.400
111 02-0	421	Verwaltungsgebühren -steuerpflichtig-	450.000	362.000	425.121
68.02.08	682		450.000		381.398
113 01-4	421	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und	0	0	0
68.02.08	682	entbehrlicher Gegenstände	0		0
119 02-0	421	Von Dritten für Gutachten	45.000	95.000	42.461
68.02.08	682		45.000		23.982
119 11-0	421	Vom Haushalt zu erstattende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
119 20-9	421	Einnahmen im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	60
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		-1.715
119 99-3	421	Vermischte Einnahmen	8.000	8.000	3.176
68.02.08	682		8.000		8.233
124 11-3	421	Nutzungsentgelte für Behördenparkplätze	2.000	2.000	2.915
68.02.08	682		2.000		2.945
231 11-4	421	Kostenerstattung für die Wahrnehmung von Projekten	1.657.000	1.542.000	1.622.250
68.02.08	682	im Bereich IT-System des Bundes Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 03-1, 531 11-8 und 812 04-4.	1.565.000		1.600.000
Gesamteinnahmen Kapitel 0682			4.662.000	4.522.000	4.490.725
			4.570.000		4.373.243

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 01-7	421	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	694.170	718.740	785.813
68.02.08	682		651.770		723.332
	925				
428 01-5	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.454.260	4.778.480	4.891.194
68.02.08	682	(TVL)	4.241.900		4.767.676
	925				
428 02-3	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	482.490	569.590	579.476
68.02.08	682	(TVÖD)	458.350		591.996
	925				
428 03-1	421	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	418.100	418.100	397.807
68.02.08	682	(Bund) - refinanziert -	418.100		436.231
	925	Siehe zu 531 11-8.			
441 01-1	421	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	20.830	22.250	5.613
68.02.08	682	und dgl.	21.460		20.201
	928				
443 07-3	421	Kosten für ärztliche Untersuchungen	6.000	6.000	1.467
68.02.08	682		6.000		10
443 09-0	421	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	19.500	19.500	1.149
68.02.08	682		19.500		1.197
511 00-1	421	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte,	83.000	82.000	72.500
68.02.08	682	Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände Einnahmen fließen den Mitteln zu.	84.000		48.046
514 00-0	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen	50.000	83.000	45.075
68.02.08	682	Einnahmen fließen den Mitteln zu.	50.000		24.649
517 00-0	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	180.000	145.000	175.904
68.02.08	682	Räume Einnahmen fließen den Mitteln zu.	170.000		150.126
518 01-4	421	Mieten für Gebäude	350.000	301.000	375.279
68.02.08	682	Einnahmen fließen den Mitteln zu.	340.000		270.742
518 02-2	421	Mieten für Maschinen und Geräte	51.000	50.000	40.036
68.02.08	682	Einnahmen fließen den Mitteln zu.	51.000		34.165
518 03-0	421	Mieten für Fahrzeuge	3.000	2.000	2.660
68.02.08	682		3.000		2.561
519 10-0	421	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	8.000	10.000	70
68.02.08	682		8.000		757

Kapitel 0682
Landesamt für GeoInformation

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
525 00-2	421	Aus- und Fortbildung	4.000	13.000	4.692
68.02.08	682		4.000		623
526 00-9	421	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	1.946
68.02.08	682		0		0
527 00-5	421	Dienstreisen	15.000	9.000	17.988
68.02.08	682		15.000		6.893
	924				
531 10-0	421	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
68.02.08	682		0		507
531 11-8	421	Durchführung von Projekten (Informationssysteme, Bund)	1.100.000	1.077.900	973.945
68.02.08	682		1.100.000		976.783
	924				
		1. Ausgaben bei 428 03-1, 531 11-8 und 812 04-4 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 11-4 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 03-1 und 812 04-4.			
531 12-6	421	Sachbearbeitung durch PerformaNord	0	0	9.825
68.02.08	682		0		30.654
531 13-4	421	Innenrevision	45.000	40.000	41.355
68.02.08	682		45.000		40.688
532 11-4	421	Vergabe von Beratungs- und Verfahrenskosten	5.000	10.000	513
68.02.08	682		5.000		0
532 12-2	421	Vergabe von vermessungstechnischen Dienstleistungen	15.000	15.000	7.247
68.02.08	682		35.000		2.744
532 55-6	421	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienstleistungen (Innenreinigung)	8.000	0	1.854
68.02.08	682		9.000		21.684
532 61-0	421	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	28.000	25.730	25.537
68.02.08	682		29.000		22.905
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 72-6	421	Entgelte für Postdienstleistungen (Botenzentrale)	5.000	2.000	4.476
68.02.08	682		5.000		3.822
532 75-0	421	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	12.000	61.780	2.978
68.02.08	682		13.000		34.206
532 82-3	421	IT-Ausgaben (Querschnittsaufgaben) -konsumtiv-	0	0	0
68.02.08	682		0		0
532 84-0	421	IT-Ausgaben (Fachverfahren) -konsumtiv-	0	0	0
68.02.08	682		0		0
539 09-7	421	Stellenausschreibungen	10.000	5.000	9.223
68.02.08	682		10.000		1.979

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
539 11-9	421	An den Haushalt zu zahlende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
539 20-8	421	Ausgaben im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	0
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeolInformation	0		0
539 99-2	421	Vermischte Verwaltungsausgaben	6.000	32.000	4.639
68.02.08	682		6.000		11.268
682 10-8	421	Auflösung des Eigenbetriebes GeolInformation	200.000	200.000	200.000
68.90.01	682	- Verlustausgleich -	129.000		832.540
	680	Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
700 05-0	421	Kleine Um- und Erweiterungsbauten	0	0	0
68.02.08	682		0		0
811 01-3	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	45.000	40.000	78.405
68.02.08	682		45.000		0
812 02-8	421	Erwerb von Inventar	6.000	5.000	982
68.02.08	682		6.000		1.433
812 03-6	421	Erwerb von Geräten und Instrumenten	140.000	40.000	2.332
68.02.08	682		105.000		22.967
812 04-4	421	Erwerb von Inventar, Geräten und DV-Anlagen für	140.000	46.000	205.602
68.02.08	682	Projekte (Informationssysteme Bund) Siehe zu 531 11-8.	50.000		186.986
812 06-0	421	IT-Ausgaben (Querschnittsaufgaben) -investiv-	0	0	0
68.02.08	682		0		0
812 07-9	421	IT-Ausgaben (Fachverfahren) -investiv-	0	0	0
68.02.08	682		0		0
980 41-9	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	6.500	3.375
68.02.08	682	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		4.860
Gesamtausgaben Kapitel 0682			8.604.350	8.834.570	8.970.956
			8.134.080		9.275.230
Abschluss Kapitel 0682					
Gesamteinnahmen Kapitel 0682			4.662.000	4.522.000	4.490.725
			4.570.000		4.373.243
Zuschuss/Überschuss			-3.942.350	-4.312.570	-4.480.232
			-3.564.080		-4.901.987

**Kapitel 0683
 GeoInformation (BgA) Vermessung**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0683					
GeoInformation (BgA) Vermessung					
EINNAHMEN					
111 11-2	421	Verwaltungsgebühren	150.000	192.000	117.728
68.02.08	682		150.000		223.766
119 11-3	421	Vom Haushalt zu erstattende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
119 20-2	421	Einnahmen im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	258
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		-6.826
119 99-7	421	Vermischte Einnahmen	0	0	1.062
68.02.08	682		0		2.581
		Gesamteinnahmen Kapitel 0683	150.000	192.000	119.048
			150.000		219.521

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 01-0	421	Bezüge planmäßiger Beamter	0	0	10.860
68.02.08	682		0		25.087
	925				
428 01-9	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	83.806
68.02.08	682	TVL	0		193.596
	925				
428 02-7	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	21.731
68.02.08	682	TVÖD	0		50.201
	925				
526 11-8	421	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
68.02.08	682		0		0
531 11-1	421	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
68.02.08	682		0		0
531 12-0	421	Personalgestellung und Verwaltungspauschale	50.000	48.000	38.799
68.02.08	682	durch Landesamt GeoInformation	50.000		89.628
532 11-8	421	Vergabe von Beratungs- und Verfahrenskosten	0	0	0
68.02.08	682		0		0
532 12-6	421	Vergabe von vermessungstechnischen	0	0	0
68.02.08	682	Dienstleistungen	0		0
539 11-2	421	An den Haushalt zu zahlende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
539 20-1	421	Ausgaben im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	0
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		0
539 99-6	421	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	1.377
68.02.08	682		0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0683			50.000	48.000	156.573
			50.000		358.512
Abschluss Kapitel 0683					
Gesamteinnahmen Kapitel 0683			150.000	192.000	119.048
			150.000		219.521
Zuschuss/Überschuss			100.000	144.000	-37.525
			100.000		-138.991

**Kapitel 0684
 GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0684		GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss			
		EINNAHMEN			
111 11-6	421	Verwaltungsgebühren	0	0	0
68.02.08	682		0		0
119 11-7	421	Von Dritten für Gutachten	100.000	100.000	99.273
68.02.08	682		100.000		106.567
119 12-5	421	Vom Haushalt zu erstattende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
119 20-6	421	Einnahmen im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	0
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		0
119 99-0	421	Vermischte Einnahmen	0	0	600
68.02.08	682		0		1.588
		Gesamteinnahmen Kapitel 0684	100.000	100.000	99.873
			100.000		108.155

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 01-4	421	Bezüge planmäßiger Beamter	0	0	0
68.02.08	682		0		26.126
	925				
428 01-2	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	106.002
68.02.08	682	TVL	0		129.295
	925				
526 11-1	421	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	6.951
68.02.08	682		0		9.920
531 11-5	421	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
68.02.08	682		0		0
531 12-3	421	Personalstellung und Verwaltungspauschale	25.000	25.000	28.383
68.02.08	682	durch Landesamt GeoInformation	25.000		41.887
532 11-1	421	Vergabe von Beratungs- und Verfahrenskosten	0	0	0
68.02.08	682		0		0
539 11-6	421	An den Haushalt zu zahlende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
539 20-5	421	Ausgaben im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	0
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		0
539 99-0	421	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
68.02.08	682		0		0
		Gesamtausgaben Kapitel 0684	25.000	25.000	141.336
			25.000		207.228
Abschluss Kapitel 0684					
		Gesamteinnahmen Kapitel 0684	100.000	100.000	99.873
			100.000		108.155
		Zuschuss/Überschuss	75.000	75.000	-41.463
			75.000		-99.073

**Kapitel 0685
 GeoInformation (BgA) Informationssysteme**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0685					
GeoInformation (BgA) Informationssysteme					
EINNAHMEN					
111 11-0	421	Verwaltungsgebühren	10.000	33.000	15.437
68.02.08	682		10.000		48.096
119 11-0	421	Vom Haushalt zu erstattende Umsatzsteuer	0	0	4
68.02.08	682		0		0
119 20-0	421	Einnahmen im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	0
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		0
119 99-4	421	Vermischte Einnahmen	0	0	0
68.02.08	682		0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0685	10.000	33.000	15.441
			10.000		48.096

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
428 01-6	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	15.511
68.02.08	682	TVL	0		18.405
	925				
511 00-2	421	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstat-	0	0	0
68.02.08	682	tungs-/Ausrüstungs-/sonstige Gebrauchsgegenstände Einnahmen fließen den Mitteln zu.	0		0
526 11-5	421	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
68.02.08	682		0		0
531 11-9	421	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
68.02.08	682		0		0
531 12-7	421	Personalstellung und Verwaltungspauschale	6.000	6.000	5.171
68.02.08	682	durch Landesamt GeoInformation	6.000		6.135
532 11-5	421	Vergabe von Beratungs- und Verfahrenskosten	4.000	8.000	7.857
68.02.08	682		4.000		6.692
539 11-0	421	An den Haushalt zu zahlende Umsatzsteuer	0	0	0
68.02.08	682		0		0
539 20-9	421	Ausgaben im Zusammenhang mit der Auflösung des	0	0	0
68.02.08	682	Eigenbetriebs GeoInformation	0		0
539 99-3	421	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
68.02.08	682		0		0
812 10-0	421	Erwerb von Hardware und Software	0	0	0
68.02.08	682		0		26.600
		Gesamtausgaben Kapitel 0685	10.000	14.000	28.539
			10.000		57.832
Abschluss Kapitel 0685					
		Gesamteinnahmen Kapitel 0685	10.000	33.000	15.441
			10.000		48.096
		Zuschuss/Überschuss	0	19.000	-13.098
			0		-9.736

Kapitel 0687
Oberste Landesstraßenbaubehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde			
		EINNAHMEN			
119 25-8	711	Von Dritten für Verdingungsunterlagen	10.000	10.000	11.362
68.01.02	687		10.000		7.010
119 99-1	711	Vermischte Einnahmen	0	0	6.516
68.01.02	687		0		891
231 16-3	722	Bundesanteil an Planungs- und Bauleitungs-	1.350.000	1.350.000	1.397.093
68.01.02	687	mitteln für Bundesfernstraßen Siehe zu 532 15-5.	1.350.000		1.151.435
231 20-1	741	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 11 BremÖPNVG	0	0	255.654
68.01.01	687	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 682 20-3, 980 20-4 und 985 30-3.	0		265.078
331 10-9	741	Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrs-	11.063.000	11.063.000	11.063.000
68.01.02	687	finanzierungsgesetz (GVFG) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 10-4, 891 12-0 und 985 10-9.	11.063.000		11.063.000
331 20-6	741	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	12.526.000	12.341.000	18.152.542
68.01.02	687	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 20-1, 891 22-8 und 985 20-6.	12.526.000		13.393.076
		Gesamteinnahmen Kapitel 0687	24.949.000	24.764.000	30.886.167
			24.949.000		25.880.490

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatz 2014	Anschatz 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
518 01-2	711	Mieten und Pachten für Grundstücke	1.000	1.400	1.339
68.01.02	687		1.000		1.339
532 15-5	722	Planungs- und Bauleitungsmittel für den	1.500.000	1.500.000	906.413
68.01.02	687	Ausbau des übergeordneten Straßennetzes	1.500.000		730.790
	924				
		1. Über 150.000 Euro hinaus dürfen Ausgaben bei 532 15-5, 984 15-3 und 984 16-1 in Höhe der Einnahmen bei 231 16-3 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 984 15-3 und 984 16-1.			
532 55-4	711	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	0	14
68.01.02	687	leistungen (Innenreinigung)	0		4.143
532 71-6	711	An Performa Nord, Entgelte für	7.000	7.000	3.125
68.01.02	687	Dienstreiseabrechnungen	7.000		5.017
564 36-7	831	Zinsen für Projekt 0015-L	0	0	365.681
68.01.02	687	Bau der BAB A 281 (alt AIP)	0		366.700
682 20-3	741	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß	0	0	0
68.01.01	687	§ 11 BremÖPNVG Siehe zu 980 20-4.	0		0
685 02-4	711	Mitgliedsbeiträge	300	300	282
68.01.02	687		300		282
730 15-1	721	Ausbau/ Erneuerung der A 27 (alt AIP)	0	0	721.252
68.01.02	687		0		705.363
730 16-0	721	A 281 (alt AIP)	4.000.000	9.870.000	15.204.346
68.01.02	687		4.000.000		6.964.565
		Verpflichtungsermächtigung:			
		2014	2015		
		Anschlag: 35.000.000 EUR	Anschlag: 35.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2015 10.000.000 EUR	Abdeckung: 2016 10.000.000 EUR		
		2016 25.000.000 EUR	2017 25.000.000 EUR		
		2017 0 EUR	2018 0 EUR		
		2018ff 0 EUR	2019ff 0 EUR		
730 17-8	722	Weiterbau der B 74 (alt AIP)	0	0	2.228
68.01.02	687		0		55.818
730 50-0	722	Sanierung B 75	0	0	0
68.01.02	687		0		0
730 51-8	721	Wechselwegweisung BAB-Ring Bremen	0	0	0
68.01.02	687		0		0
730 52-6	721	Lärmschutz und Ausfahrt A 1, Anschlussstelle	100.000	0	63.379
68.01.02	687	Uphusen	250.000		59.719
730 53-4	721	Anschlussstelle St. Magnus/ A 270, Umbau und	100.000	150.000	0
68.01.02	687	Erweiterung	0		0
730 84-4	725	Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	2.000.000	2.000.000	2.251.000
68.01.02	687		2.000.000		1.039.000

Kapitel 0687
Oberste Landesstraßenbaubehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
891 10-4	741	An öffentliche Unternehmen, Finanzhilfen nach dem	9.072.000	9.072.000	9.072.000
68.01.02	687	GVFG (Bremen) 1. Ausgaben bei 891 10-4, 891 12-0 und 985 10-9 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 10-9 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 891 12-0 und 985 10-9.	9.072.000		9.107.694
891 12-0	741	An öffentliche Unternehmen, Finanzhilfen nach dem	0	0	0
68.01.02	687	GVFG (Bremerhaven) Siehe zu 891 10-4.	0		0
891 20-1	741	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß	10.271.000	10.120.000	15.718.037
68.01.02	687	§ 10 BremÖPNVG (Bremen) 1. Ausgaben bei 891 20-1, 891 22-8 und 985 20-6 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 20-6 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 891 22-8 und 985 20-6.	10.271.000		10.996.058
891 22-8	741	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß	1.127.000	1.111.000	1.380.483
68.01.02	687	§ 10 BremÖPNVG (Bremerhaven) Siehe zu 891 20-1.	1.127.000		1.922.376
891 30-9	742	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof	0	0	45.453
68.01.02	687	Veogesack	0		103.547
891 31-7	742	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof	0	0	172.658
68.01.02	687	St. Magnus	0		680.342
891 32-5	742	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof	0	0	0
68.01.02	687	Mahndorf	0		470.000
891 90-2	729	Innenstadt/ Stadtteilzentren (alt AIP)	0	0	27.174
68.01.02	687		0		324.254
980 20-4	892	An Hst. 0680/380 20-1 für Personalausgaben gemäß	0	0	255.654
68.01.01	687	§ 11 BremÖPNVG 1. Ausgaben bei 682 20-3, 980 20-4 und 985 30-3 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 20-1 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 682 20-3 und 985 30-3.	0		265.078
984 15-3	892	An Hst. 3687/384 13-9, Erstattung von Entgelten	0	0	599.243
68.01.02	687	der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den Bund für die A 281 1. Siehe zu 532 15-5. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		559.464
984 16-1	892	An Hst. 0680/380 24-4, Erstattung von Entgelten	0	0	40.650
68.01.02	687	der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den Bund für die A281 1. Siehe zu 532 15-5. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
985 10-9	891	An Hst. 6651/385 04, Finanzhilfen nach dem	1.991.000	1.991.000	1.991.000
68.01.02	687	GVFG Siehe zu 891 10-4.	1.991.000		1.955.306

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
985 20-6	891	An Hst. 6651/385 05, Finanzhilfen gemäß	1.128.000	1.110.000	1.054.022
68.01.02	687	§ 10 BremÖPNVG Siehe zu 891 20-1.	1.128.000		474.642
985 30-3	891	An Hst. 6610/385 01, Finanzhilfen gemäß	0	0	0
68.01.01	687	§ 11 BremÖPNVG Siehe zu 980 20-4.	0		0
985 84-2	891	An Hst. 6782/385 16, Planungskosten Cherbourger	0	0	0
68.01.02	687	Straße (alt AIP)	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0687			31.297.300	36.932.700	49.875.433
			31.347.300		36.791.496
Abschluss Kapitel 0687					
Gesamteinnahmen Kapitel 0687			24.949.000	24.764.000	30.886.167
			24.949.000		25.880.490
Zuschuss/Überschuss			-6.348.300	-12.168.700	-18.989.266
			-6.398.300		-10.911.007

Kapitel 0696
Städtebauförderung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0696		Städtebauförderung			
		EINNAHMEN			
111 01-4	423	Verwaltungsgebühren	0	0	0
68.02.06	680		0		0
272 20-4	422	Von der EU für die Durchführung des Programms	0	0	0
68.02.06	680	INTERREG Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 20-0	0		0
331 10-3	423	Finanzhilfen des Bundes für die Städte-	2.720.000	2.300.000	3.148.127
68.02.06	680	bauförderung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 984 10-7, 985 10-3, 985 13-8, 985 14-6, 985 15-4 und 985 16-2.	2.676.000		1.679.081
331 30-8	423	Bundesmittel für den experimentellen	0	0	0
68.02.06	680	Wohnungs- und Städtebau in Bremen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 893 13-6 und 984 30-1.	0		0
331 31-6	423	Bundesmittel für den experimentellen Wohnungs- und	0	0	0
68.02.06	680	Städtebau in Bremerhaven Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 985 12-0.	0		0
331 40-5	423	Bundesmittel für den Investitionspakt	0	65.000	833.175
68.02.06	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 984 31-0 und 985 11-1.	0		1.246.366
331 60-0	423	Finanzhilfen des Bundes für die	436.000	577.000	910.184
68.02.06	680	soziale Stadt Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 984 60-3 und 985 60-0.	357.000		607.383
		Gesamteinnahmen Kapitel 0696	3.156.000	2.942.000	4.891.486
			3.033.000		3.532.830

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
531 20-0	422	Durchführung des EU-Programms INTERREG	100.000	0	0
68.02.06	680	-Technische Hilfen-	100.000		0
	924	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 20-4 geleistet werden.			
531 21-8	422	Kosten der Landesraumordnungsplanung (LROP)/	77.000	0	0
68.02.06	680	Koopstadt	77.000		0
633 20-7	422	Anteilige Kosten der Geschäftsstelle der	98.000	0	0
68.02.06	680	Metropolregion	98.000		0
883 10-6	422	Anteil Bremens für den Fonds der Metropolregion	260.000	0	0
68.02.06	680		260.000		0
893 13-6	423	Zuschüsse zur Förderung von Vorhaben im	0	0	0
68.02.06	680	experimentellen Wohnungs- und Städtebau	0		0
		1. Ausgaben bei 893 13-6 und 984 30-1 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 30-8 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 984 30-1.			
984 10-7	892	An Hst. 3696/384 16-8, investive Finanzhilfen	1.640.000	1.531.000	2.348.910
68.02.06	680	des Bundes für die Städtebauförderung	1.696.000		800.016
		1. Ausgaben bei 984 10-7, 985 13-8, 985 14-6, 985 15-4 und 985 16-2 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 10-3 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 985 13-8, 985 14-6 985 15-4 und 985 16-2.			
984 30-1	892	An Hst. 3696/384 12-5, Weiterleitung von Bundes-	0	0	0
68.02.06	680	mitteln für den exp. Wohnungs- u. Städtebau	0		0
		Siehe zu 893 13-6.			
984 31-0	892	An Hst. 3696/384 55-9, Weiterleitung von	0	0	756.548
68.02.06	680	Bundesmitten für den Investitionspakt	0		1.210.462
		Siehe zu 985 11-1.			
984 60-3	892	An Hst. 3696/384 60-5, Finanzhilfen des Bundes für	364.000	483.000	910.184
68.02.06	680	die Soziale Stadt	296.000		500.717
		1. Ausgaben bei 984 60-3 und 985 60-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen 331 60-0 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 985 60-0.			
985 11-1	891	An Kapitel 6625, Weiterleitung von Bundesmitteln	0	65.000	76.627
68.02.06	680	für den Investitionspakt	0		35.904
		1. Ausgaben bei 984 31-0 und 985 11-1 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 40-5 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 984 31-0.			
985 12-0	891	An Hst. 6625/385 08, Weiterleitung v. Bundes-	0	0	0
68.02.06	680	mitteln für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau	0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 31-6 geleistet werden.			
985 13-8	891	An Hst. 6625/385 02, Bundesfinanzhilfen für den	853.000	446.000	805.644
68.02.06	680	Stadtumbau West (regulär)	740.000		879.065
		Siehe zu 984 10-7.			

Kapitel 0696
Städtebauförderung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
985 14-6	891	An Hst. 6625/385 09, Bundesfinanzhilfen für die	82.000	114.000	-6.427
68.02.06	680	aktive Stadt- und Ortsteilzentren Siehe zu 984 10-7.	116.000		0
985 15-4	891	An Hst. 6625/385 10, Bundesfinanzhilfen für den	145.000	116.000	0
68.02.06	680	Denkmalschutz West Siehe zu 984 10-7.	124.000		0
985 16-2	891	An 6625/385 11 Bundesfinanzhilfen für	0	93.000	0
68.02.06	680	kleine Städte und Gemeinden Siehe zu 984 10-7.	0		0
985 60-0	891	An Hst. 6625/385 05, Finanzhilfen des Bundes	72.000	94.000	0
68.02.06	680	für die soziale Stadt Siehe zu 984 60-3.	61.000		106.666
Gesamtausgaben Kapitel 0696			3.691.000	2.942.000	4.891.486
			3.568.000		3.532.830
Abschluss Kapitel 0696					
Gesamteinnahmen Kapitel 0696			3.156.000	2.942.000	4.891.486
			3.033.000		3.532.830
Zuschuss/Überschuss			-535.000	0	0
			-535.000		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
0697		Wohnungswesen			
		EINNAHMEN			
111 38-7	411	Fehlbelegungsabgabe Bremen (Wohnungs-	0	0	0
68.02.06	680	fürsorgemittel)	0		0
111 40-9	411	Fehlbelegungsabgabe Bremen (Landesmittel)	0	0	142
68.02.06	680		0		310
111 41-7	411	Fehlbelegungsabgabe Bremerhaven (Landesmittel)	0	0	0
68.02.06	680		0		0
	991				
111 42-5	411	Ausgleichszahlungen und zusätzliche Lei-	40.000	45.000	65.614
68.02.06	680	stungen nach dem Wohnungsbindungsgesetz	40.000		79.115
	991				
119 97-3	233	Erstattung von überzahltem Wohngeld von	0	0	91.956
68.02.06	680	Empfängern in der Stadtgemeinde Bremerhaven	0		125.720
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 681 96-5, 681 97-3, 681 98-1 und 681 99-0.			
119 98-1	233	Erstattung von überzahltem Wohngeld von	0	0	270.280
68.02.06	680	Empfängern in der Stadtgemeinde Bremen	0		303.084
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 681 96-5, 681 97-3, 681 98-1 und 681 99-0.			
231 02-1	233	Vom Bund für Wohngeld	6.000.000	7.000.000	4.112.522
68.02.06	680		6.000.000		6.455.086
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 681 96-5, 681 97-3, 681 98-1 und 681 99-0.			
231 10-2	411	Vom Bund für Heizkostenzuschüsse	0	0	0
68.02.06	680		0		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 681 83-3 und 681 84-1.			
373 11-0	233	Globale Mehreinnahme Wohngeld aufgrund Ressort-	0	0	0
68.02.06	680	einschätzung (Deckung aus Revisionsverfahren Hartz IV-Effekten)	0		0
374 11-6	233	Globale Mindereinnahme Wohngeld	0	0	0
68.02.06	680	(Annahmen des Bundes zu Hartz IV-Effekten)	0		0
386 46-7	892	Von Hst. 3972/986 13-4, Beteiligung an der	3.068.000	3.068.000	3.068.000
68.02.06	680	Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	3.068.000		3.068.000
387 45-5	891	Von Hst. 6641/987 02, Tilgung von Darlehen	0	0	0
68.02.06	680	Von Bund, Land und LAG	0		0

Kapitel 0697
Wohnungswesen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
387 46-3	891	Von Hst. 6641/987 03, Beteiligung an der	570.000	570.000	570.000
68.02.06	680	Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	570.000		570.000
		Gesamteinnahmen Kapitel 0697	9.678.000	10.683.000	8.178.513
			9.678.000		10.601.314

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
561 10-2	831	Zinsen auf Wohnungsbau-, Modernisierungs- und	1.500.000	1.000.000	-223.656
68.02.06	680	Instandsetzungsdarlehen aus Bundesmitteln	1.500.000		6.683
	901	Gegenseitig deckungsfähig mit 581 10-3.			
564 01-2	831	An die BAB -Zinsen für Wohnraumförderung-	874.000	1.057.000	1.108.000
68.02.06	680		819.000		0
	901				
581 10-3	831	Tilgung der Wohnungsbau-, Modernisierungs- und	4.925.000	5.000.000	6.975.379
68.02.06	680	Instandsetzungsdarlehen aus Bundesmitteln	4.851.000		1.169.594
	901	Siehe zu 561 10-2.			
681 83-3	411	Heizkostenzuschuss für Empfänger von	0	0	-128
68.02.06	680	allgemeinem Wohngeld in Bremen	0		0
		1. Ausgaben bei 681 83-3 und 681 84-1 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 10-2 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 681 84-1.			
		3. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
681 84-1	411	Heizkostenzuschuss für Empfänger von	0	0	0
68.02.06	680	allgemeines Wohngeld in Bremerhaven	0		0
	991	Siehe zu 681 83-3.			
681 96-5	233	Besonderer Mietzuschuss an Sozialhilfeempfänger	0	0	0
68.02.06	680	in Bremen	0		0
		Siehe zu 681 98-1.			
681 97-3	233	Besonderer Mietzuschuss an Sozialhilfeempfänger	0	0	0
68.02.06	680	in Bremerhaven	0		0
	992	Siehe zu 681 98-1.			
681 98-1	233	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremen	8.500.000	10.000.000	8.457.029
68.02.06	680		8.500.000		9.445.794
		1. Über 6.000.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 681 96-5, 681 97-3, 681 98-1 und 681 99-0 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 119 97-3, 119 98-1 und 231 02-1 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 681 96-5, 681 97-3, 681 99-0 und 984 96-8.			
		3. Einseitig deckungsfähig zugunsten 984 97-6.			
		4. Die Mittel dürfen nicht zu Einsparungen an anderer Stelle oder zum Nachweis von Minderausgaben herangezogen werden.			
		5. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
681 99-0	233	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in	3.500.000	4.000.000	2.747.606
68.02.06	680	Bremerhaven	3.500.000		3.871.357
	991	Siehe zu 681 98-1.			
683 10-0	411	Zuschuss an die Bremer Aufbau-Bank GmbH	0	100.000	1.607.089
68.02.06	680	für Wohnraumförderung	0		5.759.524
		1. Gegenseitig deckungsfähig mit 884 10-6.			
		2. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			

Kapitel 0697
Wohnungswesen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
884 10-6	411	Zuschuss an die Bremer Aufbau-Bank GmbH	0	855.000	850.911
68.02.06	680	für Wohnraumförderung Siehe zu 683 10-0.	0		0
973 11-7	233	Globale Mehrausgabe Wohngeld aufgrund Ressort-	0	0	0
68.02.06	680	einschätzung (Deckung aus Revisionsverfahren Hartz IV-Effekten)	0		0
974 11-3	233	Globale Minderausgabe Wohngeld	0	0	0
68.02.06	680	(Annahmen des Bundes zu Hartz IV-Effekten)	0		0
984 80-1	892	An Hst. 3681/384 80-3, Weiterleitung der	0	0	0
68.02.06	680	Entlastungen beim Wohngeld aus Hartz IV-Effekten	0		0
985 10-7	891	An Hst. 6961/385 10, Weiterleitung der Entlastung	0	0	0
68.02.06	680	beim Wohngeld aus Hartz IV-Effekten	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0697			19.299.000	22.012.000	21.522.230
			19.170.000		20.252.953
Abschluss Kapitel 0697					
Gesamteinnahmen Kapitel 0697			9.678.000	10.683.000	8.178.513
			9.678.000		10.601.314
Zuschuss/Überschuss			-9.621.000	-11.329.000	-13.343.717
			-9.492.000		-9.651.639

Umwelt, Bau und Verkehr

3601	Allgemeine Bewilligungen für Umwelt
3603	Saubere Stadt
3627	Umwelt- und Hochwasserschutz
3680	Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr
3681	Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr
3682	Fachbereich Planung
3687	Amt für Straßen und Verkehr
3691	Bauamt Bremen-Nord
3696	Städtebauförderung

Kapitel 3601
Allgemeine Bewilligungen für Umwelt

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt			
		EINNAHMEN			
111 01-1	331	Verwaltungsgebühren	81.000	81.000	125.892
68.03.01	680		81.000		117.470
111 12-7	332	Umweltzone - Flottenverträge -	0	0	0
68.03.01	680		0		13.265
119 02-0	332	Einnahmen aus Altlastenauskünften	25.000	25.000	45.449
68.03.01	680		25.000		39.583
119 06-3	332	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	3.977
68.03.01	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 539 00-3.	0		4.039
272 21-0	332	Von der EU für Projekte zur nachhaltigen/umwelt-	300.000	825.000	1.740.451
68.03.01	680	freundlichen Mobilität Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-8, 531 21-5, 531 24-0 und 986 21-2.	300.000		380.477
281 11-1	332	Erstattung gebührenfähiger Kosten	650.000	650.000	647.896
68.90.01	680		650.000		647.896
282 13-4	332	Von Dritten für die Untersuchung und Sanierung von	0	0	359.695
68.03.01	680	Altlasten Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 26-6, 531 28-2, 790 13-0 und 812 01-0.	0		110.473
282 14-2	332	Von Dritten für Projekte - nachhaltige	0	0	0
68.03.01	680	Mobilität Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-8, 531 21-5, 531 24-0 und 986 21-2.	0		0
359 01-3	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	0
68.90.01	680		0		0
	900				
		Gesamteinnahmen Kapitel 3601	1.056.000	1.581.000	2.923.361
			1.056.000		1.313.204

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
531 11-8	332	Drittmittelakquisition (nachhaltige/umwelt-	10.000	10.000	9.122
68.03.01	680	freundliche Mobilität)	10.000		13.166
	924	Siehe zu 531 21-5.			
531 16-9	332	Kosten der Abfallüberwachung	20.000	20.000	20.453
68.03.01	680		20.000		1.959
531 21-5	332	Durchführung von EU-Projekten zur nachhaltigen/um-	300.000	825.000	1.276.970
68.03.01	680	weltfreundlichen Mobilität	300.000		467.020
	924	1. Über 10.000 Euro hinaus dürfen Ausgaben bei 531 11-8, 531 21-5, 531 24-0 und 986 21-2 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 21-0 und 282 14-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11-8, 531 24-0 und 986 21-2.			
531 24-0	332	Durchführung von Drittmittelprojekten zur nach-	0	0	0
68.03.01	680	haltigen/umweltfreundlichen Mobilität	0		0
		Siehe zu 531 21-5.			
531 26-6	332	Altlastenuntersuchung in der Bauleitplanung	83.000	83.000	101.182
68.03.01	680		83.000		103.747
		1. Mehrausgaben bei 531 26-6 und 531 28-2 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 13-4 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 28-2.			
531 28-2	332	Altlasten und schädliche Bodenveränderungen	50.000	50.000	288.409
68.03.01	680		50.000		94.259
		Siehe zu 531 26-6.			
539 00-3	332	Förderung des Ehrenamts und von Umweltprojekten	300.000	300.000	607.932
68.03.01	680		300.000		537.993
		1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 119 06-3 geleistet werden. 2. Über die Mittelvergabe darf nur im Einvernehmen mit der Fachdeputation auf der Basis einer Förderrichtlinie entschieden werden.			
893 10-9	332	Fördermaßnahmen zum Lärmaktionsplan	500.000	250.000	381.127
68.03.01	680		500.000		396.498
986 21-2	892	An Hst. 0680/386 35-8 für Personalkosten von	0	0	70.103
68.03.01	680	EU-Projekten zur nachhaltigen/umweltfreundlichen Mobilität	0		166.914
		Siehe zu 531 21-5.			

Kapitel 3601
Allgemeine Bewilligungen für Umwelt

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 3601	1.263.000	1.538.000	2.755.297
			1.263.000		1.781.555
Abschluss Kapitel 3601					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3601	1.056.000	1.581.000	2.923.361
			1.056.000		1.313.204
		Zuschuss/Überschuss	-207.000	43.000	168.063
			-207.000		-468.351

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3603		Saubere Stadt			
		EINNAHMEN			
282 01-8	332	Von Dritten für Maßnahmen im Rahmen des Konzeptes	0	0	0
68.03.01	680	'Saubere Stadt' Siehe zu 531 01-8.	0		0
359 01-0	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	1.162
68.03.01	680		0		239.194
	900	Siehe zu 531 01-8.			
		Gesamteinnahmen Kapitel 3603	0	0	1.162
			0		239.194

Kapitel 3603
Saubere Stadt

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
531 01-8	332	Konsumtive Sachausgaben zur Durchführung des	0	0	1.162
68.03.01	680	Konzeptes 'Saubere Stadt'	0		66.235
	924				
		1. Ausgaben bei 531 01-8, 812 01-7, 919 01-6 und 986 03-1 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 282 01-8 und 359 01-0 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 812 01-7, 919 01-6 und 986 03-1.			
		3. Die Mittel dürfen nur für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.			
812 01-7	332	Investive Sachausgaben zur Durchführung des	0	0	0
68.03.01	680	Konzeptes 'Saubere Stadt'	0		0
		Siehe zu 531 01-8.			
919 01-6	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	0
68.03.01	680		0		0
	901				
		Siehe zu 531 01-8.			
986 03-1	892	An Hst. 0680/386 03-0 für Personalkosten Konzept	0	0	0
68.03.01	680	'Saubere Stadt'	0		172.959
		Siehe zu 531 01-8.			
Gesamtausgaben Kapitel 3603			0	0	1.162
			0		239.194
Abschluss Kapitel 3603					
Gesamteinnahmen Kapitel 3603			0	0	1.162
			0		239.194
Zuschuss/Überschuss			0	0	0
			0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3627		Umwelt- und Hochwasserschutz			
		EINNAHMEN			
111 01-0	011	Verwaltungsgebühren	0	0	8.272
68.03.03	680		0		1.547
111 10-9	332	Ablösebeträge für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	0	0	0
68.03.03	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 539 10-9.	0		0
111 11-7	332	Für die Sondernutzung von Grünanlagen	0	0	0
68.03.03	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 634 02-0.	0		0
119 12-6	611	Erstattung von Auslagen nach dem Wasserrecht	0	0	0
68.03.03	680	Siehe zu 531 10-8.	0		1.526
119 14-2	332	Ersatzleistungen im Rahmen der	0	5.000	0
68.03.03	680	Baumschutzverordnung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 23-0.	0		0
119 99-1	611	Vermischte Einnahmen	0	0	0
68.03.03	680		0		0
124 03-0	811	Pachten	0	0	17.253
68.03.03	680		0		17.037
182 03-0	321	Tilgung auf Darlehen für den Bau von Gartenlauben	0	0	14.900
68.03.03	680		0		17.500
384 13-0	892	Von Hst. 0629/984 13-5 für die Erneuerung des	0	0	0
68.03.03	680	Entdeckerzentrums Siehe zu 737 32-6.	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 3627	0	5.000	40.426
			0		37.610

**Kapitel 3627
Umwelt- und Hochwasserschutz**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
518 16-0	811	Mieten und Pachten für Grundstücke	8.000	8.000	12.855
68.03.03	680		8.000		18.631
521 11-0	623	Unterhaltung der Gewässer und wasser-	11.000	11.000	2.256
68.03.03	680	wirtschaftlicher Anlagen	11.000		0
521 12-9	623	Unterhaltung der Notstandswasserversorgung	6.000	6.000	6.132
68.03.03	680		6.000		0
521 13-7	623	Betrieb und Unterhaltung der Pegelanlagen	50.000	50.000	48.152
68.03.03	680		50.000		2.177
531 10-8	332	Auslagen nach dem Wasserrecht	1.000	500	871
68.03.03	680	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 12-6 geleistet werden.	1.000		1.526
531 12-4	332	Mittel für Landschaftsplanungen	20.000	20.000	10.137
68.03.03	680	Gegenseitig deckungsfähig mit 539 03-6 und 539 12-5.	20.000		13.243
532 12-0	332	Kosten für die Einführung der getrennten	0	0	0
68.03.03	680	Abwassergebühr	0		175.897
532 18-0	811	Abbrüche von Gebäuden und Aufräumung	50.000	50.000	50.000
68.03.03	680	einschl. Folgekosten	50.000		50.000
532 25-2	625	Katastrophenabwehr bei Hochwassergefahr	1.000	1.000	1.378
68.03.03	680		1.000		421
539 03-6	332	Managementkosten für Naturschutzaufgaben	17.000	17.000	19.880
68.03.03	680	Siehe zu 531 12-4.	17.000		21.655
539 10-9	332	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	0	0	0
68.03.03	680	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 10-9 geleistet werden.	0		0
539 12-5	332	Pflege und Sicherung in Natur- und	40.000	40.000	54.650
68.03.03	680	Landschaftsschutzgebieten Siehe zu 531 12-4.	40.000		29.141
634 01-2	623	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen	1.048.000	1.034.500	1.014.960
68.03.03	680	Infrastruktur / Grün (Deichverbände)	1.068.000		995.000
634 02-0	332	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen	8.143.000	7.073.400	7.416.400
68.03.03	680	Infrastruktur / Grün (Umweltbetrieb Bremen) 1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 11-7 geleistet werden. 2. Die Planung der stadt- bzw. ortsteilbezogenen Verwendung von Anschlagsmitteln für die Einrichtung und Unterhaltung von Wegen, Plätzen und Grünflächen mit Ausnahme von Maßnahmen der Verkehrssicherung bedarf der Zustimmung des für den jeweiligen Stadt- bzw. Ortsteil zuständigen Beirats. Bei Meinungsverschiedenheiten findet die Einvernehmensregelung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter Anwendung.	6.843.000		7.560.150

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatg 2014	Anschatg 2013	IST 2012
			2015	EUR	
634 05-5	332	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen	0	0	0
68.03.03	680	Grün zur Deckung der Mehrbelastung aus der getrennten Abwassergebühr	0		47.983
682 01-7	184	An RhopaG für den Betrieb Botanika	590.000	590.000	590.000
68.03.03	680		590.000		650.000
682 10-6	645	Kosten der öffentlichen Toiletten	805.000	1.050.000	1.056.447
68.03.03	680		854.000		883.667
682 11-4	649	An den Umweltbetrieb Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen	1.558.000	1.058.000	1.257.000
68.03.03	680		1.558.000		1.572.000
684 23-0	332	Zuschüsse für Gehölzpflanzungen	25.000	25.000	25.000
68.03.03	680	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 14-2 geleistet werden.	25.000		25.000
686 10-1	332	Verpflichtungen für Stiftung Rhododendronpark	1.557.000	1.556.950	1.360.811
68.03.03	680		1.557.000		1.567.677
737 32-6	184	Kosten des Bauvorhabens Botanika	0	0	15.395
68.03.03	680	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 384 13-0 geleistet werden.	0		131.345
812 10-7	623	Erwerb von Maschinen und Geräten	5.000	5.000	4.142
68.03.03	680		5.000		6.329
884 01-9	623	Inesitive Zuweisungen an das Sondervermögen	1.454.000	1.453.000	1.477.000
68.03.03	680	Infrastruktur/ Grün (Deichverbände - Große Lösung)	1.420.000		1.504.000
884 02-7	332	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen	610.000	610.000	610.000
68.03.03	680	Infrastruktur / Grün (Umweltbetrieb Bremen) Die Planung der stadt- bzw. ortsteilbezogenen Verwendung von Anschlagsmitteln für die Einrichtung und Unterhaltung von Wegen, Plätzen und Grünflächen mit Ausnahme von Maßnahmen der Verkehrssicherung bedarf der Zustimmung des für den jeweiligen Stadt- bzw. Ortsteil zuständigen Beirats. Bei Meinungsverschiedenheiten findet die Einvernehmensregelung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter Anwendung.	610.000		555.000
894 01-4	649	An den Umweltbetrieb Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen	84.000	84.000	84.000
68.03.03	680		84.000		84.000
Gesamtausgaben Kapitel 3627			16.083.000	14.743.350	15.117.465
			14.818.000		15.894.842
Abschluss Kapitel 3627					
Gesamteinnahmen Kapitel 3627			0	5.000	40.426
			0		37.610
Zuschuss/Überschuss			-16.083.000	-14.738.350	-15.077.040
			-14.818.000		-15.857.232

Kapitel 3680
Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3680					
Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr					
EINNAHMEN					
384 01-0	892	Von Hst. 0680/984 01-8 für die Wahrnehmung	4.650.352	4.997.680	4.997.680
68.90.01	680	von Landesaufgaben	4.650.352		2.351.310
Gesamteinnahmen Kapitel 3680			4.650.352	4.997.680	4.997.680
			4.650.352		2.351.310

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
986 01-0	892	An Hst. 0680/386 01-3 für die Wahrnehmung von	16.096.490	16.097.490	16.097.490
68.90.01	680	Gemeindeaufgaben	16.096.490		16.925.120
		Gesamtausgaben Kapitel 3680	16.096.490	16.097.490	16.097.490
			16.096.490		16.925.120
Abschluss Kapitel 3680					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3680	4.650.352	4.997.680	4.997.680
			4.650.352		2.351.310
		Zuschuss/Überschuss	-11.446.138	-11.099.810	-11.099.810
			-11.446.138		-14.573.810

Kapitel 3681
Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3681 Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr					
EINNAHMEN					
111 01-7	011	Verwaltungsgebühren	45.000	45.000	43.738
68.90.01	680		45.000		58.758
112 01-3	011	Geldbußen, Zwangs- und Erzwingungsgelder	5.000	5.000	7.179
68.90.01	680		5.000		10.983
124 02-0	012	Einnahmen aus Grundstücken	0	0	0
68.90.01	680		0		0
124 10-0	651	Entgelte und Pachten aus Werbeanlagen	3.900.000	3.900.000	1.950.000
68.90.01	680		3.900.000		4.641.047
231 13-6	018	Erstattung von Versorgungslasten vom Bund nach dem	0	0	28.770
68.01.02	687	Bremischen Ruhelohngesetz	0		28.534
	925	Siehe zu 436 11-0.			
341 25-0	043	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im	180.000	180.000	321.004
68.90.01	680	Bereich der Abteilung Bauordnung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 25-0.	180.000		330.668
341 26-8	043	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im	20.000	20.000	48.400
68.90.01	680	Bereich des Bauamtes Bremen -Nord	20.000		46.300
	691	Zeckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 25-0.			
359 01-9	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	0
68.90.01	680		0		0
	900				
359 02-7	851	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für	0	0	0
68.90.01	680	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		69.769
	900				
359 03-5	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	8.323.434
68.90.01	680		0		5.407.650
	900				
359 10-8	851	Entnahme aus der Rücklage 'Schaffung von Garagen	0	0	0
68.90.01	680	und Einstellplätzen'	0		0
	900				
359 11-6	423	Entnahme aus der Rücklage Entwicklungsagentur West	0	0	0
68.02.05	680		0		0
384 80-3	892	Von Hst. 0697/984 80-1, Einnahmen aus der	0	0	0
68.02.06	680	Entlastung beim Wohngeld aus Hartz IV-Effekten	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 3681			4.150.000	4.150.000	10.722.525
			4.150.000		10.593.710

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 09-8	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	48.500	48.500	0
68.90.01	680		48.500		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
435 11-4	018	Versorgungsbezüge der Angestellten, soweit	0	0	0
68.01.02	687	Erstattung durch den Bund	0		0
	925	Siehe zu 436 11-0.			
436 11-0	018	Versorgungsbezüge nach dem Bremischen Ruhelohn-	15.400	15.400	28.770
68.01.02	687	gesetz, soweit Erstattung durch den Bund	15.400		28.534
	925	1. Mehrausgaben bei 436 11-0 und Ausgaben bei 435 11-4 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 231 13-6 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 435 11-4.			
441 01-7	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	63.930	105.410	0
68.90.01	680	und dgl.	65.880		1.378
	928				
518 50-8	195	Miet- und Pachtzahlungen an das	208.000	241.000	178.145
68.90.01	680	Sondervermögen Immobilien und Technik	208.000		229.550
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen bis zur Höhe von 100.000 EUR sind mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen und darüber hinaus nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
519 16-4	195	Zentrale Unterhaltung der Denkmäler, Standbilder	0	0	0
68.90.01	680	u.a.	0		0
526 02-0	011	Kosten für Sachverständige	50.000	15.000	31.030
68.90.01	680		50.000		26.150
531 01-6	011	Kosten für Veröffentlichungen	40.000	20.000	40.643
68.90.01	680		40.000		70.533
531 25-3	011	Kosten im Zusammenhang mit dem Beteiligungs-	0	0	0
68.90.01	680	management	0		0
531 30-0	011	Neuvergabe der Werberechte	0	0	0
68.90.01	680		0		20.995
532 05-5	729	Verkehrskonzepte	200.000	234.000	164.684
68.01.01	680		150.000		47.865
532 11-0	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	0	0	0
68.90.01	680	(Eigenbetriebe und Bauamt Bremen-Nord)	0		0
	925				
532 20-9	422	Planungskosten für Einzelaufgaben	240.000	15.000	87.902
68.90.01	680		240.000		30.000
532 26-8	011	Kosten für die Steuerung der BSAG	0	0	0
68.01.01	680		0		0

Kapitel 3681
Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
532 61-6	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	51.000	53.780	57.095
68.90.01	680		50.000		56.812
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 62-4	012	Entgelte für Bürgertelefon Bremen (BTB) im SCBau	24.000	0	0
68.02.05	680		24.000		0
532 72-1	419	An die Bremer Aufbau-Bank GmbH, Vergütung für	0	61.000	60.000
68.02.06	680	die Durchführung der Wohnraumförderung Gegenseitig deckungsfähig mit 888 10-0.	0		47.588
532 78-0	016	Entgelte für Dienstleistungen im Bauwesen	0	0	0
68.90.01	680		0		1.203
634 11-7	811	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen	400.000	750.000	750.000
68.90.01	680	Infrastruktur/Wohnungsbau	400.000		600.000
671 14-4	741	Erstattung an BVG im Rahmen des Verlustausgleichs	0	0	0
68.01.01	680	zur Förderung von Niederflurtechnik Siehe zu 682 26-0.	0		0
682 10-3	741	Pilotprojekt "Eine Stadt - ein Tarif"	440.000	200.000	0
68.01.01	680		400.000		0
682 15-4	741	Zuschüsse an die BSAG für das Stadtticket	1.375.000	300.000	0
68.01.01	680		1.390.000		0
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
682 20-0	741	Zuschuss an den Zweckverband VBN	650.000	713.000	641.431
68.01.01	680		650.000		712.503
682 22-7	741	Kostenerstattung an die BSAG gemäß Straßenbe-	3.000	3.000	2.750
68.01.01	680	nutzungsvertrag	3.000		2.750
682 26-0	741	Verlust der BSAG (Betriebsergebnis und Kapital-	42.382.000	43.866.000	0
68.01.01	680	dienst - Zinsen - für Fahrzeuge) Einseitig deckungsfähig zugunsten 980 26-0.	42.445.000		0
682 30-8	741	Ersatz von Zinsaufwendungen der Bremer	104.000	104.000	104.048
68.01.01	680	Straßenbahn AG	104.000		104.048
683 10-0	419	Zuschuss an die Bremer Aufbau-Bank GmbH	0	0	0
68.02.06	680	für Wohnraumförderung Gegenseitig deckungsfähig mit 884 10-5.	0		430.000
684 10-6	725	Zuschüsse zur Förderung einer Radfahrer-	25.000	25.000	25.000
68.01.01	680	freundlichen Verkehrsinfrastruktur	25.000		25.000

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
684 20-3	423	Zuschüsse an Dritte für das Projekt	45.000	0	0
68.02.06	680	"Barrierefreies Wohnen" Gegenseitig deckungsfähig mit 986 20-6.	45.000		0
685 02-1	422	Mitgliederbeiträge	7.000	7.000	6.522
68.90.01	680		7.000		6.335
884 01-6	811	Zuweisungen für Investitionen a. d. Sondervermögen	750.000	841.000	1.546.423
68.90.01	680	Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstücke)	750.000		1.663.577
884 10-5	419	Zuschuss an die Bremer Aufbau-Bank GmbH	0	459.000	441.000
68.02.06	680	für Wohnraumförderung Siehe zu 683 10-0.	0		300.000
888 10-0	419	An die Bremer Aufbau-Bank GmbH, Vergütung für	0	12.000	12.000
68.02.06	680	die Durchführung der Wohnraumförderung Siehe zu 532 72-1.	0		0
891 25-0	729	Zuweisung an Trägergesellschaften für	200.000	200.000	330.000
68.90.01	680	Garagenbauten Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 25-0 und 341 26-8 geleistet werden.	200.000		380.000
891 26-8	741	Verlust der Bremer Straßenbahn AG	11.732.000	11.732.000	0
68.01.01	680	(Kapitaldienst - Tilgung - für Fahrzeuge) Einseitig deckungsfähig zugunsten 980 27-9.	11.732.000		0
891 27-6	741	Vorlaufkosten Neubeschaffung Straßenbahnen	0	0	0
68.01.01	680	Einseitig deckungsfähig zugunsten 980 27-9	250.000		0
919 01-4	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	100.609
68.90.01	680		0		971.941
	900				
919 02-2	851	Zuführung an die zweckgebundene Rücklage für	0	0	0
68.90.01	680	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		0
	900				
919 03-0	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	8.996.065
68.90.01	680		0		8.323.434
	900				
919 10-3	851	Zuführung an die Rücklage 'Schaffung von Garagen	0	0	0
68.90.01	680	und Einstellplätzen'	0		0
	900				
919 11-1	423	Zuführung an die Rücklage Entwicklungsagentur West	0	0	410.000
68.02.05	680		0		0
980 10-4	892	An Hst. 3754/380 10-0 für die Weiterentwicklung	0	0	11.000
68.90.01	680	des barrierefreien Stadtführers	0		0

Kapitel 3681
Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
980 26-0	892	An Hst.3986/380 26-3, Verlust der Bremer	0	0	41.717.298
68.01.01	680	Straßenbahn AG (konsumtiv) Siehe zu 682 26-0.	0		38.672.303
980 27-9	892	An Hst. 3986/380 27-1, Verlust der Bremer Straßen-	0	0	11.732.000
68.01.01	680	bahn AG (investiv) Siehe zu 891 26-8.	0		11.732.000
980 28-7	892	An Hst. 3986/38028-0 für Ansprüche der BSAG aus	0	0	3.283.233
68.01.01	680	ÖDLA und ATZ Siehe zu 682 26-0.	0		0
986 20-0	423	An andere Kapitel für das Projekt	0	0	0
68.02.06	680	"Barrierefreies Wohnen" Siehe 684 20-3.	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 3681			59.053.830	60.021.090	70.757.648
			59.292.780		64.484.497
Abschluss Kapitel 3681					
Gesamteinnahmen Kapitel 3681			4.150.000	4.150.000	10.722.525
			4.150.000		10.593.710
Zuschuss/Überschuss			-54.903.830	-55.871.090	-60.035.123
			-55.142.780		-53.890.788

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3682 Fachbereich Planung					
EINNAHMEN					
111 01-0	423	Verwaltungsgebühren	5.000.000	4.500.000	6.423.483
68.02.05	680		5.500.000		4.480.908
111 10-0	423	Für Sondernutzungen von Straßen	210.000	211.000	156.759
68.02.05	680		210.000		176.027
112 01-7	423	Geldbußen (einschl. der damit zusammenhängenden	40.000	40.000	34.677
68.02.05	680	Gerichts- und Verwaltungskosten)	40.000		8.304
119 10-0	423	Erstattung von Ersatzvornahmekosten	2.000	2.000	804
68.02.05	680	Siehe zu 532 21-0.	2.000		0
119 11-9	423	Erstattung der Kosten für Sachverständigen-	0	0	0
68.02.05	680	gutachten Siehe zu 526 15-6.	0		0
119 13-5	423	Erstattung für Planungsleistungen (von Dritten)	0	0	0
68.02.05	680	Siehe zu 532 13-0.	0		0
119 15-1	423	Von Dritten für Bekanntmachungen	0	0	500
68.02.05	680	Zweckgebunden zur Deckung bei 531 01-0.	0		530
119 16-0	423	Einnahmen aus dem Verkauf von Bauleitplänen	14.000	13.000	16.128
68.02.05	680		14.000		12.792
231 10-5	422	Zuschüsse vom Bund für Maßnahmen der	0	0	0
68.02.05	680	Metropolregion Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-7.	0		0
231 15-6	422	Zuschüsse vom Bund für Maßnahmen der Stadtent-	0	50.000	0
68.02.05	680	wicklung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 10-5.	0		50.220
233 10-8	422	Zuschüsse von Gemeinden für Maßnahmen der	0	0	0
68.02.05	680	Metropolregion Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-7.	0		0
237 10-3	422	Zuschüsse aus dem Förderfonds der Länder	0	200.000	218.500
68.02.05	680	Bremen und Niedersachsen (Metropolregion) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-7.	0		463.812
272 11-1	422	Sonstige Zuschüsse von der EU für die Durchführung	0	0	0
68.02.05	680	von Projekten der Metropolregion Bremen/Niedersachsen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-7.	0		0
282 01-0	422	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland für Maßnahmen	0	0	0
68.02.05	680	Stadtentwicklungsplanung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 10-5.	0		3.124

Kapitel 3682
Fachbereich Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
282 11-7	422	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland für die Durch-	0	0	16.740
68.02.05	680	führung von Projekten der Metropolregion Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-7.	0		0
380 16-0	892	Von anderen Kapiteln für Planungsaufgaben	0	0	25.000
68.02.05	680	Siehe zu 532 13-0.	0		0
384 01-7	892	Von Hst. 0628/984 01-8 zur Verbesserung der Gewäs-	0	0	63.302
68.02.05	680	sergüte in Kleingartengebieten Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 41-5.	0		29.489
Gesamteinnahmen Kapitel 3682			5.266.000	5.016.000	6.955.893
			5.766.000		5.225.206

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
526 15-6	423	Honorare für statische Prüfungen von	0	0	0
68.02.05	680	genehmigungspflichtigen Bauvorhaben Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 11-9 geleistet werden.	0		0
531 01-0	043	Kosten für Bekanntmachungen	0	0	312
68.02.05	680	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 119 15-1 geleistet werden.	0		530
531 11-7	422	Durchführung von Projekten der Metropolregion	0	200.000	246.944
68.02.05	680		0		528.689
	924	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 10-5, 233 10-8, 237 10-3, 272 11-1 und 282 11-7 geleistet werden.			
532 01-6	422	Marktüberwachung von Bauprodukten	100.000	150.000	0
68.02.05	680		100.000		0
532 10-5	422	Kosten für die Stadtentwicklungsplanung	0	50.000	123.449
68.02.05	680		0		178.214
	924	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 15-6 und 282 01-0 geleistet werden.			
532 13-0	423	Planungskosten für Einzelaufgaben	250.000	200.000	154.236
68.02.05	680		167.000		82.583
	924	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 13-5, 282 10-9 und 380 16-0 geleistet werden.			
532 14-8	423	An Dritte für die Erstellung von Bebauungsplänen	0	0	0
68.02.05	680		0		0
532 21-0	043	Ersatzvornahmen	20.000	20.000	1.190
68.02.05	680	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 119 10-0 geleistet werden.	20.000		2.700
685 01-7	423	Kosten der Entwicklungsagentur West	0	0	0
68.02.05	680		0		0
685 02-5	422	Mitgliedsbeitrag Kommunalverbund Bremen /	0	200.000	187.892
68.02.05	680	Niedersachsen	0		140.100
725 20-5	422	Durchführung des Projekts "Grüner Ring"	0	0	0
68.02.05	680	Region Bremen Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 233 20-5, 237 20-0 und 346 01-8 geleistet werden.	0		18.119
812 10-8	012	Digitalisierung des Bauaktenarchivs	750.000	0	0
68.02.05	680	1. Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem §24 Abs.2 LHO. 2. Die haushaltsgesetzliche gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.	500.000		0

Kapitel 3682
Fachbereich Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
891 41-5	423	Aufwendungen für die Bereinigung von Kleingarten-	200.000	50.000	355.741
68.02.05	680	gebieten in Bremen	200.000		273.150
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 01-7 geleistet werden. Verpflichtungsermächtigung:			
		2014	2015		
		Anschlag: 200.000 EUR	Anschlag: 200.000 EUR		
		Abdeckung:	Abdeckung:		
		2015 200.000 EUR	2016 200.000 EUR		
		2016 0 EUR	2017 0 EUR		
		2017 0 EUR	2018 0 EUR		
		2018ff 0 EUR	2019ff 0 EUR		
		Gesamtausgaben Kapitel 3682	1.320.000	870.000	1.069.763
			987.000		1.224.084
		Abschluss Kapitel 3682			
		Gesamteinnahmen Kapitel 3682	5.266.000	5.016.000	6.955.893
			5.766.000		5.225.206
		Zuschuss/Überschuss	3.946.000	4.146.000	5.886.129
			4.779.000		4.001.122

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3687 Amt für Straßen und Verkehr					
EINNAHMEN					
111 01-9	711	Verwaltungsgebühren	300.000	490.000	279.310
68.01.02	687		300.000		238.822
111 18-3	729	Gebühren im Zusammenhang mit der Umweltzone	50.000	0	75.015
68.01.02	687		50.000		168.267
111 20-5	729	Gebühren für Parkausweise 'Anwohnerparken'	150.000	150.000	144.976
68.01.02	687		150.000		144.512
111 25-6	043	Gebühren für Regelung nach der STVO	600.000	500.000	673.651
68.01.02	687		600.000		510.702
111 43-4	729	Einnahmen aus dem Betrieb von Parkuhren	2.200.000	2.200.000	2.275.680
68.01.02	687	<i>Die Bewirtschaftung der Parkscheinautomaten obliegt seit dem 01.07.1993 einer bremischen Eigengesellschaft. Die von der Gesellschaft zu erzielenden Einnahmen wurden bisher nach Abzug ihrer Aufwendungen (Unterhaltungsmaßnahmen und Vergütungen) an das Amt für Straßen und Verkehr abgeführt. Ab HH-Jahr 2012 werden die erzielten Einnahmen in vollem Umfang an das Amt für Straßen und Verkehr abgeführt und die Eigengesellschaft stellt ihre Aufwendungen dem Amt in Rechnung (siehe auch 521 10-1).</i>	2.200.000		1.806.554
119 11-7	725	Kostenersatz für Markierung und für die Beseitigung von Schäden	160.000	160.000	96.704
68.01.02	687	Siehe zu 634 10-0.	160.000		113.298
119 20-6	725	Einnahmen aus Minderungen als Folge nicht ordnungsgemäßer Bauausführung	0	0	0
68.01.02	687	Siehe zu 634 10-0.	0		0
119 25-7	711	Von Dritten für Verdingungsunterlagen	10.000	25.000	5.374
68.01.02	687		10.000		3.280
119 99-0	711	Vermischte Einnahmen	30.000	40.000	25.430
68.01.02	687		30.000		44.652
125 10-9	711	Erträge der Lagerverwaltung	0	10.000	0
68.01.02	687		0		0
125 40-0	725	Materialabgabe	200.000	200.000	144.008
68.01.02	687	Siehe zu 521 40-3.	200.000		98.756
231 13-8	721	Erstattung von Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den Bund für die A 281	600.000	600.000	0
68.01.02	687	Siehe zu 428 13-6.	600.000		0
231 51-0	721	Erstattung von Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den Bund für Bundesfernstraßen	1.500.000	1.400.000	1.232.253
68.01.02	687	Siehe zu 428 51-9.	1.500.000		1.297.034
236 02-4	711	Erstattung von Krankenkassen nach dem Aufwendungs-	0	0	10.762
68.01.02	687	ausgleichsgesetz	0		11.595

Kapitel 3687
Amt für Straßen und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
261 01-0	711	Erstattung von Entgelten der Arbeitnehmerinnen und	0	0	318.546
68.01.02	687	Arbeitnehmer durch Dritte Siehe zu 428 75-6.	0		122.389
261 75-4	711	Erstattung von Entgelten der Arbeitnehmerinnen und	0	0	177.620
68.01.02	687	und Arbeitnehmer durch die CTB Siehe zu 428 75-6.	0		332.941
272 10-1	725	Von der EU für die Projekte VIKING / VIVALDI	0	0	0
68.01.02	687	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 10-7.	0		0
341 20-0	725	Beiträge für Straßenanlagen einschließlich	600.000	600.000	1.132.707
68.01.02	687	Zinsen Siehe zu 884 10-7.	600.000		1.403.349
341 21-9	725	Vorausleistungen von Anliegern auf	400.000	400.000	17.748
68.01.02	687	Erschließungskosten Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 884 10-7.	400.000		104.985
384 13-9	892	Von Hst. 0687/984 15-3, Erstattung von	0	0	599.243
68.01.02	687	Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch den Bund für die A 281 Siehe zu 428 13-6.	0		559.464
Gesamteinnahmen Kapitel 3687			6.800.000	6.775.000	7.209.026
			6.800.000		6.960.601

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 01-4	711	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	2.068.280	2.171.770	2.058.923
68.01.02	687		2.021.830		2.107.543
	925				
422 21-9	741	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	57.440	78.120	73.004
68.01.02	687	(ÖPNV-Finanzhilfen)	55.230		74.623
	925				
422 22-7	711	Bezüge der planmäßigen Beamten - Umweltzone -	0	0	71.159
68.01.02	687		0		59.244
	925				
422 76-6	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	0	0	0
68.01.02	687	-AIP-	0		85.236
	925				
422 77-4	711	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
68.01.02	687	(Altersteilzeit)	0		0
	925				
428 01-2	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.788.930	8.639.430	9.148.466
68.01.02	687		8.659.540		8.652.349
	925				
428 13-6	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	600.000	600.000	641.306
68.01.02	687	aus Erstattungen des Bundes für die A 281	600.000		567.480
	925				
		Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 231 13-8 und 384 13-9 geleistet werden.			
428 51-9	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.400.000	1.400.000	1.287.553
68.01.02	687	aus Erstattungen des Bundes für die	1.400.000		1.341.202
	925	Bundesfernstraßen			
		Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 231 51-0 geleistet werden.			
428 75-6	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	377.077
68.01.02	687	(refinanziert)	0		485.913
	925				
		Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 261 01-0 und 261 75-4 geleistet werden.			
428 76-4	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.01.02	687	-AIP-	0		401.416
	925				
428 92-6	721	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,	147.930	147.930	150.098
68.01.02	687	Sondermittel A 281	147.930		135.558
	925				
428 93-4	711	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.01.02	687	(Altersteilzeit)	0		0
	925				

Kapitel 3687
Amt für Straßen und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
441 01-9	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	106.720	133.490	118.778
68.01.02	687 928	und dgl.	109.970		97.774
441 02-7	711	Beihilfen der planmäßigen Beamten - Umweltzone -	0	0	0
68.01.02	687 928		0		3.764
443 10-0	711	Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen	5.370	5.000	5.615
68.01.02	687		5.370		3.865
511 00-9	711	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Aus-	260.000	300.000	259.987
68.01.02	687	stattungs-/Ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände	290.000		284.735
514 00-8	711	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	150.000	200.000	155.809
68.01.02	687		170.000		208.334
517 00-7	711	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	350.000	350.000	342.419
68.01.02	687		350.000		374.497
518 01-1	711	Mieten und Pachten für Grundstücke	550.000	570.000	578.652
68.01.02	687		550.000		575.537
518 50-0	711	Miet- und Pachtzahlungen an das	180.000	120.000	166.444
68.01.02	687	Sondervermögen Immobilien und Technik	180.000		105.798
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen bis zur Höhe von 100.000 EUR sind mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen und darüber hinaus nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
519 10-7	711	Kleine Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden	10.000	10.000	15.103
68.01.02	687		10.000		13.854
521 10-1	725	Unterhaltung und Betrieb der Parkuhren und	530.000	600.000	532.424
68.01.02	687	Parkscheinautomaten	530.000		0
521 20-9	726	Öffentliche Beleuchtung - Unterhaltung u. Bedie-	0	0	0
68.01.02	687	nung der Straßenleuchten	0		0
521 40-3	711	Beschaffung von Material	200.000	200.000	159.534
68.01.02	687		200.000		127.211
		1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 125 40-0 geleistet werden.			
		2. Am Ende des Jahres ist der Inventurwert des Lagers als abzusetzende Einnahme zu behandeln und auf das neue Haushaltsjahr als Ausgabe zu übernehmen.			
525 00-0	711	Aus- und Fortbildung	30.000	30.000	24.122
68.01.02	687 924		30.000		22.295
526 00-6	711	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	90.000	10.000	87.903
68.01.02	687		90.000		81.435
527 00-2	711	Dienstreisen	47.000	47.000	45.719
68.01.02	687 924		47.000		45.895

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
531 03-4	711	Inventarversicherung	10.000	10.000	9.094
68.01.02	687		10.000		10.666
531 10-7	725	Ausgaben für die Projekte VIKING / VIVALDI	0	0	0
68.01.02	687	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 10-1 geleistet werden.	0		0
531 11-5	711	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
68.01.02	687		0		0
532 55-3	711	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	0	0
68.01.02	687	leistungen (Innenreinigung)	0		119.765
532 75-8	711	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	143.000	143.570	81.922
68.01.02	687		143.000		97.244
539 20-5	711	Organisationsgutachten zur Einführung der Neuen	0	0	14.592
68.01.02	687	Steuerungsmodelle (NSM)	0		19.665
539 99-0	711	Vermischte Verwaltungsausgaben	4.000	4.000	11.587
68.01.02	687		4.000		8.872
564 11-0	831	Zinsen für Projekt "Ansteuerung Lichtsignalanlagen	0	0	26.000
68.01.02	687	durch Busse"	0		0
634 10-0	813	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen	47.320.000	46.764.000	46.250.000
68.01.02	687	Infrastruktur / Verkehr (ASV)	47.812.000		47.250.000
		Für 2014: Über 47.160.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der Einnahmen bei 119 11-7 und 119 20-6 geleistet werden.			
		Für 2015: Über 47.652.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der Einnahmen bei 119 11-7 und 119 20-6 geleistet werden.			
634 97-6	711	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	21.350
68.01.02	687	für refinanzierte Beamte - Umweltzone -	0		17.770
686 00-3	711	Mitgliedsbeiträge	4.000	4.000	4.152
68.01.02	687		4.000		4.302
700 06-5	711	Kleine Umbauten und Instandsetzungen	50.000	50.000	26.599
68.01.02	687		50.000		130.597
719 01-7	711	Herstellung von Fernmeldeanlagen	3.000	3.000	0
68.01.02	687		3.000		0
730 18-5	729	Einrichtung Umweltzone	0	0	0
68.01.02	687		0		1.586
790 21-8	729	Maßnahmen im Rahmen des Programms für Innenstadt	0	0	0
68.01.02	687	und Stadtteilzentren	0		0
811 10-0	711	Erwerb von Fahrzeugen	50.000	50.000	63.928
68.01.02	687		50.000		60.377

Kapitel 3687
Amt für Straßen und Verkehr

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
812 01-7	711	Erwerb von Büromaschinen	10.000	10.000	2.022
68.01.02	687		10.000		0
812 02-5	711	Erwerb von Inventar	40.000	40.000	11.613
68.01.02	687		40.000		75.256
812 05-0	711	Erwerb von ADV-Geräten	0	0	619
68.01.02	687	(einschließlich Arbeitsplatzausstattungen)	0		390
812 10-6	711	Erwerb von Maschinen und Geräten	50.000	50.000	4.891
68.01.02	687		50.000		63.849
884 10-7	711	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen	16.727.000	18.614.000	20.376.000
68.01.02	687	Infrastruktur/ Verkehr (ASV)	15.224.000		16.800.000
		Für 2014: Über 15.727.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der Einnahmen bei 341 20-0 sowie der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 21-9 geleistet werden.			
		Für 2015: Über 14.224.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der Einnahmen bei 341 20-0 sowie der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 21-9 geleistet werden.			
		Verpflichtungsermächtigung:			
			2014	2015	
		Anschlag:	30.000.000 EUR	Anschlag:	20.000.000 EUR
		Abdeckung:		Abdeckung:	
		2015	20.000.000 EUR	2016	10.000.000 EUR
		2016	10.000.000 EUR	2017	10.000.000 EUR
		2017	0 EUR	2018	0 EUR
		2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR
884 11-5	711	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen	2.390.000	2.410.000	4.574.000
68.01.02	687	Infrastruktur/ Verkehr ("BgA")	2.210.000		11.059.800
		Verpflichtungsermächtigung:			
			2014	2015	
		Anschlag:	20.000.000 EUR	Anschlag:	20.000.000 EUR
		Abdeckung:		Abdeckung:	
		2015	10.000.000 EUR	2016	10.000.000 EUR
		2016	10.000.000 EUR	2017	10.000.000 EUR
		2017	0 EUR	2018	0 EUR
		2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR
884 12-3	711	Außerordentliche investive Zuweisung an das	0	0	0
68.01.02	687	Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV)	0		4.400.000
919 00-8	851	Rücklage für Versorgungsvorsorge für refinanzierte	0	0	0
68.01.02	687	Beamte - Umweltzone - <i>Verlagert nach 634 97-6.</i>	0		0
980 41-6	892	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im	0	0	6.840
68.01.02	687	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		6.840
986 07-4	892	An Hst. 0987/386 05-3 für konsumtive Mieten aus	0	0	0
68.01.02	687	Verwaltungsgrundvermögen	0		0
986 08-2	892	An Hst. 0987/386 06-1 für investive Mieten aus	0	0	0
68.01.02	687	Verwaltungsgrundvermögen	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 3687	82.372.670	83.765.310	87.785.304
			81.056.870		95.982.538
Abschluss Kapitel 3687					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3687	6.800.000	6.775.000	7.209.026
			6.800.000		6.960.601
		Zuschuss/Überschuss	-75.572.670	-76.990.310	-80.576.278
			-74.256.870		-89.021.937

Kapitel 3691
Bauamt Bremen-Nord

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3691 Bauamt Bremen-Nord					
EINNAHMEN					
111 01-5	012	Verwaltungsgebühren	365.000	365.000	370.698
68.02.07	691		365.000		479.808
111 10-4	012	Für Sondernutzung von Straßen	8.000	8.000	7.470
68.02.07	691		8.000		7.343
111 13-9	012	Verwaltungsgebühren des Planservice	2.000	2.000	3.697
68.02.07	691		2.000		2.285
112 01-1	012	Geldbußen	1.000	1.000	500
68.02.07	691		1.000		0
119 00-8	012	Sonstige Einnahmen	1.000	1.000	26
68.02.07	691		1.000		0
119 10-5	012	Erstattung von Ersatzvornahmekosten einschl.	0	0	0
68.02.07	691	Verwaltungskostenanteile Siehe zu 532 21-5.	0		0
119 14-8	012	Von Dritten für fachplanerische Zuarbeit	0	0	0
68.02.07	691	Siehe zu 532 14-2	0		0
119 15-6	012	Vorausleistungen für statische Prüfungen	0	0	0
68.02.07	691	genehmigungspflichtiger Bauvorhaben Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 526 02-9.	0		329
119 99-7	012	Vermischte Einnahmen	0	0	0
68.02.07	691	Siehe zu 539 99-6.	0		0
124 02-8	012	Einnahmen aus Grundstücken	0	12.000	11.238
68.02.07	691		0		11.238
236 02-0	012	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	0
68.02.07	691	Aufwendungsausgleichsgesetz 925	0		0
380 10-5	892	Von anderen Kapiteln für Planungsaufgaben	0	0	0
68.02.07	691	Siehe zu 532 14-2.	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 3691			377.000	389.000	393.628
			377.000		501.003

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
422 01-0	012	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	331.490	294.870	319.165
68.02.07	691		327.850		266.005
427 01-2	012	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	9.710	12.000	8.066
68.02.07	691	Tätige	9.710		8.070
428 01-9	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.206.110	1.187.370	1.200.537
68.02.07	691		1.195.380		1.054.316
	925				
428 02-7	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.02.07	691	(Altersteilzeit)	0		59.114
	925				
428 76-0	012	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
68.02.07	691	-AIP-	0		72.020
	925				
441 01-5	841	Beihilfen soweit nicht Versorgungsempfänger	5.600	23.940	5.556
68.02.07	691		5.770		2.509
	928				
443 07-7	841	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	750	730	339
68.02.07	691	Verordnungen - Einsatz von ADV-Anlagen	750		330
443 09-3	841	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	60	100	0
68.02.07	691		60		0
511 00-5	012	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstat-	17.000	16.000	16.171
68.02.07	691	tungs-/ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände	17.000		28.964
		Einnahmen fließen den Mitteln zu.			
514 00-4	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen	0	0	150
68.02.07	691		0		0
517 00-3	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	0	67.000	53.145
68.02.07	691	Räume	0		88.458
518 02-6	012	Mieten für Maschinen und Geräte	0	5.000	4.051
68.02.07	691		0		4.051
518 03-4	012	Mieten für Fahrzeuge	0	0	0
68.02.07	691		0		0
525 00-6	012	Aus- und Fortbildung	5.000	2.000	1.384
68.02.07	691		5.000		1.185
	924				
526 00-2	423	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2.500	2.500	0
68.02.07	691		2.500		2.134

Kapitel 3691
Bauamt Bremen-Nord

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
526 02-9	423	Honorar für statische Prüfungen von genehmigungs-	0	0	0
68.02.07	691	pflichtigen Bauvorhaben Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 119 15-6 geleistet werden.	0		0
527 00-9	012	Dienstreisen	6.000	9.000	3.027
68.02.07	691		6.000		3.126
	924				
531 10-3	423	Kosten für Öffentlichkeitsarbeit	1.000	1.000	0
68.02.07	691		1.000		0
532 14-2	423	Planungskosten für Einzelaufgaben	63.000	21.500	28.842
68.02.07	691	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 14-8 und 380 10-5 geleistet werden.	37.000		4.195
532 19-3	423	Kosten für die Stilllegung von Bauvorhaben sowie	0	0	0
68.02.07	691	zur Feststellung von Einsturzgefahren	0		0
532 21-5	423	Ersatzvornahmen	0	1.000	179
68.02.07	691	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 10-5 geleistet werden.	0		268
532 70-3	012	An Performa Nord für Leistungen des Servicecenter	500	0	0
68.02.07	691	Dienstreisen	500		0
532 72-0	012	Entgelte für Postdienstleistungen (Botenzentrale)	4.000	4.000	3.976
68.02.07	691		4.000		3.006
532 75-4	012	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	0	12.730	11.922
68.02.07	691		0		15.385
532 77-0	421	Entgelte für Dienstleistungen im Kataster- und	12.000	12.000	2.356
68.02.07	691	Vermessungswesen	12.000		1.585
532 78-9	423	Entgelte für Dienstleistungen im Bauwesen	1.000	1.000	0
68.02.07	691		1.000		0
539 99-6	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	3.000	3.000	255
68.02.07	691	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 99-7 geleistet werden.	3.000		3.419
700 05-3	012	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	1.000	1.000	691
68.02.07	691	Instandsetzungen	1.000		0
719 01-3	012	Herstellung von Fernmeldeanlagen	0	0	0
68.02.07	691		0		0
790 01-0	422	Umbau des BWK-Geländes (Bremer Woll-Kämmerei)	0	900.000	0
68.02.07	691		0		0
812 02-1	012	Erwerb von Inventar	7.900	7.900	54.755
68.02.07	691		7.900		39.345
812 05-6	012	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatz-	0	0	0
68.02.07	691	ausstattungen)	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
980 41-2	892	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im	0	1.580	1.260
68.02.07	691	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		1.080
Gesamtausgaben Kapitel 3691			1.677.620	2.587.220	1.715.826
			1.637.420		1.658.566
Abschluss Kapitel 3691					
Gesamteinnahmen Kapitel 3691			377.000	389.000	393.628
			377.000		501.003
Zuschuss/Überschuss			-1.300.620	-2.198.220	-1.322.198
			-1.260.420		-1.157.562

**Kapitel 3696
Städtebauförderung**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
3696		Städtebauförderung			
		EINNAHMEN			
231 10-8	422	Zuschüsse vom Bund für Maßnahmen der	0	0	0
68.02.06	680	Metropolregion Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-0.	0		0
231 15-9	422	Zuschüsse vom Bund für Maßnahmen der	50.000	0	0
68.02.06	680	Stadtentwicklung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 10-8.	50.000		0
233 10-0	422	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeinde-	0	0	0
68.02.06	680	verbänden (Metropolregion) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-0.	0		0
237 10-6	422	Zuschüsse aus dem Förderfonds der Länder Bremen	200.000	0	0
68.02.06	680	und Niedersachsen (Metropolregion) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-0.	200.000		0
272 11-4	422	Sonstige Zuschüsse von der EU für die Durchführung	0	0	0
68.02.06	680	von Projekten der Metropolregion Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-0.	0		0
282 01-2	422	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland aus dem Inland	0	0	0
68.02.06	680	für Maßnahmen der Stadtentwicklungsplanung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 532 10-8.	0		0
282 10-1	419	Von Dritten für Maßnahmen der energetischen	0	0	40.000
68.02.06	680	Stadtsanierung Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 10-1.	0		0
282 11-0	422	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland für die	0	0	0
68.02.06	680	Durchführung von Projekten der Metropolregion Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 11-0.	0		0
341 15-9	423	Zinserträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	0	0	8.250
68.02.06	680		0		11.155
	900	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 821 10-0, 884 10-1, 892 10-4, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 20-8, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7.			
341 16-7	423	Tilgungsbeiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	0	0	152.409
68.02.06	680		0		188.197
	900	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 821 10-0, 884 10-1, 892 10-4, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 20-8, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7.			
341 41-8	423	Vom Sanierungsträger für Städtebauförderungs-	0	0	0
68.02.06	680	maßnahmen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 821 10-0, 884 10-1, 892 10-4, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 20-8, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7.	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
341 50-7	423	Ausgleichsbeträge und sonstige Beiträge für	0	0	1.974
68.02.06	680	Städtebauförderungsmaßnahmen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 821 10-0, 884 10-1, 892 10-4, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 20-8, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7.	0		0
341 70-1	423	Von Dritten für das Programm "Soziale Stadt"	0	0	0
68.02.06	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 20-0, 892 60-0 und 980 60-7.	0		0
384 12-5	892	Von Hst. 0696/984 30-1, Bundesmittel für	0	0	0
68.02.06	680	Vorhaben im experim. Wohnungs- u. Städtebau	0		0
384 14-1	892	Von Hst. 0696/984 14-0 für Vorhaben im	0	0	0
68.02.06	680	experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Bundesmittel) - konsumtiv Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 14-8.	0		0
384 16-8	892	Von Hst. 0696/984 10-7 für Städtebauförderungs-	1.640.000	1.531.000	2.348.910
68.02.06	680	maßnahmen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 821 10-0, 884 10-1, 892 10-4, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 20-8, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7.	1.696.000		800.016
384 50-8	892	Von 0680/984 22-0 für die Durchführung des	0	0	0
68.02.06	680	EU-Programms EFRE Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 893 50-0 und 980 70-4.	0		0
384 54-0	892	Von 0709/984 54-3 für EU-Programm Ziel 2	0	0	1.123.857
68.02.06	680	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 893 54-2.	0		0
384 55-9	892	Von 0696/984 31-0 Mittel des Bundes für	0	0	756.548
68.02.06	680	den Investitionspakt Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 980 10-0.	0		1.210.462
384 60-5	892	Von Hst. 0696/984 60-3 für das Programm	364.000	483.000	910.184
68.02.06	680	"Soziale Stadt" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 20-0, 892 60-0 und 980 60-7.	296.000		500.717
Gesamteinnahmen Kapitel 3696			2.254.000	2.014.000	5.342.131
			2.242.000		2.710.548

**Kapitel 3696
Städtebauförderung**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
AUSGABEN					
531 10-1	419	Kosten von Maßnahmen der energetischen	0	0	0
68.02.06	680	Stadtsanierung Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 10-1 geleistet werden.	0		0
531 11-0	422	Durchführung von Projekten der Metropolregion	200.000	0	0
68.02.06	680	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 10-8, 233 10-0, 237 10-6, 27211-4 und 282 11-0 geleistet werden.	200.000		0
532 02-7	423	Sächliche Verwaltungsausgaben für die	0	0	0
68.02.06	680	Entwicklungsagentur West Gegenseitig deckungsfähig mit 685 01-0.	0		0
532 10-8	422	Kosten für die Stadtentwicklungsplanung	250.000	0	0
68.02.06	680		150.000		0
	924	Für 2014 Über 200.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 15-9 und 282 01-2 geleistet werden. Für 2015 Über 100.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 15-9 und 282 01-2 geleistet werden.			
684 10-2	423	Zuschüsse an Dritte für das Programm "Wohnen in	0	0	1.273.684
68.02.06	680	Nachbarschaften" Siehe zu 892 50-3.	0		1.222.433
684 20-0	423	Zuschüsse an Dritte für das Programm	0	0	17.348
68.02.06	680	"Soziale Stadt" Siehe zu 892 60-0.	0		-1.072
685 01-0	423	Kosten der Entwicklungsagentur West	0	0	0
68.02.06	680	Siehe zu 532 02-7.	0		0
685 02-8	422	Mitgliedsbeitrag Kommunalverbund	220.000	0	0
68.02.06	680	Bremen/Niedersachsen	220.000		0
686 14-8	423	Zuschüsse zur Förderung von Vorhaben im	0	0	0
68.02.06	680	experimentellen Wohnungs- und Städtebau Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 14-1 geleistet werden.	0		0
821 10-0	423	An Sonderhaushalt GBI für Grunderwerb in städte-	0	0	0
68.02.06	680	baulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten Siehe zu 893 20-8.	0		0
892 20-1	423	Städtebauförderungsmittel an Private für investive	0	0	97.411
68.02.06	680	Maßnahmen Siehe zu 893 20-8.	0		164.762
892 21-0	423	Zuschüsse für Sanierungs- und Entwicklungsträger	0	0	0
68.02.06	680	sowie Sanierungsbeauftragte Siehe zu 893 20-8.	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
892 50-3	423	Zuschüsse an Dritte für das Programm "Wohnen in	1.750.000	1.750.000	25.790
68.02.06	680	Nachbarschaften (WIN) Gegenseitig deckungsfähig mit 684 10-2 und 980 50-0.	1.750.000		117.677
892 60-0	423	Zuschüsse an Dritte für das Programm "Soziale	592.000	1.449.000	605.092
68.02.06	680	Stadt" Für 2014 1. Über 228.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 684 20-0, 892 60-0 und 980 60-7 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 70-1 und 384 60-5 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 684 20-0 und 980 60-7. Für 2015: 1. Über 92.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 684 20-0, 892 60-0 und 980 60-7 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 70-1 und 384 60-5 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 684 20-0 und 980 60-7. <i>Zur Komplementierung der Bundesmittel sollen neben den veranschlagten bremischen Mitteln übertragene Reste aus Vorjahren eingesetzt werden.</i>	388.000		513.282
892 62-7	423	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	0	5.000	-6.208
68.02.06	680	West - Sanierungsgebiet Walle - Siehe zu 893 20-8.	0		94.196
892 63-5	423	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	218.000	763.000	141.691
68.02.06	680	West - Hohentor Siehe zu 893 20-8.	255.000		274.318
892 70-8	423	Zuschüsse für Maßnahmen des Stadtumbau West -	0	0	0
68.02.06	680	Osterholz-Tenever Siehe zu 893 20-8.	0		0
892 71-6	423	Zuschüsse für Maßnahmen des Stadtumbau West -	581.000	1.341.000	1.783.718
68.02.06	680	Huckelriede Siehe zu 893 20-8.	1.500.000		263.108
892 72-4	423	Zuschüsse für Maßnahmen Aktive Zentren und	972.000	1.520.000	436.307
68.02.06	680	Nebenzentren Siehe zu 893 20-8.	906.000		926.302
892 75-9	423	Zuschüsse für Kleine Städte und Gemeinden	0	276.000	0
68.02.06	680	Siehe zu 893 20-8.	0		0
892 80-5	423	Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes West	278.000	470.000	992
68.02.06	680	Siehe zu 893 20-8.	400.000		0

**Kapitel 3696
Städtebauförderung**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012																												
			2015	EUR		2011																											
893 20-8	423	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	0	0	38.861																												
68.02.06	680		0		1.969.305																												
		Für 2014: 1. Über 2.026.000 Euro hinaus dürfen Ausgaben bei 821 10-0, 893 20-8, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 15-9 341 16-7, 341 41-8, 341 50-7 und 384 16-8 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 821 10-0, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7. Für 2015: 1. Über 3.593.000 Euro hinaus dürfen Ausgaben bei 821 10-0, 893 20-8, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 341 15-9, 341 16-7, 341 41-8 341 50-7 und 384 16-8 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 821 10-0, 892 20-1, 892 21-0, 892 62-7, 892 63-5, 892 70-8, 892 71-6, 892 72-4, 892 75-9, 892 80-5, 893 21-6, 893 22-4, 893 23-2, 893 24-0 und 980 26-7. Verpflichtungsermächtigung: <table style="margin-left: 40px; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2014</td> <td></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Anschlag:</td> <td style="text-align: right;">2.026.000 EUR</td> <td>Anschlag:</td> <td style="text-align: right;">3.593.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Abdeckung:</td> <td></td> <td>Abdeckung:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2015</td> <td style="text-align: right;">2.026.000 EUR</td> <td>2016</td> <td style="text-align: right;">3.593.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>2016</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td>2017</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> </tr> <tr> <td>2017</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td>2018</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> </tr> <tr> <td>2018ff</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> <td>2019ff</td> <td style="text-align: right;">0 EUR</td> </tr> </table>		2014		2015	Anschlag:	2.026.000 EUR	Anschlag:	3.593.000 EUR	Abdeckung:		Abdeckung:		2015	2.026.000 EUR	2016	3.593.000 EUR	2016	0 EUR	2017	0 EUR	2017	0 EUR	2018	0 EUR	2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR			
	2014		2015																														
Anschlag:	2.026.000 EUR	Anschlag:	3.593.000 EUR																														
Abdeckung:		Abdeckung:																															
2015	2.026.000 EUR	2016	3.593.000 EUR																														
2016	0 EUR	2017	0 EUR																														
2017	0 EUR	2018	0 EUR																														
2018ff	0 EUR	2019ff	0 EUR																														
893 21-6	423	Städtebauförderung, Stadtumbau West,	399.000	0	0																												
68.02.06	680	Bremer Westen Siehe zu 893 20-8.	771.000		0																												
893 22-4	423	Städtebauförderung, Stadtumbau West,	0	0	0																												
68.02.06	680	Bahnhofsvorstadt Siehe zu 893 20-8.	0		0																												
893 23-2	423	Städtebauförderung, Denkmalschutz West,	70.000	0	0																												
68.02.06	680	(Bremer Westen) Siehe zu 893 20-8.	189.000		0																												
893 24-0	423	Aktive Zentren und Nebenzentren	1.148.000	0	0																												
68.02.06	680	Schwerpunktgebiet Walle Siehe zu 893 20-8.	1.268.000		0																												
893 50-0	423	Durchführung des EU-Programms EFRE	0	441.000	0																												
68.02.06	680	(Förderphase 2007 - 2013) Für 2014 1. Ausgaben bei 893 50-0 und 893 51-8 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 50-8 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 893 51-8. Für 2015 1. Ausgaben bei 893 50-0 und Mehrausgaben bei 893 51-8 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 50-8 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 893 51-8. <i>Die Einnahmen sind bei der Hst. 0709/346 73-3 veranschlagt.</i>	0		0																												
893 51-8	423	Integrierte Stadtentwicklung, EU-Programm EFRE	0	0	0																												
68.02.06	680	(Förderphase 2014 - 2020) Siehe zu 893 50-0. <i>Bei dem Anschlag 2015 handelt es sich ausschließlich um Drittmittel (EU-EFRE).</i>	350.000		0																												
893 52-6	423	Kosten des Projekts Marktplatz und Wollkämmerei	250.000	0	0																												
68.02.06	680	Bremen-Nord	100.000		0																												

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2014	Anschlag 2013	IST 2012
			2015	EUR	
983 54-2	423	Durchführung des EU-Programms Ziel 2	0	0	1.123.857
68.02.06	680	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 54-0 geleistet werden.	0		0
980 10-0	892	An andere Kapitel, Weiterleitung von Mitteln des	0	0	756.548
68.02.06	680	Bundes für den Investitionspakt Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 55-9 geleistet werden.	0		1.550.647
980 26-7	892	An andere Kapitel für Städtebauförderungs-	0	0	778.696
68.02.06	680	maßnahmen Siehe zu 893 20-8.	0		408.337
980 50-0	892	An andere Kapitel für das Programm	0	0	368.640
68.02.06	680	"Wohnen in Nachbarschaften (WIN)" Siehe zu 892 50-3.	0		359.770
980 60-7	892	An andere Kapitel für das Programm	0	0	379.899
68.02.06	680	"Soziale Stadt" Siehe zu 892 60-0.	0		621.170
980 70-4	892	An andere Kapitel für das EU-Programm EFRE	0	0	376.000
68.02.06	680		0		650.000
Gesamtausgaben Kapitel 3696			6.928.000	8.015.000	8.198.326
			8.447.000		9.134.233
Abschluss Kapitel 3696					
Gesamteinnahmen Kapitel 3696			2.254.000	2.014.000	5.342.131
			2.242.000		2.710.548
Zuschuss/Überschuss			-4.674.000	-6.001.000	-2.856.195
			-6.205.000		-6.423.686

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.01.01
Bezeichnung:	ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	290	(nachrichtl.)
2014:	290	
2015:	290	

Ausgaben:

2013:	70.525	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	69.864		VE:	
2015:	70.076		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Kernaufgabe ist die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Die Bereitstellung eines möglichst schnellen, häufig verkehrenden und hochwertigen öffentl.

Personennahverkehrs sichert und verbessert die Standortbedingungen für Bewohner und Betriebe und ist so ein wesentlicher Faktor der Entwicklung für die Gesamtstadt und die Region.

In der Stadt Bremen ist für den ÖPNV insgesamt die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) von hoher Bedeutung. Die Erträge der Gesellschaft, zu denen auch Ausgleichszahlungen für die preisvergünstigte und unentgeltliche Beförderung von Schülern und schwerbehinderten Menschen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und dem Sozialbuch IX (SGB IX) zählen, deckten in früheren Jahren nur rd. die Hälfte des jährlichen Aufwands. Der Verlust ist durch die Stadtgemeinde Bremen als Anteilseignerin auszugleichen.

Um die Auswirkungen dieser Zahlungen insgesamt für den Haushalt kalkulierbar zu machen, um gemeinsam einen Rahmen für die BSAG zur Reduzierung ihrer Verluste zu schaffen und um insbesondere auch die BSAG auf einen geordneten Wettbewerb im Sinne des neuen EU-Rechts vorzubereiten, hat Bremen erstmalig für 2001 einen bis 2004 befristeten Kontrakt mit der BSAG, deren Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft abgeschlossen, mit dem Ziel einer Reduzierung des Verlustausgleichs bei gleichbleibendem Fahrplanangebot und festgeschriebenen Ausgleichszahlungen für die Schüler- und Schwerbehindertenbeförderung.

Die Gesellschaft hat ab 2001 auf der Grundlage von Vorschlägen externer Gutachter ihre Verluste bereits senken können. Sie beliefen sich für 2004 auf rd. 70 Mio. €.

Für 2005 bis 2010 haben die Stadt, die BSAG, deren Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft in einem Anschluss-Kontrakt vereinbart, die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft weiter zu verbessern. Dies entspricht faktisch einer vertraglichen Bindung.

Für 2011 bis 2020 haben die Stadtgemeinde Bremen, die BSAG, deren Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft Verdi einen Kontrakt über die strategische Weiterentwicklung der Bremer Straßenbahn AG vereinbart. In diesem werden als strategische Ziele bis 2020 eine Steigerung der Fahrgastzahlen um 10 Mio, hohe Angebotsqualität und Erweiterung des Schienennetzes um 27km, Verminderung der CO2-Emission um 15%, Begrenzung der Verlustausgleichszahlungen auf 40,2 Mio. €, Angebot von jährlich 100 Plätzen für Auszubildende und die Bereitstellung sicherer und sozial gestalteter Arbeitsplätze genannt.

Um den europarechtlichen Anforderungen der EU-VO 1370/2007 zu genügen, wurde anschließend zwischen dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) als zuständigem Aufgabenträger für den straßengebundenen ÖPNV, der Stadtgemeinde Bremen, der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) und der BSAG einen Vertrag über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag im straßengebundenen ÖPNV (ÖDLA) auf dem Gebiet der Stadtgemeinde am 9.10.2010 abgeschlossen. Im ÖDLA nebst Anlagen werden die Rechte und Pflichten der Vertragspartner für die o.g. strategischen Zielen weiter konkretisiert.

Rechtsgrundlagen:

Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personenverkehrs (Regionalisierungsgesetz) vom 27.12.1996, in der Fassung vom 26.06.2002, Gesetz über den öffentl. Personennahverkehr im Land Bremen vom 15.05.1995, § 45a Personenbeförderungsgesetz, § 62 Schwerbehindertengesetz. Verbandssatzung f. d. ZVBN, Rahmenvertrag zwischen ZVBN u.d. VBN-GmbH vom 12.12.1996, Gesellschaftsvertrag d. Bremer Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft (BVV) vom 22.12.1982, Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 22.12.1982 i.V.m. der Mitt. d. Sen.f.Finzen vom 22.12.1982 über die Verlustabdeckung der BVV, Investitionsvertrag zwischen dem Betrieb gewerb. Art "Bau u. Vermietung von Nahverkehrsanlagen d. Freien Hansestadt Bremen-Stadtgemeinde" und der BSAG vom 13.11.1973 i.d.F. vom 21.9.2009, Nahverkehrsplan in der jeweils gültigen Fassung, Vergabegesetz für das Land Bremen vom 12.02.2002.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.01.02
Bezeichnung:	Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	31.539	(nachrichtl.)
2014:	31.749	
2015:	31.749	

Ausgaben:

2013:	120.712	(nachrichtl.)	VE:	56.000	(nachrichtl.)
2014:	113.685		VE:	85.000	
2015:	112.419		VE:	75.000	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Planung, Bau, Erhaltung und Betrieb von Straßen, Brücken, öffentl. Beleuchtung, Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen und Anlagen des ÖPNV sind die hauptsächlichen Aufgaben in dieser Produktgruppe. Darüber hinaus sind der Produktgruppe Mittel für die Straßenreinigung, der Entwässerung öffentl. Flächen sowie der Auftragsverwaltung für den Bund zugeordnet.

Rechtliche Grundlagen für das Verwaltungshandeln: Konkrete rechtl. Grundlagen (Gremienbeschlüsse); Artikel 90 Grundgesetz; Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen; Bundesfernstraßengesetz; 1. und 2. AVVFSTR; Bundesfernstraßenvermögensgesetz; Straßenverkehrsordnung (StVO); BHO; VV-BHO; Erlasse des BMF und des BMVBW; Regionalisierungsgesetz; Entflechtungsgesetz (ehemals GVFG); Haushaltsgesetz; LHO; VV-LHO; RL-Bau; Landesstraßengesetz; BremÖPNVG; Baugesetzbuch; Infrastrukturvertrag (BSAG); Eisenbahnkreuzungsgesetz; Sondervermögensortsgesetz Infrastruktur

Die Erhöhung der konsumtiven Ausgaben ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich die Kosten für die Straßenreinigung und Gullyreinigung sich gem. Vertrag erhöht haben, sowie die Kosten für die Wartung und Betrieb der Straßenbeleuchtung angepasst worden.

Die Erhöhung der investiven Ausgaben hängt der Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge in Oberneuland und dem Weiterbau der A 281 zusammen, außerdem wurden die Mittel für die Erhaltung von Straßen erhöht. Die Maßnahmen Umgestaltung des Busbahnhof Blumenthal, der Umbau der AS St. Magnus und der Hartwigstraße werden weiter umgesetzt.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.02.05
Bezeichnung:	Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung

Gesamtvolumen in Tsd. €:

Einnahmen:

2013:	5.016	(nachrichtl.)
2014:	5.266	
2015:	5.766	

Ausgaben:

2013:	8.615	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	8.873		VE:	200
2015:	8.491		VE:	200

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Aufgabe der Produktgruppe beinhaltet im planerischen Bereich insbesondere die Steuerung der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung der Stadt; im Bereich Bauordnung die Durchführung des Genehmigungs- und Freistellungsverfahrens für bauliche Vorhaben und die Bauüberwachung; im Bereich GeoInformation auch die Steuerung des Kataster- und Vermessungswesens in Bremen und Bremerhaven.

Die Grundlagen des Verwaltungshandelns bestehen aus den bundesrechtlichen Bestimmungen zur Nutzung von Grund und Boden (Baugesetzbuch etc.), den Bebauungsplänen als kommunale Satzungen sowie aus der Landesbauordnung (BremLBO), deren Regelungen sich insbesondere auf bauliche Anlagen beziehen (Gefahrenabwehr; soziale Standards etc.) und die Verfahren zu deren Genehmigung regeln.

Vereinzelt ergeben sich Bindungen auch aus vertraglichen Vereinbarungen, etwa Abbruchmaßnahmen in den Kleingartengebieten, die auf der Grundlage von Sentasbeschlüssen zur Abwendung städtebaulicher Missstände abgeschlossen werden.

Die Anschläge in den Haushalten 2014/2015 wurden den realistischen Gegebenheiten und zu erwartenden Anforderungen angepasst.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.02.06
Bezeichnung:	Stadt- und Regionalentwicklung/Städtebau/Stadtumbau/Wohnungswesen

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	13.625	(nachrichtl.)
2014:	13.084	
2015:	12.961	

Ausgaben:

2013:	36.905	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	32.443		VE:	2.026
2015:	33.202		VE:	3.593

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Zu den Aufgaben dieser Produktgruppe zählen

- Steuerung der gesamtstädtischen Entwicklung und Gestaltung der Stadt (Sicherung der Gestaltqualität im öffentlichen Raum (insbesondere Werbeanlagen)
- Bauleitplanung und städtebauliche Konzepte, Bauberatung
- Stärkung der Zentren- und Innenentwicklung im Rahmen von Schwerpunktprogrammen (u. a. Innenstadtkonzept, Stadtteilkonzepte, Baulückenprogramm)
- Stabilisierung nachhaltiger Stadtstrukturen und Aufwertung von Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen (Städtebauförderungsprogramme)
- Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen, vorrangig im Neubau und Mietwohnungsbestand, Anpassung an die Anforderungen des demographischen Wandels (Abbau von Barrieren) und des Klimaschutzes (Wohnraumförderprogramme)
- Wirtschaftliche Absicherung des Wohnens durch Gewährung von Wohngeld (Wohngeldgesetz des Bundes)
- Förderung der Kooperation mit den Umlandgemeinden und der Region
- allgemeine baufachliche Regelungen für den öffentlichen Hochbau (insbesondere Baustandards)

Die Auftragsgrundlage für die Regional- und Stadtentwicklung bilden das Raumordnungsgesetz und das Baugesetzbuch, von Deputation und Bürgerschaft beschlossene Bauleitpläne und städtebauliche Fachkonzepte.

Die Auftragsgrundlage bilden für den Stadtumbau das Baugesetzbuch, Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund, Landesförderprogramme der Städtebauförderung und Beschlüsse von Deputation, Senat und Bürgerschaft zu Fördergebieten und Förderprogrammen.

Die Auftragsgrundlage für das Wohnungswesen ergibt sich aus dem Wohnraumförderungsgesetz, dem bremisches Wohnungsbindungsgesetz, bremischen Förderrichtlinien, dem Gesetz zur Übertragung von Aufgaben staatlicher Förderung auf juristische Personen des privaten Rechts nebst Beleihungsverträgen mit der Bremer Investitions-Gesellschaft GmbH und der Bremer Aufbau-Bank GmbH, dem Wohngeldgesetz sowie dem Sozialgesetzbuch (SGB I)

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.02.07
Bezeichnung:	Bauamt Bremen-Nord

Gesamtvolumen in Tsd. €:

Einnahmen:

2013:	389	(nachrichtl.)
2014:	377	
2015:	377	

Ausgaben:

2013:	2.588	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	1.678		VE:	
2015:	1.638		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Aufgaben des Bauamtes Bremen-Nord beinhalten im planerischen Bereich die Lenkung der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung und im Bereich Bauordnung die Durchführung des Genehmigungs- und Freistellungsverfahrens für bauliche Vorhaben und die Bauüberwachung des Stadtbezirks Bremen-Nord.

Die Grundlagen des Verwaltungshandelns beruhen auf bundesrechtlichen Bestimmungen (Baugesetzbuch etc.), Bebauungsplänen als kommunale Satzungen sowie der Landesbauordnung.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.02.08
Bezeichnung:	Landesamt für GeoInformation

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	4.847	(nachrichtl.)
2014:	4.922	
2015:	4.830	

Ausgaben:

2013:	8.722	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	8.489		VE:	
2015:	8.090		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Aufgabe der Produktgruppe beinhaltet die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben des amtlichen Vermessungswesens und der amtlichen Wertermittlung. Die hoheitlichen Kernaufgaben sind: Herstellung der Flächendeckung und einheitlichen landesweiten Aktualität von Landesvermessung sowie Führung des Liegenschaftskatasters und des Geobasisinformationssystems; Providing und Vertrieb von Geobasisdaten; grundlegende GIS-Beratung und -Dienstleistungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung; Verkehrswertermittlung durch den Gutachterausschuss für Grundstückswerte; Erstellung von Wertempfehlungen; Führung der Kaufpreissammlung; Herstellung von Transparenz auf dem Grundstücksmarkt (Bodenrichtwertkarte, Grundstücksmarktbericht, bewertungsrelevante Daten). Betrieb der Koordinierungsstelle der "Geodateninfrastruktur-FHB"(GDI-FHB)

sonstiger Bindung: Aufbau und Bereitsstellung der Geodateninfrastruktur; Übernahme des Aufbaus der zentralen Infrastruktur für alle Ressorts

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.03.01
Bezeichnung:	Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	954	(nachrichtl.)
2014:	426	
2015:	426	

Ausgaben:

2013:	8.318	(nachrichtl.)	VE:	2.282	(nachrichtl.)
2014:	6.848		VE:	3.100	
2015:	7.347		VE:	3.100	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Das wesentliche Ziel der Produktgruppe ist im Grundgesetz und in der Landesverfassung als Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden und Luft sowie als Gebot des sparsamen Umgangs mit Ressourcen verankert. Diese allgemeine Zielstellung findet sich in den verschiedensten Bundes-, Landes- und Ortsgesetzen sowie Satzungen. Für die relevante Umweltgesetzgebung des Bundes spielt die Politikorientierung, Normgebung und Rechtsetzung in der EU eine herausragende und übergeordnete Rolle, die sich in Weiß- und Grünbüchern, Verordnungen und Richtlinien abbildet. Zu nennen ist hier insbesondere die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie 2010/75. International sind darüber hinaus Konventionen und Verträge zu nennen. Auftragsgrundlage sind zudem vertraglich vereinbarte Leistungen oder kodifizierte Verpflichtungen auf freiwilliger Basis sowie Bundes- und Landesprogrammatiken mit entsprechenden Richtlinien.

Das wesentliche Ziel des über die Produktgruppe geleisteten Umweltschutzes ist die Herstellung und Sicherung einer intakten Umwelt in einem urbanen Umfeld. Bearbeitet werden die auch in der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode genannten Themenfelder des Klimaschutzes, der Energieeffizienz, der CO₂-Reduktion im bebauten oder zu bebauenden Umfeld, in der Produktion und im privaten Sektor, des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Energiewirtschaft im Allgemeinen, der Unterstützung für ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften. Darüber hinaus geht es um Fragen des Klimawandels und um Anpassungs- und Vermeidungsstrategien, um Themen aus dem Bereich des Lärmschutzes und der Luftreinhaltung, die an diffusen und an Punktquellen ansetzen, des Bodenschutzes und der Sanierung verunreinigter Böden und ihrer Wiedernutzbarmachung, der Abfallwirtschaft, der Wiederaufbereitung von Stoffen zum neuerlichen Gebrauch sowie der Verhinderung von schädlichen Einträgen in Luft, Wasser, Boden. Die Produktgruppe ist zudem den überwiegend auch gesetzlichen Aufträgen zur Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit und zur Beratung sowie zur Förderung des freiwilligen Engagements für die Umwelt verpflichtet.

Geleistet wird die Arbeit durch die Ermittlung von Daten, die Entwicklung und Umsetzung entsprechender themenbezogener Programmatiken, Konzepte und Maßnahmebündel, die Beratung, Förderung und Information von Unternehmen, einzelnen Bürgerinnen und Bürgern sowie der allgemeinen Öffentlichkeit, durch die Implementierung von EU- und Bundesrecht in Landes- und Ortsrecht, durch Zulassungs- und Genehmigungsentscheidungen, Überwachungen und sonstige ordnungsbehördliche Maßnahmen bei umweltrelevanten Nutzungen.

Im Mittelpunkt des Immissionsschutzes steht das Erreichen der durch die EU vorgegebenen Luftqualitätsziele. Die Umweltzone ist auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und ggf. durch weitere Maßnahmen zu ergänzen. Luftdaten sind regelmäßig zu erheben, das Luftmessnetz entsprechend zu pflegen und zu betreiben.

Beim Lärmschutz ist die zweite Stufe der Lärminderungsplanung entsprechend der EU-

Umgebungslärmrichtlinie einzuleiten und mit konkreten Minderungsmaßnahmen wie einem Förderprogramm zum Einbau von Schallschutzfenstern zu hinterlegen. Die Datenbasis ist kontinuierlich aktuell zu halten bzw. neu zu ermitteln. Die 2. Phase der Lärmkartierung ist vorzunehmen. Es wird sich die nächste Stufe der Minderungsplanung mit einem breiten öffentlichen Diskurs anschließen.

Da sowohl Luft als auch Lärm im Verkehrsbereich eine wesentliche Ursache haben, leistet die Produktgruppe auch einen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Verkehrs durch die Förderung des Car-Sharings oder einer umweltverträglichen Verkehrsnutzung im Allgemeinen. Hierzu gehört auch die Unterstützung der Entwicklung und Einführung sog. alternative Antriebe in Modellprojekten.

Die Abfallwirtschaftsplanung verfolgt das Ziel der Sicherstellung ausreichender Entsorgungsmöglichkeiten für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle. Im Vordergrund der Entsorgung gefährlicher Abfälle steht die Sicherung der ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung bzw. der allgemeinwohlverträglichen Beseitigung in hierfür zugelassenen Anlagen. Eine adäquate Überwachung ist sicherzustellen.

In den immissionsschutz- und abfallrechtlichen Zulassungsverfahren wird der integrative Ansatz sowohl durch eine verfahrensrechtliche als auch durch eine materiell-inhaltliche Koordination umgesetzt. Die fallabhängige Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen ergänzt dieses genehmigungsrechtliche Verfahren. Neu hinzugekommen ist die Umsetzung und der Vollzug der medienübergreifenden IED-Richtlinie, die nach Umsetzung in nationales Recht im Vollzug verpflichtend anzuwenden ist.

Die Sauberkeit der Stadt wird erreicht durch ein wirksames Controlling der Leistungserbringer und die Koordinierung von Maßnahmen verschiedener Akteure der Stadt. Darüber hinaus sollen Einnahmen für die Straßenreinigung erzielt werden durch die geplante Einführung einer Straßenreinigungsgebühr.

Die Aufgabe des öRE ist die Entsorgung von kommunalen Abfällen und die Beratung der Abfallerzeuger über Abfallvermeidung und die Abfallentsorgungssysteme der Kommune, deren Angebote kontinuierlich an die wachsenden Anforderungen anzupassen sind (z.B. Wertstofffassung, Entsorgung sog. Energiesparlampen etc.). Die Aufgaben werden vollständig über das Aufkommen der Abfallgebühren finanziert.

Die Aufgaben der Abteilung Umweltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz sind insgesamt darauf ausgerichtet, die wertvollen und endlichen natürlichen Ressourcen u.a. dadurch zu schützen, dass ihre Inanspruchnahme durch technische, organisatorische und methodische bzw. Maßnahmen im Bereich der Information reduziert wird sowie ggf. nicht erneuerbare Ressourcen durch erneuerbare ersetzt werden. Die Aktivitäten beziehen sich auf alle gesellschaftlichen Akteure, auf die Wirtschaft, Wissenschaft, behördliches und privates Handeln. Sie beinhaltet Anreiz- ebenso wie ordnungsrechtliche Elemente. Insbesondere die Unterstützung von Vorbildern dient der besseren Verbreitung umweltbewussten Handelns in allen Lebensbereichen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Gestaltung und zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit des Landes und der Stadt Bremen erbracht. Wichtige Impulse für diese Arbeit werden aus der Mitwirkung in nationalen oder europäischen Gremien bzw. Netzwerken bezogen.

Die Umweltförderung unterstützt die Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen bei der Entwicklung und Anwendung herausragender innovativer umwelttechnischer Lösungen und der Nutzung von Umweltmanagementsystemen oder umweltgerechter Verfahren sowie bei der Ausbildung von umweltfreundlichen Dienstleistungsangeboten und Produkten. Die Beratung anderer Behörden insbesondere für eine ökologische Beschaffung nimmt zunehmend einen wichtigen Platz ein.

Im Ehrenamt dient die Umweltprojektförderung und die Förderung der Umweltbildung und -beratung dem Erhalt eines breiten, auch stadtteilbezogenen Angebots. Das Freiwillige Ökologische Jahr ist eine von vielen Säulen der Umweltbildung und der Freiwilligendienste, insbesondere für heranwachsende Jugendliche vor ihrem Eintritt in das Berufsleben.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Umwelt- und Energiepolitik des Senats in dieser Legislaturperiode ist der Klimaschutz. Besondere Bedeutung kommt dabei der Umsetzung des Klimaschutz- und Energieprogramms 2020 und dessen weiterer Operationalisierung zu. Hierzu gehören der Aufbau eines Klimaschutzmanagements ebenso wie ein CO₂-Monitoring oder die Weiterführung entsprechender Förderung- und Beratungsprogramme.

Die Bodenschutzpolitik orientiert sich an der Notwendigkeit, die Bodenfunktionen langfristig zu erhalten und zu verbessern. Im Rahmen der Nachsorge (Altlasten, schädliche Bodenveränderungen) obliegt dem bodenschutzrechtlichen Vollzug die zielgerichtete Erfassung vorhandener Bodenbelastungen und die Veranlassung notwendiger Gefahrenabwehr- und Boden-, Grundwasser- und Altlastensanierungsmaßnahmen.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe Nummer:	68.03.03
Bezeichnung:	Natur / Wasser

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	7.506	(nachrichtl.)
2014:	7.501	
2015:	7.501	

Ausgaben:

2013:	38.680	(nachrichtl.)	VE:	10.000	(nachrichtl.)
2014:	37.093		VE:	14.460	
2015:	35.774		VE:	14.460	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Wasserwirtschaft: Hochwasserschutz, Küstenschutz
 Grünordnungsstrategie für das Land Bremen und Bedarfsträger für öffentliche Grünanlagen, Parks, Kleingärten, Friedhöfe und Straßenbäume für die Stadtgemeinde Bremen
 Natur- und Landschaftsschutz: Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
 Ökologisch orientierte Landwirtschaft; Forstwirtschaft (als oberste Forstbehörde für das Land Bremen); Jagd (als oberste Jagdbehörde für das Land Bremen); Rechtsangelegenheiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege
 Bewirtschaftung, Entwicklung und Erhalt von Grünflächen im Teilvermögen Grün des Sondervermögens Infrastruktur

Auftragsgrundlage sind diverse Gesetze und Verordnungen der EU, des Bundes, des Landes und ortsgesetzliche Regelungen sowie Washingtoner Artenschutzabkommen, CITES, Biodiversitätskonvention, Agenda 21; Europa: U.a. EU-VogelschutzRL, EU-FFH-RL; EU-ZOO-RL, EU-Landschaftskonventionen; Bund: U.a. BNatSchG, BundesartenschutzVO; Bremen: U.a. BremNatSchG, div. Landschaftsschutz- und Naturschutzverordnungen, BaumschutzVO, Feldordnungsg; Plan des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raumes; Agrarstrukturelles Entwicklungsprogramm Blockland; Bundeswaldgesetz; Rahmenplan zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes; BJagdG, BremLJagdG; Wasserhaushaltsgesetz (WHG); Koalitionsvereinbarung

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
 (In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.03.04
Bezeichnung:	Abwasserabgabe / Wasserentnahmegebühr

Gesamtvolumen in Tsd. €:

Einnahmen:

2013:	7.450	(nachrichtl.)
2014:	7.450	
2015:	7.450	

Ausgaben:

2013:	3.069	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	3.069		VE:	
2015:	3.069		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte, Grundwasser- und Bodenschutzmaßnahmen, Trinkwasserschutz, die Durchführung der Wasserrahmrichtlinie und der Maßnahme "Lebensader Weser" sowie der Schutz und die Sicherung von Umweltressourcen auf Basis von Umweltabgabegesetzen sind die Hauptaufgaben dieser Produktgruppe.

Die Einnahmen dieser Produktgruppe sind zweckgebunden. Sie dienen ausschließlich zur Deckung von Ausgaben für Aufgaben, die nach den o.g. Gesetzen zulässig sind.
Nicht verausgabte Einnahmen kommen im Rahmen des Jahresabschlusses in eine zweckgebundene Rücklage.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	68.90.01
Bezeichnung:	Senatorische Angelegenheiten SUBV

Gesamtvolumen in Tsd. €:

Einnahmen:

2013:	5.221	(nachrichtl.)
2014:	5.710	
2015:	5.710	

Ausgaben:

2013:	13.160	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	13.799		VE:	
2015:	13.375		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Kernaufgabe ist die Sicherstellung des laufenden Geschäftsbetriebes und die strategische Ressourcensteuerung des Ressorts mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und wirksamen Aufgabenerfüllung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Den Fachabteilungen sind für die Wahrnehmung dieser Aufgabe entsprechende Ressourcen aus dem allgemeinen Haushalt bereitzustellen.

In der Abteilung Zentrales und Ressortplanung sind Querschnittsaufgaben für das gesamte Ressort gebündelt:

- sie betreuen rund 650 Beschäftigte in sieben Abteilungen und führt Aufsicht über drei Ämter
- verantwortet u.a. Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement und Organisationsanpassung
- versorgen die Beschäftigten mit Räumen und Arbeitsmitteln und unterstützt mit IT- und Telekommunikation sowie Geschäftsstellen die Kommunikationsabläufe.
- sie verantwortet als Eigentümer das Management von rund 18.000 öffentlichen Infrastrukturf lächen bieten Dienstleistungen und Steuerungsunterstützung in den Bereichen Finanzen, Rechtsberatung, Beteiligungsmanagement und Auftragsvergaben.
- Der Abteilung sind Vergabekammer, Innenrevision, Korruptionsprävention personell zugeordnet.

Der Produktgruppe zugeordnet sind zudem die Stabsreferate bzw. der politisch- administrativen Leitungsbereich mit den Funktionen Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Senats- und Parlamentsangelegenheiten, Deputationen, EU und Bundesrat, Bürgerbeauftragter.

Die in der Produktgruppe anfallenden Aufgaben dienen primär der Gewährleistung der politisch-administrativen Handlungsfähigkeit der Senatsverwaltung und der Erhaltung des Dienstbetriebes, sie gehen teilweise zurück auf zwingende rechtliche Verpflichtungen (Beamtenversorgungsgesetz, Reisekostengesetz u.a. sowie der Geschäftsverteilung des Senats und der Sondervermögens- und Eigenbetriebsgesetze oder längerfristig abgeschlossene Verträge). Vielfach sind sie aber (nur) mittelbar notwendig für Verwaltungsleistungen (personal- und sächliche Verwaltungskosten), die sich aus dem zugewiesenen Geschäftsbereich ergeben. Die Ausgabenmittel werden nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zur Verfügung gestellt und eingesetzt. Zu den finanziell abzusichernden Aufgaben zählen auch die Leitungsaufgaben, zu denen die Vertretung der Senatsverwaltung nach außen (inkl. Mitgliedschaften oder für anteilige Kosten z.B. für das deutsche Institut für Bautechnik und Fachnormausschüsse), die eigenverantwortliche Planung, Steuerung und Evaluierung fachpolitischer Ziele des Senats und die Einbeziehung Dritter in den politischen bedeutsamen Willensbildungsprozess zählt. Die Mittel zur teilweisen Kostendeckung des Grundstücksgeschäftes orientieren sich an hausaltswirksamen Projektbeschlüssen und allgemeinen Anforderungen der Wirtschaftlichkeit und des Ziels des Vermögenserhaltes.

In der Produktgruppe verankert sind die Einnahmen aus Werberechten.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Wirtschaftsplan 2014 und 2015 und Finanzplanung bis 2017 für das

Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

Stand: 27.05.2013

zuständiges Fachressort: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Inhaltsübersicht

1. Erfolgsplan

2. Vermögensplan

3. Maßnahmenbezogener Investitionsplan

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

1. Erfolgsplan

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

lfd. Nr	Planungsgrößen	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
				Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
	Gewinn- und Verlustrechnung						
1	Umsatzerlöse	2.386	1.855	2.135	2.135	2.135	2.135
3	sonstige Erträge	12.971	4.700	5.750	5.750	5.750	5.750
4	Summe Erträge	15.357	6.555	7.885	7.885	7.885	7.885
6	bezogene Leistungen	82.901	78.826	88.465	86.593	85.481	90.380
7	Abschreibungen	41.420	40.907	41.755	41.755	41.755	41.755
8	sonstiger betrieblicher Aufwand	12.191	4.950	4.950	4.950	4.950	4.950
9	Summe Aufwand	136.512	124.683	135.170	133.298	132.186	137.085
10	Betriebsergebnis	-121.155	-118.128	-127.285	-125.413	-124.301	-129.200
11	Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0	0
12	Zinserträge	564	560	550	550	550	550
13	Zinsaufwand	0	30	25	25	25	25
14	Finanzergebnis	564	530	525	525	525	525
15	Ergeb. d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-120.591	-117.598	-126.760	-124.888	-123.776	-128.675
16	a. o. Erträge	0	0	0	0	0	0
17	a. o. Aufwand	0	0	0	0	0	0
18	a. o. Ergebnis	0	0	0	0	0	0
19	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
20	sonstige Steuern	89	65	40	40	40	40
21	Ergebnis nach Steuern	-120.680	-117.663	-126.800	-124.928	-123.816	-128.715

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

1. Erfolgsplan Teilvermögen Straße und Verkehr

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Planungsgrößen	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
			Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	1.079	635	915	915	915	915
sonstige Erträge	3.050	2.000	3.050	3.050	3.050	3.050
Summe Erträge	4.129	2.635	3.965	3.965	3.965	3.965
bezogene Leistungen	68.621	64.208	74.051	72.146	70.244	75.105
Unterhaltung der Brunnenanlagen	163	120	120	120	120	120
Unterhaltung des Straßenbegleitgrüns	1.472	895	1.372	1.372	1.372	1.372
Änderungen an Lichtsignalanlagen	20	20	20	20	20	20
Entwässerung öffentlicher Flächen	12.960	13.220	13.200	13.400	13.617	14.026
Straßenreinigung Bremen Stadtgebiet	13.683	13.938	14.305	14.316	14.356	14.787
Straßenreinigung Bremen Nord	2.290	2.150	2.150	2.150	2.150	2.150
Gullyreinigung	1.418	1.470	1.520	1.551	1.514	1.559
Wartung und Betrieb der Straßenbeleuchtung	6.672	6.800	7.000	7.200	7.300	7.400
Wartung und Betrieb von elektrischen Straßenverkehrseinrichtungen	595	700	700	700	721	743
Betrieb Verkehrsmanagementzentrale	307	300	300	300	300	300
Unterhaltung der Kanäle und Pumpwerke für die Stadtentwässerung	241	250	250	250	250	250
Unterhaltung der Straßen	1.928	2.400	1.923	1.923	1.923	1.923
Unterhaltung der Brücken	669	700	700	700	700	700
Planungskosten für den Ausbau von Verkehrswegen	53	100	100	100	100	100
Pavement-Management-System	73	100	100	100	100	100
Wartung der Lichtsignalanlagen und Verkehrsrechner	3.516	3.350	3.350	3.400	3.500	3.500
Entgelte für Dienstleistungen im Kataster- und Vermessungswesen	28	50	50	50	50	50
Unterhaltung Parkleitsystem	151	140	140	140	140	140
Deichbeiträge	97	300	300	300	300	300
Sonstiges	0	0	0	0	0	0
<u>Aufwendungen für Bauunterhalt</u>	<u>21.775</u>	<u>16.570</u>	<u>25.816</u>	<u>23.419</u>	<u>21.076</u>	<u>24.930</u>
<u>Betrieb gewerblicher Art</u>	<u>510</u>	<u>635</u>	<u>635</u>	<u>635</u>	<u>635</u>	<u>635</u>
Verwaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen BgA	95	112	113	113	113	113
Unterhaltung der Stadtbahnstrecken BgA	180	270	270	270	270	270
Nahverkehrsplanung BgA	70	118	117	117	117	117
Nahverkehrssteuerung BgA	135	135	135	135	135	135
Erstattung Kapitaldienst an die BSAG BgA	30	0	0	0	0	0
Abschreibungen	39.592	39.053	39.592	39.592	39.592	39.592
sonstiger betrieblicher Aufwand	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
Summe Aufwand	110.613	105.661	116.043	114.138	112.236	117.097
Betriebsergebnis	-106.484	-103.026	-112.078	-110.173	-108.271	-113.132
Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0	0
Zinserträge	38	20	20	20	20	20
Zinsaufwand	0	20	20	20	20	20
Finanzergebnis	38	0	0	0	0	0
Ergeb. d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-106.446	-103.026	-112.078	-110.173	-108.271	-113.132
a. o. Erträge	0	0	0	0	0	0
a. o. Aufwand	0	0	0	0	0	0
a. o. Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-106.446	-103.026	-112.078	-110.173	-108.271	-113.132

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

1. Erfolgsplan Teilvermögen Grün

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Planungsgrößen	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
			Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	750	770	770	770	770	770
sonstige Erträge	200	200	200	200	200	200
Summe Erträge	950	970	970	970	970	970
Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe						
bezogene Leistung	13.064	12.556	13.169	13.202	13.237	13.275
Unterhaltung der Grünanlagen	6.671	6.870	7.110	7.110	7.110	7.110
Ausgleich UBB	783	240	0	0	0	0
Planung Grünanlagen	855	855	855	855	855	855
Unterhaltung der Straßenbäume	2.000	2.000	2.400	2.400	2.400	2.400
Unterhaltung Kleingärten	250	250	250	250	250	250
Rattenbekämpfung durch Immobilien Bremen	38	40	40	40	40	40
Liegenschaftsverwaltung HANEG	432	300	440	440	440	440
Deichverbände, Betrieb und Unterhaltung Lesumsperrwerk	679	696	708	721	735	750
Deichverbände, Gewässerunterhaltung	58	61	59	59	60	61
Deichverbände für "Große Lösung" rdW	472	484	491	501	511	522
Deichverbände für "Große Lösung" IdW	477	490	498	508	518	529
Personal- und Verwaltungskosten	196	190	190	190	190	190
Belastung durch getrennte Abwassergebühr	0	0	48	48	48	48
Sonstiges	153	80	80	80	80	80
Abschreibungen	1.001	1.286	1.335	1.335	1.335	1.335
sonstiger betrieblicher Aufwand	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwand	14.065	13.842	14.504	14.537	14.572	14.610
Betriebsergebnis	-13.115	-12.872	-13.534	-13.567	-13.602	-13.640
Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0	0
Zinserträge	504	500	500	500	500	500
Zinsaufwand	0	5	0	0	0	0
Finanzergebnis	504	495	500	500	500	500
Ergeb. d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-12.611	-12.377	-13.034	-13.067	-13.102	-13.140
a. o. Erträge	0	0	0	0	0	0
a. o. Aufwand	0	0	0	0	0	0
a. o. Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	23	45	20	20	20	20
Ergebnis nach Steuern	-12.634	-12.422	-13.054	-13.087	-13.122	-13.160

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

1. Erfolgsplan Teilvermögen Wohnungsbau und Sonstiges

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Planungsgrößen	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
			Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	557	450	450	450	450	450
sonstige Erträge	9.721	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
Summe Erträge	10.278	2.950	2.950	2.950	2.950	2.950
Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe						
bezogene Leistungen	1.216	2.063	1.245	1.245	2.000	2.000
Kosten für Grdstck.verkehr, -verwaltung und Verkehrssicherung	430	700	400	400	700	700
Zusätzliche Instandhaltung Streubesitz	200	200	200	200	200	200
Entgelte Immobilien Bremen f. An- u. Verkäufe	247	750	305	305	750	750
Personal- und Verwaltungskosten	305	363	300	300	300	300
Kosten für Informationstechnologie	34	50	40	40	50	50
Abschreibungen	827	568	828	828	828	828
sonstiger betrieblicher Aufwand	9.791	2.550	2.550	2.550	2.550	2.550
Summe Aufwand	11.834	5.181	4.623	4.623	5.378	5.378
Betriebsergebnis	-1.556	-2.231	-1.673	-1.673	-2.428	-2.428
Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0	0
Zinserträge	22	40	30	30	30	30
Zinsaufwand	0	5	5	5	5	5
Finanzergebnis	22	35	25	25	25	25
Ergeb. d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-1.534	-2.196	-1.648	-1.648	-2.403	-2.403
a. o. Erträge	0	0	0	0	0	0
a. o. Aufwand	0	0	0	0	0	0
a. o. Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	66	20	20	20	20	20
Ergebnis nach Steuern	-1.600	-2.216	-1.668	-1.668	-2.423	-2.423

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

2. Vermögensplan

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
				Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
1	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-120.680	-117.664	-126.800	-124.928	-123.816	-128.715
2	Abschreibungen	41.420	40.907	41.755	41.755	41.755	41.755
3	Restbuchwerte Anlagenabgänge	12.110	4.900	4.900	4.900	4.900	4.900
4	Saldo sonst. nicht liquiditätsw. Aufwendungen / Erträge	-3.743	-2.700	-3.750	-3.750	-3.750	-3.750
5	Entnahme von Eigenmitteln	921	7.850	6.833	8.490	0	0
6	Erhaltene Drittmittel	20.481	21.748	12.953	9.603	7.361	16.571
7	Zuführung aus dem Haushalt	93.719	100.259	94.871	92.379	106.302	113.690
8	Summe Mittelherkunft:	44.228	55.300	30.762	28.449	32.752	44.451
9	Investitionen	44.228	55.300	30.762	28.449	32.752	44.451
10	Mittelverwendung Umlaufvermögen	0	0	0	0	0	0
11	Zuführung von Rücklagen	0	0	0	0	0	0
12	Abführung an den Haushalt	0	0	0	0	0	0
13	Summe Mittelverwendung:	44.228	55.300	30.762	28.449	32.752	44.451

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

2. Vermögensplan Teilvermögen Straße und Verkehr

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
				Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
1	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-106.446	-103.026	-112.078	-110.173	-108.271	-113.132
2	Abschreibungen	39.592	39.053	39.592	39.592	39.592	39.592
3	Restbuchwerte Anlagenabgänge	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
4	Saldo sonst. nicht liquiditätsw. Aufwendungen / Erträge	-3.050	-2.000	-3.050	-3.050	-3.050	-3.050
5	Entnahme von Eigenmitteln	7.456	6.398	6.773	7.130	0	0
6	Zuführung aus anderen Teilvermögen	0	0	0	0	0	0
7	Erhaltene Drittmittel	20.460	21.748	12.953	9.603	7.361	16.571
8	Zuführung aus dem Haushalt	68.803	68.928	66.437	65.246	76.654	84.036
9	Summe Mittelherkunft:	29.215	33.501	13.027	10.748	14.686	26.417
10	Investitionen	29.215	33.501	13.027	10.748	14.686	26.417
11	Mittelverwendung Umlaufvermögen	0	0	0	0	0	0
12	Zuführung von Rücklagen	0	0	0	0	0	0
13	Umbuchung in andere Teilvermögen	0	0	0	0	0	0
14	Abführung an den Haushalt	0	0	0	0	0	0
15	Summe Mittelverwendung:	29.215	33.501	13.027	10.748	14.686	26.417

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

2. Vermögensplan Teilvermögen Grün

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
				Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
1	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12.634	-12.422	-13.054	-13.087	-13.122	-13.160
2	Abschreibungen	1.001	1.286	1.335	1.335	1.335	1.335
3	Restbuchwerte Anlagenabgänge	0	0	0	0	0	0
4	Saldo sonst. nicht liquiditätsw. Aufwendungen / Erträge	-704	-700	-700	-700	-700	-700
5	Entnahme von Eigenmitteln	20	0	20	20	0	0
6	Zuführung aus anderen Teilvermögen	3.800	3.080	2.500	3.800	2.500	2.500
8	Erhaltene Drittmittel	21	0	0	0	0	0
9	Zuführung aus dem Haushalt	22.657	29.755	27.284	25.983	27.253	27.259
10	Summe Mittelherkunft:	14.161	20.999	17.385	17.351	17.266	17.234
11	Investitionen	14.161	20.999	17.385	17.351	17.266	17.234
12	Mittelverwendung Umlaufvermögen	0	0	0	0	0	0
13	Zuführung von Rücklagen	0	0	0	0	0	0
14	Umbuchung in andere Teilvermögen	0	0	0	0	0	0
16	Abführung an den Haushalt	0	0	0	0	0	0
17	Summe Mittelverwendung:	14.161	20.999	17.385	17.351	17.266	17.234

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

2. Vermögensplan Teilvermögen Wohnungsbau und Sonstiges

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
				Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
1	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.600	-2.216	-1.668	-1.668	-2.423	-2.423
2	Abschreibungen	827	568	828	828	828	828
3	Restbuchwerte Anlagenabgänge	9.710	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
4	Saldo sonst. nicht liquiditätsw. Aufwendungen / Erträge	11	0	0	0	0	0
5	Entnahme von Eigenmitteln	-6.555	1.452	40	1.340	0	0
6	Zuführung aus anderen Teilvermögen	0	0	0	0	0	0
7	Erhaltene Drittmittel	0	0	0	0	0	0
8	Zuführung aus dem Haushalt	2.259	1.576	1.150	1.150	2.395	2.395
9	Summe Mittelherkunft:	4.652	3.880	2.850	4.150	3.300	3.300
10	Investitionen	852	800	350	350	800	800
11	Mittelverwendung Umlaufvermögen	0	0	0	0	0	0
12	Zuführung von Rücklagen			0	0	0	0
13	Umbuchung in andere Teilvermögen	3.800	3.080	2.500	3.800	2.500	2.500
14	Abführung an den Haushalt	0	0	0	0	0	0
15	Summe Mittelverwendung:	4.652	3.880	2.850	4.150	3.300	3.300

lfd. Nr.	Bezeichnung	Projekte	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
					Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
7.	<u>Anlagen im Bau (Großprojekte)</u>		0	0	0	0	0	0
	Summe Anlagen im Bau (Großprojekte)		0	0	0	0	0	0
8.	<u>Summe Übrige Investitionen unter 250 T€</u>		0	0	0	0	0	0
	Summe Investitionen		29.215	33.501	13.027	10.748	14.686	26.417

* Für die Maßnahme liegen die Planungsunterlagen gem. § 24 LHO noch nicht vor. Mit der Maßnahme darf erst nach nach Befassung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und somit Vorliegen dieser Unterlagen begonnen werden.

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

3. Maßnahmenbezogener Investitionsplan Teilvermögen Grün

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Projekte	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
					Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
2.	<u>Unbebaute und bebaute Grundstücke</u>							
		2.1 <i>Grünanlagen</i>	0	0	0	0	0	0
	Summe unbebaute und bebaute Grundstücke		0	0	0	0	0	0
3.	<u>Infrastrukturvermögen</u>							
		3.1 <i>Bauten des Infrastrukturvermögens</i>	13.397	20.389	16.775	16.741	16.656	16.624
		Generalplan Küstenschutz	10.484	17.500	14.660	14.660	14.660	14.660
		Erhaltung der Sperrwerke (Große Lösung Deichverbände)	1.436	1.436	661	661	661	661
		Erhaltung der Deiche (Große Lösung Deichverbände)	1.477	1.453	1.454	1.420	1.335	1.303
	Summe Infrastrukturvermögen und Sonstiges		13.397	20.389	16.775	16.741	16.656	16.624
6.	<u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>							
	Summe Betriebs- und Geschäftsausstattung		0	0	0	0	0	0
7.	<u>Anlagen im Bau (Großprojekte)</u>		0	0	0	0	0	0
	Summe Anlagen im Bau (Großprojekte)		0	0	0	0	0	0
8.	<u>Summe Übrige Investitionen unter 250 T€</u>		764	610	610	610	610	610
	Summe Investitionen		14.161	20.999	17.385	17.351	17.266	17.234

Wirtschaftsplan 2014 und 2015
für das
Sondervermögen Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

3. Maßnahmenbezogener Investitionsplan Teilvermögen Wohnungsbau und Sonstiges

Alle Angaben in Tsd. EUR, sofern nicht anders angegeben

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Projekte	Ist 2012	Plan 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan	
					Planjahr 1 2014	Planjahr 2 2015	Planjahr 3 2016	Planjahr 4 2017
2.	Unbebaute und bebaute Grundstücke							
	2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke		171	800	350	350	800	800
		Gründerwerb und vertragliche Folgekosten	171	800	350	350	800	800
	2.3 Bebaute Grundstücke		84	0	0	0	0	0
		Sonstiges	84	0	0	0	0	0
	Summe unbebaute und bebaute Grundstücke		255	800	350	350	800	800
3.	Infrastrukturvermögen							
	Summe Infrastrukturvermögen und Sonstiges		0	0	0	0	0	0
7.	Anlagen im Bau (Großprojekte)		597	0	0	0	0	0
	Summe Anlagen im Bau (Großprojekte)		597	0	0	0	0	0
8.	Summe Übrige Investitionen unter 250 T€		0	0	0	0	0	0
	Summe Investitionen		852	800	350	350	800	800